Nr. 93 / 32. Jahrgang. Mittwoch, 22. April 1925 Einzelnummer 10 Pfennig

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Bezugspreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telephon Sammelnummer 72206 Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelzeile 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelzeile 35 G.-Pfg., bei Platzvorschr. 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Das Kabinett Painlevé.

Die Situation in Frankreich.

Von André Pierre.

Paris, den 20. April.

Selten ist in Frankreich eine schwierigere und verworrenere Krise erlebt worden, als die, die durch den Rücktritt des Kabinetts Herriot eingeleitet wurde. Selten waren die Leidenschaften in einem solchen Ausmaße entfesselt. Der Grund ist einfach. Der Konflikt ist in seinem Wesen finanzieller und sozialer Natur, das Problem ist, wer in Frankreich die Lasten der Budgetsanierung zu tragen hat und welches die Gesellschaftsklassen sein sollen, die die meisten Opfer zur Wiederherstellung einer gesunden Währung und zur Herabsetzung der unerträglichen Staatsschulden zu bringen haben. Freilich lehnen es die besitzenden Klassen in jedem Lande ab, auf einen Teil ihres Reichtums zu verzichten. Aber ganz besonders ist dies in Frankreich der Fall, die Steuerhinterziehung ist hier zu einer der Tugenden der bürgerlichen Moral geworden.

Der finanzielle und soziale Konflikt hat in der parlamentarischen Ebene die Form eines Konfliktes zwischen Kammer und Senat angenommen und der Senat, die Körperschaft, die auf Grund eines beschränkten Wahlrechtes gewählt wird, ist nicht davor zurückgeschreckt, ein Kabinett zu stürzen, das das Vertrauen der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Kammer genoß. Diese Tatsache war außerordentlich schwerwiegend und in gewisser Hinsicht einzigartig. In der parlamentarischen Chronik erinnert man sich nur eines einzigen ähnlichen Falles, wo im Jahre 1913 ein Kabinett Briand auf ein Mißtrauensvotum des Senats hin zurücktreten mußte. Und wenn man den anerkannten Kommentatoren unserer veralteten Verfassung, die seinerzeit als ein Werk der Monarchisten und nicht der Republikaner galt, Glauben schenken soll, so gebührt der Kammer allein das Recht, Ministerien zu machen und zu stürzen. Dies ist die Auffassung, die seit jeher von Gambetta, Grévy und Léon Bourgeois vertreten worden ist. Herriot hätte sich also auf diese parlamentarische Tradition berufen können, um im Amte zu bleiben. Wenn er trotzdem einsichtig genug war, zurückzutreten, so hatte er offenbar begriffen, daß sein Kabinett, wenn nicht verfassungsmäßig, so doch moralisch gezwungen war, neuen Männern Platz zu machen.

Das Kabinett war im übrigen schon durch verschiedene Zwischenfälle in seiner Grundlage erschüttert. Wir meinen den Studentenstreik aus Anlaß der Absetzung des Dekans der rechtswissenschaftlichen Fakultät in Paris und den Rücktritt des Finanzministers Clementel, um nur zwei Tatsachen unter vielen zu nennen. Auf der anderen Seite ist in mehreren Abstimmungen im Senat die Regierung bereits vorher in der Minderheit gewesen, ohne daß sie die Vertrauensfrage gestellt hätte, und selbst in der Kammer sah man die treue Mehrheit des Linkskartells infolge der Absplitterung eines Teiles der radikalen Linken zusammenschmelzen. Das Kabinett fühlte sich zu Tode getroffen und wollte sein Dasein nicht künstlich verlängern, indem es in der Kardinalfrage der Finanzreform sich über das Mißtrauen des Senats hinwegsetzte. Es hat daher gut getan, zu verschwinden.

Die einzelnen Etappen der Krise, die sich durch sechs Tage hindurchzog und zur Bildung des Kabinetts Painlevé geführt hat, brauchen nicht im einzelnen erneut geschildert zu werden. Es genügt, wenn man nur auf eine Episode verweist, auf den Versuch des Renegaten Briand, durch ein bösartiges Manöver den Sozialisten den Eintritt in die Regierung anzubieten. Der Nationalrat der Partei war einmütig in der Ablehnung dieses herausfordernden Angebots: Briand mußte feststellen, daß sein Manöver mißlungen und daß er nicht der Mann war, eine Spaltung in unseren Reihen zu provozieren. Die Umstände, unter denen das Kabinett Painlevé entstand, sind gleichfalls hinreichend bekannt. Painlevé legt Wert auf die Aktionsfähigkeit der Sozialistischen Partei, er hat deshalb darauf verzichtet, das Manöver von Briand zu wiederholen und die Differenzen zwischen den Anhängern und Gegnern einer Regierungsbeteiligung in unseren Reihen zu verschärfen. Indem er sich darauf beschränkte, die Unterstützung der Sozialistischen Partei, die seinem Vorgänger im Amt zuteil geworden war, auch für sich in Anspruch zu nehmen, konnte er nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten auch die Gegensätze zwischen Briand und Caillaux ausgleichen, um so ein Linkskabinett bilden zu können.

Dieses zweite Kabinett der Kammer des 11. Mai ist freilich ein Kabinett des Linkskartells, und man hat sich wohl Mühe gegeben, alle Gruppen des Kartells in ausreichendem Maße an ihm teilnehmen zu lassen. So gehören dem Kabinett an: sieben Radikalsozialisten, vier Republikanische Sozialisten, zwei Abgeordnete der Radikalen Linken, vier Senatoren der Demokratischen Linken und ein Senator der Demokratischen und Radikalen Vereinigung, während Caillaux, der gegenwärtig keiner der Kammern angehört, als Mitglied der Radikalsozialistischen Partei bekannt ist. Dem Scheine nach haben wir also ein Kabinett, das zum mindesten ebenso demokratisch ist, wie das Kabinett Herriot. Aber hinter dieser Fassade verbirgt sich ein zerbrechliches Gebäude, und keiner glaubt, daß das Kartell, wie es bis jetzt existierte, aus der Krise gefestigt hervorgeht.

Das Kabinett Painlevé ist schon deshalb leicht zerbrechlich, weil ihm drei frühere Ministerpräsidenten, drei bedeutende Persönlichkeiten angehören, deren inner- und außenpolitisches Programm in der Vergangenheit nie übereingestimmt hat. Um der höheren Interessen des Landes willen haben Briand und Caillaux auf den Austrag der alten Gegensätze vorerst verzichtet. Muß aber nicht befürchtet werden, daß bei dem geringsten Zwischenfall die alten Leidenschaften wieder erwachen? Da das Finanzproblem, alles beherrschend, im Vordergrund steht, wird offenbar Caillaux die tonangebende Persönlichkeit im Kabinett sein, was seinem herrschsüchtigen Temperament sehr wohl entsprechen mag. Aber die finanzielle Diktatur, die er für sich erstrebt, wird die Eintracht im Schoße des Kabinetts auf die Dauer nicht ermöglichen. Weiterhin ist das neue Kabinett auch deshalb in Gefahr, weil das Linkskartell, die gestrige Parlamentsmehrheit, nicht mehr das ist, was es ehedem war. Die Gruppe der Radikalen Linken wird durch heftige Gegensätze zerrissen, und sie hat es vorläufig bereits verhindert, daß Loucheur und ein anderes ihrer Mitglieder in das neue Kabinett eintraten. Wie ist auf der anderen Seite die Einstellung der Sozialisten?

Seit dem Regierungsantritt Herriots hat die Unterstützungspolitik ohne besondere Reibungen funktionieren können. Herriot besaß zweifellos besondere Sympathien innerhalb unserer Partei und konnte im kritischen Augenblick immer auf die aufrichtige Freundschaft des Genossen Leon Blum rechnen. Heute kann man sagen, daß der Nimbus der Linksregierung zerstört ist. Sicher besitzt Painlevé die Achtung der Sozialisten, und auch die Zugehörigkeit Briands zum neuen Kabinett wird unsere Haltung schwerlich beeinflussen können, weil er keine andere Außenpolitik wird treiben können als sein Vorgänger. Aber die Schwierigkeiten werden sofort in dem Maße einsetzen, wie das Kabinett Painlevé sich als ein Kabinett Caillaux wird behaupten wollen.

Caillaux, das Opfer Clemenceaus, haben wir aufrichtig und vielleicht tapferer und mutiger verteidigt als es seine engeren Parteifreunde taten. Aber Caillaux, der Finanzminister, flößt den Sozialisten die größten Befürchtungen ein. Seit seiner Rückkehr in das politische Leben hat er wiederholt zu verstehen gegeben, daß er grundsätzlicher Gegner einer jeden Kapitalabgabe sei, und es ist kein Zweifel daran, daß er sich jenen Gedankengängen nicht anschließen wird, die Genosse Blum im Namen der Partei in einem Briefe an Herriot, datiert vom 25. März, zum Ausdruck brachte. Alles was er seit seinem Amtsantritt sagte, ist geeignet, die Kapitalisten im Angesicht der sozialistischen Gefahr in ihrem Selbstbewußtsein zu stärken und ihm, dem Finanzminister, das Vertrauen der Banken und des Großkapitals zu sichern. Ist es nicht bezeichnend, daß die sensationelle Wiederkehr dieses Mannes, dessen Name allein gestern noch den wütendsten Haß entflammen konnte, keinerlei Wutausbrüche bei einem solchen Organ des Nationalismus, wie etwa dem Temps, gezeitigt hat? Dieses Leiborgan der französischen Großbourgeoisie erinnert nur in verschleierten Ausdrücken an die seinerzeitige Verurteilung Caillaux' durch den Senat und beeilt sich, ihm in den folgenden Worten die Entlastung zu erteilen. „Wenn die Taten von morgen die Worte von gestern bestätigen werden, wird man ihm Dank dafür wissen, daß er den finanziellen Horizont von den schweren Gewitterwolken einer Kapitalabgabe befreit, die die Sozialisten zu fordern sich anmaßten."

Der Temps überläßt es den ultranationalistischen Blättern vom Skandal und von der Provokation zu schreien, die in der Rückkehr des „Deutschenfreundes" und „Defaitisten" bestehe. Viel weitsichtiger als diese Revolverblätter, sagt sich der Temps, daß dieser Mann, der schon seinerzeit von Briand als der „demagogische Plutokrat" bezeichnet wurde, zu einem Verteidiger der Plutokratie und der Geldschränke der Besitzenden gegen alle sozialistischen Angriffsversuche werden wird. Er erwartet, daß der neue Finanzminister den Ratschlag Renaudels, das Geld dort zu nehmen, wo es zu haben ist, verwerfen und dem Einfluß, den Leon Blum, die „rote Exzellenz", auf Herriot ausübte, Einhalt gebieten wird.

Ist unter solchen Umständen das Kabinett Painlevé lebensfähig? Zur Zeit wird es noch vom Bloc National feindlich empfangen; auf der anderen Seite wäre es aber ein Wunder, wenn es auf die uneingeschränkte Unterstützung aller vier Gruppen des Kartells, die die Existenz der Regierung Herriot im Laufe von zehn Monaten gesichert haben, rechnen könnte. Die Zukunft des Kabinetts ist ungewiß. Sie hängt von den politischen Instruktionen entscheidend ab, die die Gemeindewahlen am 3. Mai geben werden. Die glücklichen Tage des Linkskartells sind vorüber und die Unterstützung der Sozialisten wird nur noch unter zahlreichen Vorbehalten dem neuen Kabinett wird gewährt werden können. Innerhalb unserer Partei wird erwartet, daß der entscheidende Anstoß von der Rechten ausgehen wird, und man ist der Meinung, daß die bürgerlichen Parteien bestrebt sind, eine Gleichgewichtsverschiebung innerhalb der Kammermehrheit zu erzielen, eine Verschiebung, die es erlauben würde, den Konflikt zwischen Kammer und Senat zu beseitigen und die sozialistischen Gefahren auf finanziellem Gebiet zu bannen. Ist nicht immer und überall die Furcht der Bourgeoisie vor dem Sozialismus der Anfang aller Weisheit gewesen?

Die französische Regierungserklärung.

Painlevés Programm.

Sicherheitsfrage und Finanzierung.

SPD. Paris, 21. April.

Ein Teil der französischen Presse glaubt noch am Dienstagmorgen versichern zu können, daß die Regierungserklärung des Ministeriums Painlevé weitgehende Zugeständnisse an die Opposition enthalten werde. Tatsache ist aber, daß das Programm, mit dem sich das Ministerium Painlevé am Dienstag den beiden Häusern des Parlaments vorgestellt hat, ein demokratisches Programm im besten Sinne des Wortes ist, das sich mit Ausnahme des Streites um die Gesandtschaft am Vatikan und der Einführung der französischen Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen restlos die Grundsätze der Politik Herriots zu eigen macht.

Die Erklärung weist in ihrer Einleitung auf die beiden Hauptprobleme hin, deren Lösung sich das Ministerium zum Ziele gesetzt hat: die Sicherheitsfrage und die Sanierung der Finanzen. Daß Frankreich sieben Jahre nach einem gewonnenen Kriege sich noch mit Schwierigkeiten dieser Art herumzuschlagen habe, sei gewiß eine schwere Enttäuschung, aber das Kabinett halte es für seine Pflicht, den Tatsachen offen ins Auge zu sehen. Die Hoffnung, volle Wiedergutmachung für alle erlittenen Schäden zu erhalten, die an der Realität der Dinge gescheitert sei, **habe die früheren Regierungen manche vorteilhafte Lösung ablehnen lassen, die jeder neue Aufschub nur verringert habe.** Inzwischen habe das französische Volk, der ewigen Vertröstungen müde, seinen souveränen Willen dahin kundgegeben, daß es den Frieden und die Sicherheit auf dem Wege der Achtung der Verträge und die Festigung der Wirtschaft durch Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik wolle. **Diese Forderungen, die die letzte Meinungsäußerung der Wählerschaft zum Ausdruck gebracht habe, seien die Richtlinien für die Politik des vorangegangenen Ministeriums gewesen; sie würden auch für die Politik des neuen Kabinetts richtunggebend sein.** Für ihre Verwirklichung rechnet die Regierung auf die Mitwirkung aller Bürger, denen das nationale Interesse über der Partei und dem eigenen Vorteil stehe.

Ueber die auswärtige Politik des neuen Kabinetts heißt es in der Regierungserklärung: „In den bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird die Regierung in erster Linie die weitere **Durchführung des Dawes-Planes** und die Regelung des Problems der interalliierten Schulden anstreben. Daraus hinaus wird es **ihr oberstes Ziel sein, die Garantien für den Frieden und die Sicherheit zwischen den Völkern zu vervielfachen, die noch vor kurzem hart und tapfer in der Feuerlinie einander gegenübergestanden haben.** In unentwegter Treue gegenüber allen seinen Verbündeten, gerecht und friedlich gegen alle Völker, hat Frankreich den aufrichtigen Wunsch, dazu beizutragen, der Welt den Frieden und die Ruhe zu geben, deren diese so notwendig bedarf." Die erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden sei allerdings, daß Frankreich selbst in Sicherheit leben könne. **Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung,** das seien **die drei Hauptpfeiler,** auf denen das Genfer Protokoll, der erste Entwurf eines großen internationalen Friedensvertrages, aufgebaut sei. Die neue Regierung werde an diesen drei Grundsätzen festhalten mit dem doppelten Ziele, einmal das Einvernehmen mit denjenigen Nationen aufrechtzuerhalten, die im Kriege Verbündete Frankreichs gewesen sind, dann aber in vollem Einverständnis mit dem von allen ehemaligen Frontkämpfern ausgesprochenen Wunsche, das Werk, die Autorität und die Organisation des Völkerbundes zu entwickeln, diesem den Beitritt aller Staaten zu sichern und so **die Wiederversöhnung der Nationen vorzubereiten, ohne die die gesamte europäische Zivilisation zugrunde zu gehen drohe. Die glückliche Lösung dieses außenpolitischen Problems werde in weitestgehendem Maße die von dem Lande geforderte Erleichterung der militärischen Lasten begünstigen, deren Verwirklichung die Regierung mit vollem Nachdruck betreiben werde.**

Das **Finanzprogramm** enthält an erster Stelle das formale Versprechen, daß der Haushaltplan für das Jahr 1925 durch Streichung aller überflüssigen Ausgaben ins volle Gleichgewicht gebracht werde und der Anleihepolitik ein für allemal ein Ende gemacht werden soll. Die Regierungserklärung spielt sodann auf **die Ursache der augenblicklichen Krise** an und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, sie mit Hilfe des Parlaments und des Landes zu überwinden. Erst dann werde die **endgültige Finanzreform** in Angriff genommen werden können, die neue schwere Opfer von allen fordern werde. Bestimmte Angaben über die Absicht der Regierung auf diesem Gebiete enthält die Erklärung nicht; sie beschränkt sich auf einen Appell an die Opferwilligkeit und Mitwirkung aller Schichten bei dem unaufschiebbaren Sanierungswerk, das die Regierung im Geiste demokratischer Steuergerechtigkeit vorbereite.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

In der Frage des Vatikans erklärt die Regierung, daß sie den erbitterten Streit, der das Land zu spalten drohe, eine Ende zu machen wünsche, indem sie einen mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Beamten in Rom beläßt; auf der anderen Seite werde sie aber die Achtung vor der Laiengesetzgebung unter allen Umständen durchzusetzen wissen. In der Angliederung Elsaß-Lothringens auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung werde es das Bestreben des Ministeriums sein, alle unnötigen Weiterungen zu vermeiden und, den wohlerworbenen Rechten der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung Rechnung tragend, das Werk der Eingliederung organisch fortzuführen. Auf dem Gebiete der inneren Politik sehe sich die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzlage zu ihrem Bedauern genötigt, auf kostspielige soziale Reformen zu verzichten. Um so nachdrücklicher werde sie dagegen das Werk der Demokratisierung und des sozialen Fortschritts fortführen, das unerläßlich sei, um eine Atmosphäre nationaler Eintracht zu erzeugen und in den Massen der werktätigen Bevölkerung nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie in einer Zeit, wo das Leben des Arbeiters besonders hart und schwer ist, von den öffentlichen Gewalten vergessen werden. Deshalb werde die Regierung die Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes im Senate mit allen Mitteln beschleunigen, das Koalitionsrecht schützen, die Wiedereinstellung der Eisenbahner betreiben und die Durchführung des Achtstundentages gemäß den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens sichern. Die Regierungserklärung schließt mit der an das Parlament gerichteten Aufforderung, zunächst die Taten der neuen Regierung abzuwarten und sie danach zu beurteilen. Wenn jedoch das Parlament glaube, dem Kabinett kein Vertrauen entgegenbringen zu können, so möge es das Schicksal des Landes unverzüglich einer anderen Regierung anvertrauen, da die gegenwärtige Lage keinen Aufschub dulde.

Die Aussprache über die Regierungserklärung.

WTB. Paris, 21. April.

Sofort, nachdem Painlevé seine Rede beendet hatte, verlas der Präsident der Kammer die eingegangenen fünf Interpellationen deren sofortige Diskussion gefordert wurde. Als erster Interpellant erklärte Abg. Marcel Cachin (Komm.), seine Partei erwarte von der neuen Regierung nichts, habe jedoch die Pflicht, die Regierungserklärung zu prüfen. Nach seiner Ansicht bestünden zwischen den Grundsätzen der Regierung Herriot und den Versprechungen der Regierung Painlevé Widersprüche. Die Senatsmitglieder, die dem Ministerium angehörten, hätten zum Teil das letzte Kabinett stürzen helfen. Zweifellos stelle man einen Einfluß der Bankiers auf die Politik fest. Die Bankiers aber seien es gewesen, die das Kabinett Herriot zu Fall gebracht hätten. Vage sei die Regierungserklärung hinsichtlich der finanziellen Lage, die man erwarte. Marcel Cachin besprach dann die gegenwärtige Politik. Er forderte, daß der Dawesplan so durchgeführt werde, daß das deutsche Kapital und nicht der deutsche Arbeiter zu leisten habe. Das Genfer Protokoll sei ebenso tot wie der Vertrag von Versailles. Die Angelsachsen hätten Besseres vorgeschlagen. Alle Nationen bewaffneten sich; England suche Verbündete, namentlich gegen Rußland, das man als Feind der City von London darstelle. Cachin wies dann auf die faszistische Gefahr hin, die in Frankreich bestehe, und erklärte schließlich, seine Partei werde sich an dem Kampfe gegen Caillaux nicht beteiligen.

Als zweiter Interpellant erklärte hierauf Abg. Bertrand, Vorsitzender der nationalen Vereinigung der Frontkämpfer, die ehemaligen Frontkämpfer hätten mit Entsetzen die Ernennung Caillaux zum Finanzminister erfahren. Er glaube nicht, daß Frankreich schon so weit gekommen sei, um zwischen Caillaux und dem Bankrott wählen zu müssen. Wenn man bis 1917 zurückdenke, dann müsse man feststellen, daß Defaitismus geherrscht habe, obwohl das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg angekündigt worden sei. In diesem Augenblick habe sich Clemenceau erhoben und sei gegen Caillaux vorgegangen. Die Kammer habe damals die Immunität Caillaux' aufgehoben. (Von der Linken wird gerufen: Auf Wunsch von Caillaux selbst!) Caillaux sei verhaftet und vom Staatsgerichtshof unter der Beschuldigung des Einverständnisses mit dem Feinde verurteilt worden. Caillaux hätte die Revision seines Prozesses fordern müssen; er habe es aber vorgezogen, durch die niedrige Pforte der Amnestie in die Kammer zurückzukehren. (Im weiteren Verlauf der Ausführungen Bertrands ist es wiederholt zu lebhaften Unterbrechungen von seiten der Linken gekommen.) Was man Caillaux hauptsächlich zum Vorwurf machen müsse, sei, daß Caillaux am Siege Frankreichs gezweifelt habe.

Der dritte Interpellant, der Abg. Gay, erklärte, seine Freunde seien enttäuscht. Denn sie hätten eine Regierung der Entspannung erwartet. Davon könne nicht die Rede sein, wenn der Regierung Männer wie Caillaux angehören. Solange der Senat sein Urteil nicht aufgehoben habe, spreche er der Ernennung Caillaux' zum Finanzminister ihre Gültigkeit ab.

Der nächste Interpellant, der Abg. Taittinger, beschäftigte sich gleichfalls mit Caillaux. Hierbei erklärte Painlevé, wie könne die Kammer an Caillaux zweifeln, da er es gewesen sei, der Foch und auch Petain an die Spitze des französischen Heeres gestellt hätte. Caillaux habe nicht am Sieg gezweifelt. Der Ministerpräsident besprach alsdann die Finanzfragen und sagte, man müsse einen Ausgleich zwischen den Rückzahlungen und den Erneuerungen finden. Hierzu sei aber die Mitarbeit aller Bürger notwendig. Deshalb richte er einen Appell an alle Parteien. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Hierauf griff der Abg. Blaisot den Ministerpräsidenten selbst an, der vor der Uebernahme der Kabinettsbildung seinerzeit anerkannt habe, daß er nicht der Mann der Situation sei. Er erinnerte ferner daran, daß Briand und Caillaux sich nicht immer verstanden hätten.

Minister des Aeußern Briand erklärte, er habe 1916 von der französischen diplomatischen Vertretung in Italien tatsächlich einen Bericht erhalten, in dem Caillaux der Vorwurf gemacht wurde, daß er sich in Italien einer Propaganda widme, die die öffentliche Meinung in Frankreich schädlich beeinflusse. Er müsse hier erklären, daß er bei seiner Untersuchung keinen Anhaltspunkt für eine Schuld Caillaux' habe finden können. Andernfalls hätte er — Briand — seine Pflicht getan.

Hierauf ergriff der der Demokratischen Linken angehörende Abg. Landry das Wort. Er ging in längeren Ausführungen auf die Lage des Schatzamtes ein. Hierauf führte Caillaux aus, er habe die Staatsfinanzen bei der Uebernahme des Ministeriums in einem Zustand gefunden, von dem man sagen müsse, das Durcheinander der Konten, der Mißbrauch der Sonderkonten und der Stand des Schatzamtes seien derart, daß man die gegenwärtigen Schwierigkeiten ernst nehmen müsse. Die Regierung beabsichtige keinesfalls, die Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat zu erhöhen. Eine Rückzahlung der Schatzbons mit kurzer Laufzeit würde den Bankrott des Staates bedeuten. Die Pläne der Regierung können kurz dahin zusammengefaßt werden: Er werde das Budget für 1925 so rasch wie möglich verabschieden lassen, indem er sich bemühe, ein im Gleichgewicht befindliches Budget zu erreichen. Er werde dann von der Verwaltung Vorschläge für das im Juni vorzulegende Budget einfordern. In dieses Budget werde er alle Ausgaben und die entsprechenden Steuern aufnehmen. Alsdann werde die große Sanierungsoperation einsetzen, die eine Währungsoperation sein werde.

Die Rede wurde von der Linken mit Beifall aufgenommen.

Höllenlärm der Opposition.

SPD. Paris, 21. April.

Die Verlesung der Regierungserklärung führte im Senat zu keinen Zwischenfällen. Das Haus vertagte sich sofort. In der Kammer kam es dagegen zu Lärmszenen ohne Beispiel. Schon als Herriot, von der Linken mit stürmischen Beifall begrüßt, den Sitzungssaal betrat, um an dem Pulte, das er seit Jahren als Abgeordneter inne hat, Platz zu nehmen, stimmte die Rechte ein Wutgeheul an, das zu einem wahren Höllenkonzert anschwoll, als Painlevé, gefolgt von Briand, Caillaux und den übrigen Mitgliedern seines Kabinetts seinen Einzug hielt. Nach der Verlesung eines kurzen Schreibens, in dem Painlevé seinen Rücktritt als Kamerpräsident mitteilte, bestieg der Ministerpräsident die Tribüne zur Verlesung der Regierungserklärung. Schon die ersten Worte riefen stürmische Unterbrechungen auf der Rechten hervor, die sich von Satz zu Satz fortsetzten und wiederholt den Ministerpräsidenten in seiner Verlesung minutenlang unterbrachen. Weder Painlevé noch Caillaux, gegen den sich in erster Linie die Beschimpfungen und Schmähungen der Rechten richteten, verloren einen Augenblick ihre Selbstbeherrschung. Dank der übermenschlichen Anstrengung des den Vorsitz führenden Genossen Bouisson gelang es dem Ministerpräsidenten, die Regierungserklärung zu Ende zu lesen, die von der gesamten Linken mit stürmischem Beifall, von der Rechten mit neuen Lärmszenen quittiert wurde. Mit Zustimmung der Regierung trat das Haus dann in die Besprechung der eingebrachten Interpellationen, die kaum vor Mittwoch beendet werden dürfte, ein.

Das Vertrauensvotum.

WTB. Paris, 21. April.

Die Kammer hat mit 304 gegen 218 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Antwort der Sozialisten.

Fortsetzung der Unterstützungspolitik.

SPD. Paris, 22. April. (Radio.)

Nach zehnstündiger Dauer und der Annahme des Vertrauensvotums ist die Kammersitzung beendet worden. Für das Ministerium haben geschlossen die vier Gruppen des Kartells gestimmt. Die Haltung der Sozialistischen Partei begründete Léon Blum in einer kurzen Rede, in der er erklärte, daß die Partei das Ministerium so zu unterstützen gedenke, wie sie das Ministerium Herriot unterstützt habe, nicht nur wegen der persönlichen Beziehungen, welche die Partei mit dem Chef der neuen Regierung verknüpfen, sondern vor allem wegen der Gemeinschaftlichkeit wenn nicht der Auffassung, so doch des politischen Willens. Diese Haltung der Sozialistischen Partei bedeute jedoch keineswegs Verzicht auf ihre eigene Politik, die sie nach wie vor mit großer Energie im Parlament und vor dem Lande verteidigen werde. Die Opposition habe erneut den Kampf, den sie seit zehn Jahren gegen die Führer der republikanischen Parteien führe, mit aller Schärfe wieder aufgenommen. In diesem Kampf wird die Sozialistische Partei auf Seiten der Regierung stehen. Wenn die Regierungserklärung selbst in der Mehrheit vielleicht einige Verwirrung ausgelöst habe, so habe die Haltung der Rechten in der Debatte bewirkt, daß die Lage eine restlose Klärung gefunden habe. Die Sozialistische Partei werde in enger Zusammenarbeit mit der Regierung fortfahren, die Politik durchzuführen, für die sich die Wähler am 11. Mai entschieden haben.

*

WTB. Paris, 21. April.

Die ministerielle Erklärung, deren Inhalt teils durch die Presse, teils durch Mitteilungen an die Parteiführer heute vormittag bekanntgeworden ist, hat die radikale Kammergruppe und die sozialistische Kammergruppe veranlaßt, Vorstellungen bei dem Ministerpräsidenten zu erheben. Die Sozialisten haben namentlich die Stellen bemängelt, die sich auf die Herrenreform und auf die Koalitionsfreiheit beziehen. Die radikale Kammerfraktion hat gewisse Vorstellungen erhoben, namentlich hinsichtlich der Botschaft beim Vatikan. Ministerpräsident Painlevé war deshalb gezwungen, kurz vor 12 Uhr eine Anzahl seiner Mitarbeiter zu einer Beratung zusammenzuberufen. Es wurde beschlossen, die ministerielle Erklärung in einzelnen Teilen abzuändern. Die sozialistische Kammerfraktion hat sich mit den Abänderungen der Regierungserklärung zufrieden gegeben und beschlossen, die Unterstützungspolitik fortzusetzen.

Herriot über seinen Fall und die Politik des neuen Kabinetts.

WTB. Paris, 21. April.

Herriot, der sich in Lyon aufgehalten hat, erklärte gestern Journalisten, es wäre ihm leicht gewesen, sich nochmals im Senat die Mehrheit zu sichern. Als aber Poincaré ihn angegriffen habe, habe er geglaubt, daß es besser sei, ein Ende zu machen. Er habe indessen den festen Entschluß gefaßt, entschiedener denn je die Verteidigung der Laienpolitik fortzusetzen. Die Frage der Botschaft beim Vatikan habe sicher zum Sturz seiner Regierung beigetragen, sei aber vielleicht nur ein Vorwand gewesen, hinter dem alle Mächte des Geldes sich zusammengefunden hätten, um ihn zu bekämpfen. Das Ministerium Painlevé müsse auch mit einer schwierigen Lage rechnen. Die Frage einer Botschaft beim Vatikan und die Finanzfrage anderseits könnten es in eine heikle Lage vor dem Parlament bringen. „Wir werden," schloß Herriot, „mit ihm zusammenarbeiten, solange es ein Werk der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung und der finanziellen Sanierung mit demokratischer Loyalität, wie wir sie betrieben haben, fortsetzt."

Exekutivsitzung der Internationale.

JJ. Die nächste Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale findet gemäß einem Beschluß der Geschäftskommission am 9. und 10. Mai in Paris statt. Die Tagung wird sich vor allem mit der Vorbereitung des Internationalen Kongresses beschäftigen. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die Fragen der Sicherungsverträge und der Abrüstung.

Die Kandidatur Hindenburg.

Das deutschnationale Geheimprotokoll.

Die Echtheit wird zugegeben.

Die gesamte deutsche Rechtspresse wütet über die Veröffentlichung des Geheimprotokolls aus der Montagsitzung der Deutschnationalen in Berlin. Kein Wunder! Die dort gepflogenen Diskussionen sind für die Beurteilung der gesamten politischen Situation so außerordentlich bedeutungsvoll, daß es der nationalistischen Reaktion naturgemäß höchst ungelegen kommt, wenn jetzt die deutschnationalen Pläne aufgedeckt würden. Durch das Protokoll wird bewiesen, daß durch den Reichsblock ein tiefer Zwiespalt geht, und weder der Reichskanzler Dr. Luther, der fortdauernd die Dementiermaschine in Bewegung setzt, noch Dr. Stresemann sind imstande abzuleugnen, wie groß sie die Gefahr einschätzen, sofern Hindenburg gewählt wird.

Der Berliner Lokalanzeiger findet sich mit der Veröffentlichung des Geheimprotokolls in folgender Weise ab:

Gestern vormittag hat eine streng vertrauliche Sitzung stattgefunden, an der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und Vertreter von Wirtschaftskreisen beteiligt waren, und in dieser Sitzung ist von dem Stande der Dinge im Wahlkampfe und insbesondere von der dringenden Notwendigkeit die Rede gewesen, den Reichsblock in den Besitz von materiellen Mitteln zu setzen, die er braucht, um dem aus sehr reichlichen Geldquellen gespeisten „Volksblock" (der keiner ist) ein Paroli bieten zu können. Allem Anschein nach hat sich unter den 30 bis 40 Leuten, die dort versammelt waren, ein Lump befunden, der dem genannten demokratischen Blatte einen „Bericht über jene Sitzung verkauft hat. Dieser Bericht ist für die Zwecke der Linkspresse nicht übel zurechtgeschustert. Er verfolgt offensichtlich die Tendenz, die übrigen Parteien des Reichsblocks gegen die Deutschnationale Partei aufzuhetzen, und legt raffiniert genug zu diesem Zwecke erfundene Aeußerungen einem Deutschnationalen in den Mund, der als Hitzkopf bekannt ist und dem man schließlich Derartiges schon zutrauen könnte. (Schlange-Schoeningen. Red. d. V.) Allem Anschein nach soll dieser verfälschte Bericht in größtem Maßstabe zur Verhetzungspropaganda benutzt werden.

Die Nationalpost spricht von „bodenloser Infamie", die Deutsche Tageszeitung von einem „Spionagefall unerhörtester Art", das Deutsche Tageblatt von „Judassen und Spitzeln", die Kreuzzeitung von einer „gemeinen und niederträchtigen Indiskretion".

Kurz und gut: es wird zugegeben, daß es tatsächlich um ein richtiggehendes Protokoll der „streng vertraulichen" Sitzung handelt. Nur in Einzelheiten versucht man — vergeblich — sich herauszulügen.

Wie sie arbeiten.

In der Amsterdamer Zeitung Telegraph befand sich folgendes Inserat:

Alle Deutschen

Damen und Herren über 20 Jahre, die am 26. April den vom Reichsblock vorgeschlagenen Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum Reichspräsidenten wählen wollen, wollen sich bis Donnerstag unter Angabe von Alter, Beruf und genauer Adresse schriftlich melden bei Paul W. Ullrich, Amsterdam, Keizersgracht 276.

Auf eine Anfrage wurde einem Gewährsmann mitgeteilt, daß für sämtliche in Holland ansässigen Deutschen, die sich eidlich verpflichten, den General Hindenburg zu wählen, am Wahltag ein Sonderzug zweiter Klasse von Amsterdam nach Bentheim und zurück eingerichtet werde. Die Fahrt werde zu einem lächerlich geringen Preis ermöglicht. Der Inserent des Inserates, Herr Ullrich, ist Herausgeber eines deutschen Hakenkreuzlerblattes in holländischer Sprache.

Aus alle dem ergibt sich, wie die monarchistische Reaktion arbeitet. Demgegenüber darf nichts unterlassen bleiben, um die republikanische Front für den 26. April zu stärken.

Der beleidigte Stresemann.

Vor dem erweiterten Kölner Schöffengericht hatte sich am Dienstag der verantwortliche Redakteur der Rheinischen Zeitung, Genosse Trimborn, wegen Beleidigung des Reichsaußenministers Stresemann zu verantworten. Die angeblichen Beleidigungen sind nach der Auffassung der Kölner Staatsanwaltschaft in einem Artikel enthalten, der in Abwehr gegen die Stresemannschen Angriffe auf die sozialdemokratische Partei dem Reichsaußenminister den Vorwurf der politischen Charakterlosigkeit machte und bei dieser Gelegenheit von dem fleißigen Redeminister gesprochen hatte, Stresemann wurde außerdem als ein Gemisch von Staatsmannsgetue und Charakterlosigkeit bezeichnet. Der angeklagte Redakteur hatte einen umfangreichen Beweisantrag gestellt, den gleich zu Beginn der Sitzung der Verteidiger Genosse Landsberg begründete. U. a. stellte die Verteidigung unter Beweis, daß Stresemann sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik in einer ganzen Anzahl von im einzelnen angeführten Fällen das Gegenteil von dem getan habe, was er zu gleicher Zeit öffentlich vertrat. Landsberg erinnerte vor allem an die eigenartige Rolle, die Stresemann bei dem Zustandekommen des Bürgerblocks und in seiner Stellung als Reichsaußenminister bei dem Untergang der „Dixmuiden" sowie bei dem Tode des amerikanischen Präsidenten Wilson gespielt habe. Alle diese Handlungen seien Beweise für die ständig schwankende Politik des Reichsaußenministers, die mit dem Ausdruck „charakterlos" nur sachlich gewürdigt würde. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung die Beweisanträge abzulehnen, weil es die vorgebrachten Behauptungen der Verteidigung als wahr unterstellt. Auch der Staatsanwalt wandte sich gegen die Beweisanträge und beschränkte sich darauf, den Angeklagten nur wegen Formalbeleidigung zu belangen. Das Gericht billigte dem Angeklagten nicht den Schutz des § 193 zu und verurteilte ihn wegen Formalbeleidigung besonders auch wegen des Ausdrucks „charakterlos" zu einer Geldstrafe von 200 Mark.

Gegen das Urteil ist von der Verteidigung sofort Berufung eingelegt worden, so daß in Kürze das Gericht erneut zu prüfen haben wird, ob der gegenwärtige Reichsaußenminister ein politischer Charakter ist oder nicht. Sicher wird Herr Stresemann von der Entscheidung des Kölner Schöffengerichts, das die weitgehenden Beweisanträge des Angeklagten als wahr unterstellt und das lediglich aus formalen Gründen zu einer Verurteilung kam, nicht sehr angenehm berührt sein. Die politische Unzuverlässigkeit des Charaktermenschen Stresemann ist durch das Kölner Gerichtsurteil gerichtsnotorisch geworden. Stresemanns Charakterbild schwankt nicht mehr in der Weltgeschichte.

Keine Rundfunkrede Thälmanns.

Der Roten Fahne zufolge hat der Reichsminister des Innern die schriftlich eingereichte Forderung der kommunistischen Reichstagsfraktion, den Rundfunk auch für den kommunistischen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl freizugeben, mit der Begründung abgelehnt, die Voraussetzung, daß die hinter den Kandidaten stehenden Parteien oder Gruppen keine gewaltsame Aenderung der Verfassung anstreben, liege bei dem Kandidaten der kommunistischen Partei nicht vor.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ein neues „Anziehen der Schraube?“

(Von unserm italienischen Mitarbeiter.)

Rom, Mitte April 1925.

Genau wie in den ersten Tagen dieses Jahres sucht heute die Regierung in angeblichen „revolutionären Umtrieben“ den Vorwand für in weitere Verschärfung der Reaktion. Damals mußten mehrere Brände an Eisenbahnstationen herhalten; diesmal macht man die Opposition für den Totschlag von Faszisten verantwortlich. In Faenza hat man tatsächlich einen Kommunisten — einen Burschen von 19 Jahren — als Totschläger ermittelt. In Bologna dagegen spricht alles dafür, daß der getötete Faszist seinen eignen Leuten zum Opfer gefallen ist. Die Polizei teilt mit, daß man einen faszistischen Eisenbahner tot auf der Straße gefunden hat, durch Revolverschüsse verletzt; in seiner Tasche und in seiner Hand hatte man kommunistische Manifeste gefunden, nahe der Leiche einen Kleistertopf. Daraus will man ableiten, daß Mongardi kommunistische Manifeste abgerissen hatte und von den Anschlägern getötet worden wäre. Seit wann reist man aber Manifeste so glatt von den Mauern, daß man sie neu und ganz in die Tasche stecken kann. Der Getötete hatte offenbar Auftrag, diese Manifeste anzuschlagen, um „Leben in die Bude zu bringen“. Dafür dürften ihn andre Faszisten, die den Auftrag und den Zweck nicht kannten, einfach niedergeschossen haben, weil sie ihn für einen Kommunisten hielten.

Wie dem auch sei, der Fall von Bologna hat zu Repressalien geführt, bei denen ein antifaszistischer Gepäckträger (Vater von sechs kleinen Kindern!) durch Knüppelhiebe getötet wurde. Die herrschende Partei zieht aus all dem den Schluß, daß die Zahl ihrer „Märtyrer und Heroen“ mit jedem Tage wächst und ihr immer größere Rechte gegenüber den Halbbürgern verleiht. Daß in Rom ein Faszist den republikanischen Krankenwärter Colasanti nach einer von der Polizei aufgelösten Gewerkschaftsversammlung erschossen hat, daß an allen Eden und Enden Sozialisten und andre Widersacher der Regierung verwundet worden sind, in Parma der Sitz der Katholischen Volkspartei verwüstet usw., das kommt natürlich nicht in Betracht. Der offizielle Faszismus spricht von einem Wiederaufflackern der bolschewistischen Gewalttat.

Der faszistische Parteisekretär Farinacci spricht von einem Wiederaufflackern der bolschewistischen Gewalttat.

Der faszistische Parteisekretär Farinacci stellt der faszistischen Partei die folgenden Aufgaben, die der Präfekt natürlich nicht zu beschlagnahmen für nötig gehalten hat:

„Wir, Farinacci, haben Befehle erteilt, um die Wiederaufnahme der (sozialistischen) Insurrektion zu vermeiden, da wir überzeugt sind, daß eine allgemeine Regierungsaktion oder eine großzügige Parteiaktion not tut. Wir können uns nicht mit den üblichen Polizeimaßnahmen begnügen, sondern wollen, daß die Regierung sich endlich zu jenen Schritten entschließt, die wir schon früher mit aller Kraft gefordert haben, wir wollen die Einführung der Todesstrafe für alle Henker des Faszismus, die zwangsweise Verschickung für alle, die im Verdacht umstürzlicher Ideen stehen, die Einführung der Verbannung für die verschiedenen Albertini, Amendola, Turati, Donati, De Gaspari usw., die Verhaftung der Führer des Aventin, unter der Anklage der Bildung einer verbrecherischen Vereinigung gegen die Staatsgewalt. Der Faszismus, der die Macht in der Hand hat, der die Regierung, der die Nation in der Handhat, kann es nicht dulden, daß Schergen und Auftraggeber unter völliger Straflosigkeit morden können. Die Regierung soll eingreifen durch Maßnahmen, die die Partei der Aufgabe überheben, in 24 Stunden die Straßen auszukehren.“

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und ist als offizielle Aeußerung der Partei, der die Regierung beipflichtet, einzustufen. In dasselbe Horn stößt der Bruder des Präsidenten, dem sein ärgster Feind keinen selbständigen Gedanken nachsagen kann. Der frühere Generalissimus der Miliz, Balbo, hat bei Beerdigung der Getöteten von Faenza gesagt: „Es wäre mein Menschenrecht gewesen, die alten Legionen der Romagna auf den Platz von Faenza zu rufen und ihnen die dominikanischen Worte des Kreuzzuges zu sagen: „Gehet hin und tötet, Gott wird die Seinen wählen“. Der so spricht hat sich für seinen Uebertritt aus der republikanischen in die faszistische Partei eine Anstellung an einer Bank ausbedungen.

Die Regierung hat vor wenigen Tagen zwei kolossale Schleppen erlitten: im Senat hat sie die Heeresreform zurückziehen müssen, und gegenüber dem Streik der Börsenmakler hat sie ihre drei Dekrete über die Börsenreform wieder heruntergeschluckt. Unter diesen Umständen ärgert es sie besonders, daß die Opposition Versammlungen abhält, um die verfassungsmäßigen Rechte der Preß- und Versammlungsfreiheit zurückzufordern. Besonders erbittert ist man darüber, daß in Rom, als die Faszisten die auseinandergehenden Versammlungsteilnehmer überfielen, einige Studenten einen ganz sachgemäßen Widerstand boten. Die Faszisten rissen aus, und die, die sich nicht hatten prügeln lassen, wurden verhaftet und sitzen im Gefängnis. Charakteristisch ist überhaupt die energische Beteiligung der Studentenschaft an der heutigen Oppositionsbewegung, um so interessanter, als die faszistische Bildungsreform gerade darauf abzielen sollte, ausschließlich die Sprößlinge der reichen Bourgeoisie zu den Hochschulen zuzulassen.

Man fragt sich nun: wo will man die Schraube noch schärfer anziehen? Wir erinnern uns deutlich einer Periode großer Gewaltgläubigkeit Mussolinis. Das war vor der Ermordung Matteottis. Damals war der Angriff und die Zerstörung der „Giustizia“ und des „Corriere della Sera“ in Mailand geplant. Alles war bereit: man hätte die Gasröhren, die elektrischen und telephonischen Leitungen zuerst durchschnitten, dann die Papierlager durch Brandgranaten angezündet, die Feuerwehr abgehalten usw. In der allgemeinen Konfusion sollten dann der Senator Albertini und der Abgeordnete Treves ermordet werden. Die Gegenordre aus Rom kam im letzten Augenblick, und man will wissen, daß die Einmischung des britischen Botschafters dabei eine gewisse Rolle gespielt hätte. Es soll die Drohung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen gefallen sein.

Von den Auslandsstimmen dringen nur die apologetischen in die italienische Oeffentlichkeit. Unserer Faszistenpresse zufolge liegt das ganze Ausland bewundernd und anbetend vor Mussolini auf dem Bauch. Aber dessenungeachtet fühlen die leitenden Persönlichkeiten immer die Drohung eines englischen oder nordamerikanischen Drucks, der durch die Abhängigkeit Italiens in der Kriegsschuldenfrage möglich ist. Wegen der Freimaurerhetze soll bereits der Botschafter der Vereinigten Staaten ein ernstes Wort gesprochen haben. Wenn man jetzt mit der Verbannung der Andersdenkenden anfängt, dann wird das Ausland, auch außer der Börse, Mittel finden, sich fühlbar zu machen. Wohin will man übrigens verbannen? Ein Land, das seine eignen Staatsbürger ausweist, trifft dadurch eine Maßnahme internationalen Rechtes, die nur auf Grund internationaler Uebereinkommen getroffen werden kann.

Die schweigsame Staatsanwaltschaft.

Zum Fall Hoefle.

Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst von zuständiger Stelle erfährt, ist auf den übereinstimmenden Antrag der Aerzte des Hedwig-Krankenhauses und des Gerichtsarztes die Leiche des früheren Reichspostministers **Dr. Hoefle** heute seziert worden. Ueber den Befund der Sektion werden nach Feststellung des Untersuchungsergebnisses weitere Mitteilungen gemacht werden.

Nach der Mitteilung Berliner Blätter wurde Oberstaatsanwalt Linde am Dienstag vormittag zum preußischen Justizminister beordert, um über die Frage der **abgelehnten Haftentlassung Dr. Hoefles** Bericht zu erstatten. Es soll eine **Untersuchung** durch das Justizministerium eingeleitet werden, um festzustellen, ob von den in Frage kommenden Gerichtsstellen irgendwelche Fehler gemacht worden sind. Besonders soll die Frage geprüft werden, warum man einen so schwer kranken Mann bis zuletzt in Haft behalten hat.

Der Soz. Pressedienst schreibt heute: Der frühere Reichspostminister Dr. Hoefle ist zu Tode gehetzt! Einmütig stellte die republikanische Presse Deutschlands **das am Dienstag fest — aber die Staatsanwaltschaft schweigt.** Sie hat auf die schweren Vorwürfe, die gegen sie erhoben wurden, bis jetzt kein Wort der Erwiderung gefunden, sie hat sich gehütet, die Feststellung zu widerrufen, daß Hoefle zehn Wochen lang unschuldig hinter Kerkermauern geschmachtet hat und nur dadurch schließlich der Tod eingetreten ist. Wirklich, wir haben es herrlich weit gebracht mit unserer Justiz! Sie hat es scheinbar nicht mehr notwendig, sich gegen schwere Vorwürfe zu rechtfertigen und hält es wahrscheinlich unter ihrer Würde, der großen Mehrheit des Volkes Rechenschaft über ihre Handlungsweise zu geben. Ist das überhaupt noch eine Justiz? Der oberste Grundsatz der deutschen Justiz soll in der Feststellung von Recht bestehen. Wo hat dieser Grundsatz bisher im Falle Barmat und Hoefle Anwendung gefunden? Es scheint fast, als ob er auch in Moabit eingesponnen ist!

Hoefle hat zehn Wochen ohne Anklage und ohne Beweis irgendeiner Schuld im Gefängnis gesessen. Barmat sitzt unter den gleichen Umständen noch vier Wochen länger hinter Kerkermauern. Gewiß, der eine wie der andere hätten längst auf freiem Fuß sein können, wenn der Wunsch des jugendlichen Assessors Kußmann in Erfüllung gegangen wäre. Er, der Reinigungsfanatiker, soll es fertig gebracht haben, insbesondere Barmat die **Freiheit zu versprechen, wenn er ihm Folge geleistet hätte und zum Verräter an früheren Freunden geworden wäre.** Wohlan, seien Sie in unserem Bunde der Dritte oder Vierte, enthüllen Sie über die Sozialdemokratie, kompromittieren Sie ihre maßgebenden Führer, und morgen setzen wir Sie in Freiheit! Das ist der Rede kurzer Sinn, das ist der Geist des Herrn Kußmann!

Wiederholt haben wir auf die moralischen Qualifikationen des Herrn Kußmann hingewiesen. Mehrfach erlaubten wir uns, das preußische Justizministerium zu fragen, wer die Weltreise des jugendlichen Assessors bezahlt und wer ihm vor allen Dingen jenes Geld zur Verfügung gestellt hat, das er bei Sekt und Wein zur Vorbereitung der Aktion gegen Barmat in Berlin in der Taubenstraße ausgegeben hat. Dort saß Herr Kußmann mit mehreren Kriminalbeamten des Berliner Polizeipräsidiums in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember bis morgens 3 Uhr. Erst dann ging es an die „Arbeit“. Bitte, Herr Justizminister, auf wessen Kosten ist das Gelagerlage veranstaltet worden? Der Tod Hoefles erfordert auf diese Frage eine **klare Antwort**, und wir werden jetzt nicht eher ruhen, bis diese Antwort erteilt ist. Nur keine „Berichtigungen“ deutschnationaler Art! Das Gelagerlage in der Taubenstraße ist ebensowenig abzuleugnen wie die große Weltreise des Herrn Kußmann und sein aufdringliches Benehmen in Holland.

Das Schweigen der Staatsanwaltschaft ist um so auffallender, als sie doch früher dauernd dafür gesorgt hat, daß die Rechtspresse ununterbrochen neue Enthüllungen über „Barmatskandale“ bringen konnte. Wird sie nun wohl endlich reden?

Antwort, Herr Geßler!

Unter dieser Stichmarke richtet die **Welt am Montag** folgende Anfrage an den Reichswehrminister der Deutschen Republik.

Sie lautet:

Das Organ des Jungdeutschen Ordens hat ein paar Nachrufe veröffentlicht, in denen es verschiedene der bei Veltheim ertrunkenen Soldaten als seine Ordensbrüder bezeichnet. **Entweder sind das also keine ordentlichen Reichswehrsoldaten, sondern Zeitfreiwillige gewesen, oder sie waren zwar richtige Soldaten, haben aber das Verhältnis zu ihrer politischen Organisation nicht gelöst.** Ein netter Zustand für die „entpolitisierte“ Reichswehr! Ihre Mannschaften sind zum Teil Mitglieder einer reaktionären politischen Organisation. Der republikanische Steuerzahler, der die Reichswehr bezahlt, hat Anspruch darauf, daß Herr Geßler sich schleunigst dazu äußert, was die „Ordensbrüder“ in der Reichswehr zu suchen hatten. Oder will er warten, bis ihm der Reichstag den Mund lockert?

Man darf gespannt sein, wie sich Herr Dr. Geßler, dessen Behörden gegen etwa 1000 deutscher Gazetten Landesverratsprozesse eingeleitet haben, mit dieser Feststellung abzufinden sucht.

Der bulgarische Regierungsterror.

Appell der Bauernpartei an die Alliierten.

TU. **Paris**, 22. April.

Nach Meldungen aus Sofia haben die ehemaligen Minister Obbosff und Theodoroff den alliierten Mächten folgendes Telegramm zugehen lassen: Intervention im Interesse der Menschheit. Regierungstruppen haben gestern fünftausend neue Verhaftungen vorgenommen. Fünfhundert Personen wurden unverzüglich standrechtlich erschossen.

SPD. **London**, 21. April.

Während die offiziellen bulgarischen Berichte versichern, daß die Verhältnisse im Lande durchaus normal seien und selbst das Wirtschaftsleben Bulgariens in keiner Weise gestört wäre, lassen die diplomatischen Berichte der englischen Gesandtschaft an ihre Regierung **die Lage als sehr ernst und verworren** erscheinen. **In britischen Regierungskreisen fürchtet man, daß die bulgarische Regierung ein Regime des Terrors beginnt und dabei nicht nur gegen die kommunistischen Bauern, sondern auch gegen die Anhänger der nichtkommunistischen oppositionellen Bauernpartei Gewalt anwenden läßt.**

TU. **Paris**, 21. April.

Zu den Unruhen in Bulgarien erfährt der Newyork Herald aus Belgrad, daß **die Regierung noch nicht wieder Herr der Lage** ist. Ueberall im Lande ist es zu heftigen Zusammenstößen gekommen, bei denen rund 4000 Personen ums Leben kamen. In Vratza, nördlich Sofia, wurden 100 Bauern von den Truppen getötet. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß der Bürgerkrieg erst mit der **Bildung eines neuen Kabinetts** unter Einschluß der Agrarier aufhören wird.

Unsere Annahme, daß das unglückliche Attentat auf die Kathedrale in Sofia den blutigen Terror der Zankow-Regierung nur verschärfen würde, hat leider nur zu schnell eine grausame Bestätigung gefunden. In Massen werden Bauern und Arbeiter verhaftet, denen die Teilnahme an kommunistischen Umtrieben zur Last gelegt wird, und wenn die Bulgarischen Telegraphenagentur die Nachrichten von Massenhinrichtungen der Verhafteten dementiert, so wird doch niemand, der die Taten einer vertierten Soldateska kennt, daran zweifeln können, daß man genügend „standrechtliche“ und ähnliche Methoden finden wird, um das Blutvergießen zu leugnen oder zu rechtfertigen.

Die Führer der Bauernpartei appellieren an das Gewissen der zivilisierten Welt. Doch wer soll den blutrünstigen Diktatoren Bulgariens in ihrem verbrecherischen Tun Einhalt gebieten? Jenes Europa der Alliierten, das die Schandtaten eines Horthy und Mussolini Jahre hindurch ruhig hinnahm, das dem terroristischen Treiben des rumänischen Bojarentums zusieht, ohne auch die leiseste Regung des Protestes an den Tag zu legen? Die einzige Macht der Welt, die sich des gemarterten bulgarischen Volkes annehmen kann und muß, ist die sozialistische Arbeiterbewegung, und vielleicht ist gerade der Umstand dem bulgarischen Volke zum Verhängnis geworden, daß die von Zankow gestürzte Bauernregierung Stambolijski in der Wahrnehmung der egoistischen Interessen des Großbauerntums es nicht verstanden hatte, sich den Mächten der Zukunft, der organisierten Arbeiterklasse zu verbünden.

Dessenungeachtet ist es die **dringendste Pflicht des sozialistischen Proletariats**, seine Stimme gegen das Henkerregiment in Bulgarien zu erheben. Wir erwarten, daß die Internationale schleunigst die notwendigen Schritte unternimmt, um den Protest der Arbeiterschaft zu organisieren.

Bombenarbeit der Polizei.

Aus Sofia, 22. April, wird gemeldet: Gestern abend entdeckte die Polizei im Osten Sofias ein weiteres kommunistisches Versteck. Die Kommunisten verweigerten die Uebergabe und zogen sich, als die Polizei das Haus mit Bomben belegte, in einen Betonunterstand zurück. Schließlich geriet das Gebäude in Brand und es gelang der Polizei, in das Haus einzudringen. Sie fanden sämtliche Einwohner des Hauses, die einer Bombe zum Opfer gefallen waren, tot auf. Unter ihnen befand sich Kosta Jankow, einer der beiden Urheber des Attentats in der Kathedrale.

Jankoff ist, laut WTB., ein Sohn des verstorbenen Obersten Jankoff, der in der mazedonischen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt hat. Er selbst war Chef der militärischen Abteilung der Kommunisten und eines der einflußreichsten Mitglieder des Geheimkomitees.

Entscheidung im oldenburgischen Verfassungskonflikt.

SPD. **Oldenburg**, 22. April (Radio).

Der oldenburgische Staatsgerichtshof befaßte sich am Dienstag mit der Beschwerde der Landtagsmehrheit wider die Rechtmäßigkeit der Landtagsauflösung durch die Staatsregierung. Er kam zu folgendem **Urteil:**

„Es wird festgestellt, daß die **Auflösung des Landtages** durch die Erklärung des Staatsministeriums in der Sitzung des Landtages vom 26. März 1925 **verfassungsrechtlich zulässig war.**“

Die Begründung dieses mehr als sonderbaren Beschlusses ist noch nicht bekannt. Jedenfalls dürfte der Ausgang der jetzt stattfindenden Neuwahlen zeigen, daß die Mehrheit der oldenburgischen Bevölkerung gegen die Landtagsauflösung war.

Der Tscheka-Prozeß.

Achtundvierzigster Tag.

Leipzig, den 22. April 1925.

Unter riesigem Andrang des Publikums und strengster polizeilicher Kontrolle fand heute vormittag ½12 Uhr die Urteilsverkündung statt. Riedner führte aus: In der Hauptverhandlung, die länger als 10 Wochen dauerte, ist folgendes vom Staatsgerichtshof als erwiesen erachtet: Die KPD. ist nur eine Sektion der Komintern, die mit allen Mitteln überall die Sowjetdiktatur errichten soll. In der Zentrale der KPD. waren russische Herren delegiert, die für Verfolgung dieses Zieles zu sorgen hatten. Im September 1923 wurde in Deutschland die Verwirklichung dieses Zieles intensiv in Angriff genommen und entwickelte sich dadurch zu einer staatsgefährlichen Verbindung. Die KPD. organisierte sich zu diesem Zwecke um und wurde dann deshalb am 20. November 1923 verboten, und da sie illegal weiterarbeitete, wurde sie zu einer geheimen staatsgefährlichen Verbindung. Jeder Funktionär mußte wissen, daß er sich bei seiner Weiterarbeit für die Partei strafbar machte. Diese Tatsachen sind durch die Beweisaufnahme in zahlreichen vorhergehenden Prozessen als gerichtsnotorisch anzusehen. Wohl hat die faszistische Gefahr bestanden, doch wollte sie nicht nur die faszistischen Gegner vernichten, sondern, darüber hinaus der deutschen Republik den Gnadenstoß geben und die Diktatur des Proletariats errichten.

Verschiedene Angeklagte, die hervorragende Funktionäre der KPD. waren, haben sich ausdrücklich mit den hochverräterischen Zielen der KPD. solidarisch erklärt. Auf Anregung der Komintern wurde von der Zentrale der KPD. ein Revolutionskomitee gegründet, das den gewaltsamen Umsturz planmäßig und in ausgedehntester Weise organisierte. Die Mittel für die militärischen Vorbereitungen wurden aus der Kasse der russischen Botschaft in Dollars erhoben.

Die Ruhe und Sicherheit des Staates wurde damals aber vor allem durch die Gründung einer Tscheka nach russischem Muster gefährdet. Ueberall in allen Teilen Deutschlands wurden Partisanengruppen, Terrorgruppen und Tschekagruppen organisiert, die mit den Methoden des individuellen Terrors Furcht und Schrecken verbreiten sollte und gefährliche Gegner auf vehlische Weise ermorden. Die Zentralisation dieser Gruppen nahm ein russischer Emissär, genannt Hellmut, in die Hand und beauftragte mit Zustimmung Brandlers den Angeklagten Neumann, der bereits hervorragende Funktionärposten in der KPD. inne hatte.

Hellmut ist personengleich mit dem Angeklagten Skoblewsky, daran kann nach Ansicht des Gerichts nicht der allergeringste Zweifel sein. Nicht allein haben Neumann, Poege und Huke den Skoblewsky als Hellmut wiedererkannt, sondern die Verhandlung hat auch andre Beweise für die Identität Hellmuts mit Skoblewsky ergeben.

Durch den Angeklagten Margies, der Waffenaufkäufer für den Bezirk Berlin-Brandenburg war, wurde die T.-Gruppe Neumann mit Waffen und Sprengstoffen versorgt. Die Gruppe verschaffte sich zum Zwecke der Tötung von Widersachern der KPD. auch Gifte. Bei Meus wurden nach Ansicht der Sachverständigen lebensgefährliche Bazillen gefunden. Außerdem war die Gruppe noch mit einem Auto und falschen Pässen ausgerüstet.

Skoblewsky gab der neugebildeten Gruppe mit Neumann, Poege, Margies, Szon und Meus — später noch König — mehrere Aufträge zur Tötung von Personen; zunächst sollte der General Seeckt ermordet werden. Der Plan mußte dann nach mehreren Vorbereitungen, die den sicheren Tod des Generals herbeiführen sollten, aufgegeben werden auf Befehl der Parteileitung. Nun gab Skoblewsky dem Angeklagten Neumann den Auftrag, Stinnes und Borsig zu ermorden. Infolge günstiger Umstände kam es in beiden Fällen zu keiner Tat.

Der schwerste Fall ist die Beseitigung Rauschs. Rausch wurde als Spitzel erkannt und nach Rücksprache mit Mayer beschloß die Gruppe, Rausch zu ermorden. Neumann hat den tödlich wirkenden Schuß abgegeben.

Von Nah und Fern.

Das Stargarder Stadttheater durch Brand vernichtet.

Stargard, 22. April. Im Stadttheater ist ein Brand ausgebrochen, der durch Kurzschluß in der Nähe des Scheinwerfers im Saale entstanden sein soll. Das Feuer griff schnell um sich. In wenigen Minuten stand der ganze Dachboden über Saal und Bühne in Flammen. Mit acht Schlauchleitungen ging die Wehr dem Brande zu Leibe. Unter großem Getöse stürzte die Saaldecke ein. Auch das Bühnenhaus fing Feuer, doch konnte dessen gänzliches Ausbrennen verhindert werden. Erst nach vierstündiger Arbeit konnte die Wehr unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abrücken. Saal und Bühne bilden einen Trümmerhaufen und die übrigen Räume haben schweren Wasserschaden erlitten.

Ein Schiffsunglück bei Neuschottland.

Neuyork, 22. April. Der japanische Frachtdampfer Natifuku Maru, der mit einer Weizenladung von Boston nach Hamburg unterwegs war, ist 180 Meilen südöstlich von Halifax gesunken. Der Dampfer Olympic, der zur Hilfeleistung abgegangen war, ist zu spät gekommen. 18 Mann des Natifuku Maru sind ertrunken.

Wirbelsturm in Argentinien.

Buenos Aires, 21. April. Ein Zyklon hat die Provinz Corrientes heimgesucht und vor allem in der Stadt Mercedes arge Verwüstungen angerichtet. Bisher sind vier Tote geborgen worden. Hunderte von Häusern sind zerstört. Ungeheure Mengen wertvollen Viehbestandes sind vernichtet worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Kurt Günther in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Hugo Setzpfand in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Satzung für den Zweckverband Cröbern-Wachau zur Anstellung einer Gemeindeschwester vom 2 April 1925 wird hiermit gemäß § 170 der G.-O. bekanntgemacht, nachdem der Bezirksausschuß gegen ihren Inhalt keinen Einspruch erhoben hat.

Leipzig, am 20. April 1925.

Die Amtshauptmannschaft.

1.

Zweck und Sitz des Verbandes.

Die Gemeinden Cröbern und Wachau schließen sich zu einem Zweckverband zusammen zur Anstellung einer Gemeindeschwester.

Der Sitz des Verbandes ist Cröbern.

2.

Vertretung.

Der Verbandsausschuß beschließt über alle Verbandsangelegenheiten. Er wird gebildet aus den beiden Bürgermeistern und drei Gemeindeverordneten von Cröbern und Wachau.

Die aus den Gemeindeverordneten berufenen Ausschußmitglieder werden von den einzelnen Gemeindeverordneten-Körperschaften unmittelbar nach jeder Neuwahl der Gemeindeverordneten auf drei Kalenderjahre gewählt nach den Vorschriften, die für die Wahlen innerhalb der Gemeindeverordneten-Körperschaften gelten. Das Ausscheiden als Gemeindeverordneter hat auch das Ausscheiden aus dem Verbandsausschuß zur Folge.

Die erste Wahl des Ausschusses findet sogleich nach dem Inkrafttreten dieser Satzung statt.

Im Falle vorübergehender Behinderung ist eine Vertretung durch Stellvertreter vorzusehen. Für die Bürgermeister sind ihre gesetzlichen Stellvertreter berufen. Für die anderen Ausschußmitglieder sind Stellvertreter zu wählen. Die Wahl dieser Stellvertreter erfolgt gleichzeitig und in gleicher Weise wie die Wahl der Ausschußmitglieder. Die Reihenfolge der Stellvertreter wird durch Beschluß bestimmt.

3.

Verwaltung.

Die Vorbereitung und Ausführung der Verbandsbeschlüsse ist Sache des Verbandsvorsitzenden. Ihm liegt auch die Führung der laufenden Geschäfte ob.

Er vertritt den Verbandsausschuß und in seinem Namen den Verband. Er gibt im Namen des Verbandes schriftliche Erklärungen ab. Sein Wirkungskreis und seine Rechtsstellung entspricht dem Verband gegenüber und nach außen der des Bürgermeisters einer Gemeinde im Sinne der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 § 87 flg.

Vorsitzender ist der jeweilige Bürgermeister von Cröbern, sein Stellvertreter der jeweilige Bürgermeister von Wachau.

4.

Die Berufung des Verbandsausschusses erfolgt durch den Vorsitzenden, für die Cröberner und Wachauer Mitglieder zu Händen ihres Bürgermeisters. Im übrigen finden über die Berufung, Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung der Ausschüsse und die Leitung der Sitzungen die Vorschriften der Gemeindeordnung entsprechende Anwendung. Die Bürgermeister sind stimmberechtigt.

5.

Der Verband ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Dienste der Gemeindeschwester beiden Gemeinden in gleicher Weise zugute kommen. Das Nähere regelt nötigenfalls eine Dienstordnung.

6.

Die nötigen Mittel, insbesondere der Gehalt der Gemeindeschwester, werden durch Umlagen aufgebracht, die den beiden Gemeinden nach der Einwohnerzahl auferlegt werden.

In gleichem Verhältnis haften die Gemeinden für die Verbandsschulden.

7.

Im übrigen gelten für den Verband, insbesondere auch hinsichtlich seiner Auflösung, die Bestimmungen in den § 166 flg. der Gemeindeordnung über Zweckverbände.

8.

Die Gemeindeschwester ist berufsmäßige Beamtin. Sie muß die staatliche Anerkennung als Krankenpflegerin nachweisen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Säuglings-, Kleinkinder-, Tuberkulose und Wohlfahrtspflege besitzen. Sie hat die gleichen Rechte und Pflichten wie ein Staatsbeamter.

Sie wird in die Besoldungsgruppe IV eingereiht.

Die in den §§ 123 Abs. II, 125, 127 Satz 3 und 139 Abs. I den Gemeindeverordneten und dem Bürgermeister zustehenden Befugnisse werden dem Verbandsausschuß bezw. dem Verbandsvorsitzenden eingeräumt.

9.

Diese Satzung tritt am 1. April 1925 in Kraft.

Cröbern und Wachau,
den 2. April 1925.

Der Gemeinderat. Wolfert, Bürgermeister. (Stpl.)

Der Gemeinderat. Jäger, Bürgermeister. (Stpl.)

In **Stahmeln** ist die **Maul- und Klauenseuche erloschen.**

Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden im allgemeinen aufgehoben.

Die Gemeinde Stahmeln bleibt aber wegen der in Lindenthal noch herrschenden Maul- und Klauenseuche im Beobachtungsgebiet.

Leipzig, am 21. April 1925.

Die Amtshauptmannschaft.

Unter dem Rinderbestande des **Rittergutes Plaußig** ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen.

Gemäß §§ 161 flg. der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (RGBl. v. J. 1911 S. 41 flg.) wird bestimmt, daß die **Gemeinde Plaußig** zum **Sperrbezirk** und die **Gemeinden Thekla, Portitz, Seehausen, Hohenheida, Merkwitz und Seegeritz** zum **Beobachtungsgebiet** gehören.

Der als Schutzzone gebildete **15-km-Umkreis** umfaßt das zwischen der Eilenburger und der Dübener Staatsstraße gelegene Gebiet des amtshauptmannschaftlichen Bezirks.

Leipzig, am 21. April 1925.

Die Amtshauptmannschaft.

Markranstädt. **Reichspräsidentenwahl am 26. April (2. Wahlgang).** Die Stadt Markranstädt ist in 4 Stimmbezirke (Nr. 809–812) eingeteilt:

1. **Bezirk, Nr. 809: Abstimmungsraum:** Bürgerschule, Zimmer Nr. 1, Eingang Parkstraße. — **Stimmbezirk:** Albert-, Heide-, Nord-, Leipziger und Ziegelstr.
2. **Bezirk, Nr. 810: Abstimmungsraum:** Bürgerschule, Zimmer Nr. 2, Eingang Härtelstraße, gegenüb. „Deutsches Haus". **Stimmbezirk:** Bahnhof-, Eisenbahnstr., Gerichtsweg, Hirzelplatz, Marien-, Park-, Schulstraße und Weißbachweg.
3. **Bezirk, Nr. 811: Abstimmungsraum:** Bürgerschule, Zimmer Nr 4, Eingang Härtelstraße, gegenüber Schuhgeschäft Kamprath. — **Stimmbezirk:** Härtel-, Hordis-, Karlstraße, Marktplatz, Promenadenring, Schkeuditzer, äuß. Schkeuditzer und Weststraße.
4. **Bezirk, Nr. 812: Abstimmungsraum:** Bürgerschule, Zimmer Nr. 9, Eingang Härtelstraße, gegenüber Bäckerei Fröde. **Stimmbezirk:** Brau-, Garten-, Feld-, Krakauer, Lützener, Mühlen-, Südstraße, Schmaler Weg, Zwenkauer und Aeußere Zwenkauer Straße.

Die Stimmzettel sind in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags abzugeben.

Die amtlich hergestellten, im Abstimmungsraume ausgegebenen Stimmzettel enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge. Auf dem Stimmschein ist in der Wahlzelle durch ein Kreuz oder durch Unterstreichen oder in sonst deutlich erkennbarer Weise derjenige Anwärter zu bezeichnen, dem der Stimmberechtigte seine Stimme geben will. Bei Ablehnung der Vorschläge kann der Stimmberechtigte in das auf dem Stimmschein vorgesehene Freifeld einen anderen Anwärter eintragen.

Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht genügen, sind ungültig.

Markranstädt, den 21. April 1925.

Der Stadtrat (Wahlamt).

Pegau. Oeffentliche Sitzung des Berufsschulausschusses am 28. April 1925, nachmittags ½7 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses zu Pegau. Tagesordnung am Ratsbrett.

Pegau. Oeffentl. Stadtverordnetensitzung Freitag, den 24. April 1925, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal. — Tagesordnung am Ratsbrett.

Unsere Maifestnummer

erscheint Donnerstag, 30. April

Die starke Nachfrage nach dieser Nummer bedingt eine bedeutend erhöhte Auflage. Unsere werten Inserenten machen wir darauf aufmerksam, daß gerade in dieser Maifestzeitung die

Inserate den größten Erfolg

haben. Um die Inserate wirkungsvoll arrangieren zu können, ersuchen wir unsere werten Inserenten sowie alle Geschäftsleute, uns die für die Maifestnummer bestimmten Inserate rechtzeitig, spätestens bis Mittwoch, den 29. April 1925, nachmittags 6 Uhr, zu übermitteln

Verlag der Leipziger Volkszeitung, Abt. Inserate
Tauchaer Straße 19/21. Fernsprechanschluß 72206

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die **Gewinne unserer Warenlotterie** bis zum **30. April d. J.,** nachmitt. 3 Uhr, abgeholt sein müssen, andernfalls sie zu Gunsten des Vereins verfallen.

Ausgabe täglich von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, außer Sonnabend u. Sonntag, in unserem Vereinslokale **Leipzig-Paunsdorf, Restaurant Albertsburg,** Albertstraße 10.

Freie Turnerschaft e. V.
Leipzig-Paunsdorf.

Der Drache ist ein Fabeltier

außerdem ist er eine ungemütliche republikanische Wochenschrift, die in einer Leipziger und einer Dresdner Ausgabe erscheint und in der die anständigsten und flüssigsten Federn Deutschlands zu Worte kommen.

Die Geistigen freuen sich an ihm.
Den Freiheitlichen spricht er aus dem Herzen.
Die Spießer verletzt seine Lektüre.

Der Drache ist das Blatt des freiheitlich gesinnten Arbeiters und entschiedenen Republikaners.

Einzelheft 40 Pfg., Vierteljahrsabonnement (13 Hefte) für Lieferung direkt per Kreuzband 4,50 Mark, Probenummer gratis. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Leipziger Ausgabe: Verlag „Der Drache", Leipzig, Bayerische Straße 1, Postscheckkonto 58 700.
Dresdner Ausgabe: Dresdner Verlag Der Drache, Dresden-A., Wettiner Straße 47, II. Postscheckkonto Dresden 7335.

Alle Schulbücher
zum Schulanfang 1925

Schreibhefte, Tinte, Zeichenblätter, Federn, Federhalter, Bleistifte, Farbstifte, Tuschkästen und alle sonstigen kleineren Lehrgegenstände sind in nur bester Qualität durch alle Filialen der „Leipziger Volkszeitung" zu beziehen. Zugleich empfehlen wir zu Geschenkzwecken sowie für die reifere Jugend unser sehr reichhaltiges Lager an Jugendschriften, Reisebeschreibungen usw.

Leipziger Buchdruckerei A.G.
Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21

Telephonisch können Inserate nicht angenommen werden Expedition der Leipz. Volkszeitung.

Fahrräder
von 30 Mk. Anzahlung an, wöchentlich 5 Mk. Abzahlung
Bei Barzahlung höchster Rabatt
Graefe, Zeitzer Straße 39
gegenüber Volkshaus

Familien-Nachrichten

Statt Karten.

Für die uns anläßlich unserer

Silbernen und Grünen Hochzeit

so überreich dargebrachten Aufmerksamkeiten sagen wir allen Freunden und Bekannten hierdurch unseren

herzlichsten Dank.

Gustav Adler u. Frau Alwine geb. Fritzsche
Joh. P. Rich. Pinder u. Frau Gertrud geb. Adler
Zöblgker.

Fleisch- u. Wurstwaren

kaufe ich auch diese Woche am vorteilhaftesten

im Konsumverein.

Wegen des starken Andranges an Sonnabenden empfiehlt sich der Einkauf bereits an den Vortagen.

23 Spezial-Verkaufsstellen für Fleischwaren.

Wurstwaren in allen Verkaufsstellen.

Konsumverein L.-Plagwitz u. Umgegend
E. G. mit beschr. Haftpfl. — Abteilung Fleischwaren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die stockenden Kreditverhandlungen.

Im Hauptausschuß des deutschen Reichstages hatte sich am vergangenen Sonnabend auf deutschnationale Anfragen Dr. Stresemann, der Gegner der Hindenburg-Kandidatur, sehr reserviert über den Fortgang der Kreditverhandlungen mit den amerikanischen Finanziers ausgesprochen. Er teilte mit, daß auf eine telegraphische Anfrage noch kein Bescheid des amerikanischen Botschafters von Maltzahn eingegangen sei. Nunmehr teilt der Lokalanzeiger nach einer Meldung der TU. mit, die Informationen Maltzahns seien zwar eingegangen, aber sie müßten naturgemäß vertraulich behandelt werden. Wir haben vollstes Verständnis für diese Mitteilung des deutschnationalen Generalanzeigers von Berlin, umsomehr, als er weiterhin mitteilt, daß der Bericht Maltzahns **„keinerlei Modifikationen** zu den sachlichen Erklärungen, die der Außenminister selbst bereits am Sonnabend gegeben hatte" gebracht habe.

Damit werden die Zweifel Stresemanns bestätigt, die er im Hauptausschuß geäußert hat und demzufolge steht fest, **daß die Kandidatur Hindenburg für die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit dem erforderlichen finanziellen Schmieröl geradezu verheerend wirkt.** Daraus wird auch verständlich, warum — wie aus dem gestern abgedruckten Protokoll einer deutschnationalen Sitzung zu ersehen ist — die Großkapitalisten der Feldmarschallkandidatur sehr skeptisch gegenüberstehen und ihre Geldschränke dicht geschlossen halten.

Die Darstellungen Stresemanns und die Informationen des deutschen Botschafters in Washington werden bestätigt durch den leitenden Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Zeitung, Dr. Artur Feiler, der sich zur Zeit auf einer Informationsreise in den Vereinigten Staaten befindet. In einem Privattelegramm, das er der Frankfurter Zeitung bereits unter dem 17. April schickte, wird gesagt:

Den Anhängern der Kandidatur Hindenburg und namentlich den Wirtschaftskreisen der Rechtsparteien wäre der Anschauungsunterricht außerordentlich zu wünschen, den ich bei meinem täglichen Zusammentreffen mit führenden finanziellen und geistigen Kreisen Neuyorks seit der Nominierung Hindenburgs hier immer wieder genieße. Das Interesse ist außerordentlich groß, keine meiner Unterhaltungen verläuft, ohne daß die Frage nach den Aussichten der deutschen Wahl gestellt wird. Aber das Interesse ist alles andre als schmeichelhaft. Der normale Amerikaner betrachtet die Aufstellung Hindenburgs mit einer durch die Höflichkeit durchschimmernden Verblüffung. Die Kreise aber, die sich für Deutschland stärker interessieren, nämlich die Politiker und die Finanzleute, die hier für die internationale Wiederherstellung arbeiten, **empfinden ausnahmslos die Kandidatur als geradezu verhängnisvollen Schlag.** „Die Gelegenheit zu einem schweren politischen Fehler war wieder einmal gegeben; die deutsche Reaktion hat diese Gelegenheit glänzend ausgenutzt", so urteilte mir gegenüber ein hervorragender Finanzmann. Aber es gebe ein Mittel, diesen unglücklichen Eindruck wieder gutzumachen. Hindenburgs Wahl würde Deutschlands wieder errungene internationale Stellung aus schwerste erschüttern. Wenn der republikanische Kandidat siege, so würde die deutsche Demokratie einen schlagenden Beweis ihrer Stärke und ihrer republikanischen Konsolidierung liefern, dessen Bedeutung für die Zukunft ganz außerordentlich wäre. Das sagen mir hier alle Freunde Deutschlands.

Welche Gefahren die Kandidatur Hindenburg insbesondere auch für die Versorgung der Kommunen mit ausländischen Krediten bedeutet, ergibt sich weiter aus einer Darstellung, die unser Kölner Parteiorgan Die Rheinische Zeitung an der Spitze ihrer Sonnabend-Ausgabe brachte. Dort heißt es:

„Seit einiger Zeit steht die Stadt Köln mit einem Konsortium amerikanischer Finanzleute in Unterhandlungen wegen einer Anleihe, die für wichtige Aufgaben der Entwicklung in der Stadt Köln unbedingt erforderlich sind. Bis in die vorige Woche liefen die Verhandlungen zufriedenstellend. Die Kandidatur Hindenburg, die in der ganzen Welt das Vertrauen in die ruhige Entwicklung Deutschlands und in die Stabilität unsrer Währung erschütterte, hat auch diese Anleiheverhandlungen ins Stocken und in die unmittelbare Gefahr des Scheiterns gebracht. Telegramme amerikanischer Finanzleute nach Köln lassen über den Ernst der Lage und über die Ursache **keinen Zweifel. Die Kandidatur Hindenburg ist jetzt schon eine schwere Schädigung für die Stadt Köln.**"

Wollen die kommunistischen Arbeiter durch die aussichtslose Kandidatur Thälmann Hindenburg zum Siege verhelfen, um damit das deutsche Wirtschaftsleben erneut in den Zustand der Stagnation zurückzuführen? Das Proletariat ist noch immer der Leidtragende nationalistischer Katastrophenpolitiker gewesen.

•

WTB. Neuyork, 21. April.

Wie die Newyork Times meldet, haben einige Neuyorker Bankiers, die sich mit deutschen Industrieanleihen befassen, sich entschlossen, die Anleihen zeitweilig aufzuhalten, bis der Ausgang der Präsidentenwahl in Deutschland bekannt ist. Dem Blatt zufolge haben sich gestern einige Bankiers dahin geäußert, ein Erfolg Hindenburgs würde das Ende der deutschen Industrieanleihen auf dem Neuyorker Markte bedeuten.

•

WTB. London, 21. April.

Daily News schreibt in einem Leitartikel, die Kandidatur Hindenburgs habe ernstlich die Bedeutung eines Ereignisses, das jetzt von folgenschwerem Interesse für ganz Europa geworden sei. Hindenburg sei der bei weitem mächtigste Vorkämpfer, den die Monarchisten wählen könnten. **Hindenburg als Reichspräsident würde eine ernste Bedrohung für den Frieden sein.** Hindenburg habe in vorsichtiger Sprache seine friedlichen und verfassungsmäßigen Absichten kundgegeben. **Leider glaube an sie niemand außerhalb Deutschlands.** Mussolini begrüße seine Kandidatur fast überschwenglich als eine wünschenswerte Reaktion gegen die Unfähigkeit der Demokratie. Die Staatsmänner aber und Völker, die ernstlich für den Wiederaufbau Europas auf einer Grundlage des Wohlwollens und gegenseitigen Vertrauens arbeiteten, sähen in dem Auftauchen Hindenburgs **die Möglichkeit des Scheiterns ihrer Pläne.** Die Gefahr einer Hindenburg-Präsidentschaft sei, daß sie eine **internationale Atmosphäre des Mißtrauens und der Furcht schaffe, die ernstlich die ohnehin schwierige Aufgabe der Erzielung eines wirklichen Friedens gefährde.**

Die deutsche Republik.

— Und so 'ne lächerliche Strohpuppe soll ich mir zum Manne nehmen?

Das Lied vom Feldmarschall.

Von Dr. Franz Rothenfelder.

Es sprach der alte Feldmarschall:
Putz mir die Silberbügel.
Poliere' er mir die Orden all
Und streich' er schwarz die Zügel.
Der nächste deutsche Präsident
Wird stolz zu Pferde sitzen.
Das gibt ein ander Regiment,
Potz Donner und Haubitzen!

Der treue Bursche seufzte tief:
Ich hab's nicht gern vernommen.
Die Sache ging schon einmal schief
Und wird noch schiefer kommen.
Der Ritt durchs Brandenburger Tor
Ist blutige Nebelsage:
Das Kappgespenst steht nachts davor,
Der Jagow macht's am Tage.

Der Feldmarschall war arg verstimmt
Und schwamm in bösen Blicken,
Um bald, so sehr man auch ergrimmt,
In Greisenschlaf zu nicken.
Er schrak aus Träumen wild empor,
Die hart und häßlich drohten:
Es stand am Brandenburger Tor
Das große Heer der Toten.

Der Landsturmmann, der junge Scholm,
Die standen starr entschlossen,
Den grauen Rock, den Eisenhelm
Von rotem Blut umflossen.
Sie hoben hoch die Knochenhand,
Das klapperte wie Waffen:
Wir haben uns das freie Land
Aus deutschem Blut geschaffen!

Das ist ein Lied vom Feldmarschall,
Es klingt wie ernstes Mahnen.
O hört es all und überall
Hißt schwarzrotgoldne Fahnen.
Gespenstern muß erst große Wahl
Die Scheiterhaufen schüren.
Dann werden wir aus Blut und Qual
Das Volk zur Sonne führen.

Hindenburg.

Ein Urteil der Geschichtsschreibung.

A. D. In ekelerregender Heuchelei wird versucht, Dumme zu ködern, indem man mit dem Namen des „großen und genialen" Heerführers vergessen machen will, das auch er ein Verantwortlicher am Zusammenbruch Deutschlands war. Daran müssen Millionen in diesem Wahlkampf wieder erinnert werden. Das Lügengewebe, was um die „Götter" Deutschlands geflochten wurde, zu zerreißen, ist Aufgabe all derer, die sich bedanken, aufs neue von diesem „großen" General und politischem Greis geführt zu werden.

Hindenburg ist kein Politiker. Er ist und war aber auch kein Heerführer von besonders großem Format, er war vielmehr lediglich ein Durchschnittsgeneral, wie wir sie zu Dutzenden haben. Lassen wir zum Beweis dafür den Geschichtsschreiber sprechen. (Die Tragödie Deutschlands. Von einem Deutschen. Verlag von Ernst Heinrich Moritz Stuttgart.) Der ungenannte Verfasser legt Zeugnis davon ab, das er den Geist der deutschen Diplomatie, des Hofes und des Offizierskorps der alten Zeit, die Mängel der Kriegführung, die Strategie der OHL. aus eigner Anschauung kennen lernte. In dem Kapitel: Die neupreußische Strategie und ihre Vertreter kommt er über Hindenburg zu folgendem Urteil

„War Deutschland wirklich so arm an großen Generalen? Es ist zuzugeben, daß „Großer General" einen außerordentlich seltenen Artikel darstellt, viel seltener als das die Generale selbst glauben, aber so gut wie Frankreich seinen Joffre und Foch, England seinen Allenby hatte, hätte doch Deutschland gewiß aus der Masse seiner Offiziere Generale sich entwickeln lassen können. Je mehr man darüber nachdenkt, desto mehr muß man dem militärischen System in Deutschland die Schuld geben. Bei aller Verehrung, die man dem gutmütigen, treuen und biederen Hindenburg, der vielleicht ein ganz brauchbarer Armeeführer gewesen wäre, zollen muß, ist es doch bedauerlich, daß Deutschland ihn als Inkarnation deutscher Strategengröße aufstellte und heute noch aufstellt. **Hindenburg war nach kurzer Zeit ganz das gutmütige Werkzeug oder Aushängeschild Ludendorffs.** Er war klug genug, diesem Feuerkopf sich nie in den Weg zu stellen. Seinem Charakter verleiht es einen berechtigten Glorienschein, wenn er die durch riesige amtliche Propaganda und journalistischen Eifer ihn überschüttende Verhimmelung immer wieder auf Ludendorff lenkte, aber das ändert an der Tatsache nichts, daß er **kein Heerführer** war.

Ihm fehlte die überragende Geistigkeit eines Cäsar, eines Napoleon, die Kultur eines Turenne, eines Moltke. Ihm fehlte die Beweglichkeit des Intellektes ebenso wie seine Tiefe. Man braucht nur seinen Kopf zu betrachten, um sich über diese Frage vollkommen im klaren zu sein und man braucht nur das zusammenzustellen, was er gesprochen hat, um die aus dem Studium der Gesichtszüge sich ergebende Charakteristik bestätigt zu finden. Es ist unverständlich, warum die Deutschen unbedingt Hindenburg zu einem großen Feldherrn auch heute noch stempeln wollen. Die Welt lächelt über diesen Versuch ein böses Lächeln. Sie würde es verstehen, wenn Deutschland sagen würde: **„Wir konnten nicht siegen, denn wir hatten keinen überragenden Geist an unserer Spitze."**

Man kann trotzdem Hindenburg verehren und ihn, der, ohne zu klagen, unendlich Schweres durchgemacht und niemals seine Feldherrnaufgabe nach der Seite der Pflicht verletzt hat, als Muster eines deutschen Mannes hinstellen.

Die charakterliche Bewertung einer Persönlichkeit ist mit der intellektuellen und der beruflichen nicht unbedingt identisch. Aber diese Trennung entspricht dem deutschen Bewußtsein nicht, das nichts mehr liebt, als das Grenzenlose in der Bewunderung. Diese deutsche Art der Heldenverehrung entspricht **der erstaunlichen Kritiklosigkeit unseres Volkes in fast allen Dingen.** Sie hat etwas Kindliches, Unreifes ...

Wir neigen stets dazu, das in einem Menschen zu sehen, was andere über diesen Menschen sagen oder schreiben, weil wir viel zu ängstlich sind, untertanenhaft, lakaienhaft sind, um den Mut des eigenen Urteils zu haben. Daher kann eine namentlich amtliche Beeinflussung aus der Meinung der Deutschen machen, was sie will. Und sie hat aus der deutschen Meinung das gemacht, was sie wollte, so gründlich, daß heute noch Millionen von Deutschen den ganzen Kometenschweif von amtlichen Lügen, die oft so dumm waren, daß ein Kind ihnen hätte auf die Spur kommen können, glauben, und wie ein Evangelium glauben.

So sieht Deutschland in dem guten und freundlichen, aber **geistig engen und völlig ungenialen Hindenburg,** dem aber auch alles zum Feldherrn fehlt, was nur fehlen kann, das Genie des Weltkrieges. Armes Deutschland."

Diesem Urteil ist nicht viel hinzuzufügen. Um wieviel ärmer ist das Deutschland, das sich erneut einem solch unfähigen Führer und seinen noch viel unfähigeren Hintermännern auf Unglück oder Verderb ausliefern ließe.

„Die paar Jahre, die ich nach dem Kriege noch zu leben habe, will ich in Ruhe verbringen!" — sagte Hindenburg.

Erfüllt ihm seinen Wunsch!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Jarres-Hindenburg bringen das Reichskonkordat.

le. Die an Hindenburgs „hehrer Heldengestalt" und an seiner (ach so banalen) Geistigkeit sich berauschenden Zeitungsschreiber der Rechten gefallen sich, gegen Marx vor allem den Trumpf auszuspielen, daß unter ihm die Geistes- und Gewissensfreiheit beschnitten, daß die Schulen insbesondere der Kirche ausgeliefert werden würden. Die gut protestantischen Leipziger Neuesten Nachrichten zumal mühen sich, unter Hinweis auf die Zustimmung des Reichskanzlers Marx zum bayrischen Konkordat, der leichtgläubigen Oeffentlichkeit zu suggerieren: Ein evangelischer Reichspräsident wird nie und nimmer der Kirche die Herrschaft auf allen Kulturgebieten zusprechen.

Wie es in Wirklichkeit um die innersten Absichten des Reichsblocks bestellt ist, hat der Schrittmacher Hindenburgs, der verflossene Kandidat Dr. Jarres, in München jüngst in öffentlicher Rede enthüllt. Er deklamierte: „Wir bekennen uns zum Christentum und stehen auf dem Boden des christlichen Staates. Das Eigenleben der großen Bekenntnisse muß vom Staate im Sinne der Verfassung gewährleistet und ausgebaut werden." Die „Rechtgläubigkeit" wird frohlocken, daß der weltliche Arm ihr weiterhin, ja mehr noch als bisher, Stütze und Unterhalt bieten will. Und die kleinen Bekenntnisse — die Monisten und Freidenker gar? Nun, sie dürfen brav Steuern zahlen, damit der unersättliche Magen beider Kirchen gefüllt werde. Weiterhin bekannte Dr. Jarres:

„**Ich begrüße es, daß in Bayern durch die Annahme des Konkordats, wie auch durch die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der evangelischen Kirche wichtige Schritte auf diesem Wege getan sind. Als Reichsminister des Innern habe ich entsprechend dem Wunsche der römischen Kurie auf Grund unsrer Verhandlungen mit dem päpstlichen Nuntius kurz vor meinem Ausscheiden aus dem Amte auch den Entwurf eines Reichskonkordats vorgelegt.**"

Die Münchener Neuesten Nachrichten haben sich von Herrn Dr. Jarres ausdrücklich bescheinigen lassen, daß diese seine Rede den Tatsachen entspricht; und die Leipziger Neuesten Nachrichten werden diese Ankündigung von ungeheurer Tragweite ihren Lesern nun gewiß nicht mehr vorenthalten.

Der Reichsinnenminister Jarres also, der Schildhalter Hindenburgs, hatte keinerlei Bedenken gegen die mancherlei Verfassungsbrüche im bayrischen Konkordat! Er hat ein Rechtsgutachten des Geheimrats Dr. Kahl eingeholt und sich gern beruhigt, als dieser entschied: Die bayrische Regelung verletzt keinen Verfassungsartikel. Auf zur Nachahmung! Wohl hat ein Dutzend berühmter Staats- und Kirchenrechtslehrer entgegengesetzt geurteilt — davon braucht Herr Dr. Jarres nichts zu wissen, wenn es ihm und seiner Clique nicht in den Streifen paßt. Und Bayern wird schon dafür sorgen, daß das Reichskonkordat in nichts von den Münchner Vorschriften abzuweichen sich erlaubt.

Viele Freidenker wollen Marx ihre Stimme nicht geben. Bei oberflächlichem Zusehen mögen sie ein Recht dazu haben. Nach Vorstehendem aber und bei tieferem Nachdenken müssen sie zu der Gewißheit kommen: **Hindenburgs Sterrheit und Engstirnigkeit wird in Weltanschauungsfragen durchaus zugunsten der Kirche entscheiden und Jarres' Entwurf zum Reichskonkordat Wirklichkeit werden lassen.**

Was hat den Freidenkern dann ihr schmollendes Beiseitestehen genützt? Sie spielen um der religiösen, konfessionellen Frage willen — als wäre sie die einzige bei der Reichspräsidentenwahl! — den ganzen inner- und außenpolitischen Kurs den rechtsradikalen Steuermännern in die Hand. Solche Kurzsichtigkeit wird sich bitter rächen. Darum: Wahlenthaltung beweist das Hervorkehren kleiner Gesichtspunkte. Sie hilft Hindenburg in den Sattel! **Wollt ihr euch von ihm und seiner militaristischen Gefolgschaft reiten lassen?**

Ein Aufruf der nationalen Minderheiten.

Der Verband der Nationalen Minderheiten Deutschlands erläßt zu der Wahl des Reichspräsidenten am 26. April folgenden Aufruf:

Nachdem die antirepublikanischen Parteien den General Hindenburg als Kandidaten zur Wahl des Reichspräsidenten aufgestellt haben, setzen wir uns mit Betonung unsrer verfassungstreuen republikanischen Gesinnung für die Wahl des republikanischen Kandidaten Wilhelm Marx ein. Nach wie vor weisen wir auf unsern Standpunkt in der Frage der Ausführung des Art. 113 der Reichsverfassung hin, für dessen Verwirklichung nur ein republikanisch gesinnter und verfassungstreuer Reichspräsident Gewähr bietet. Wir fordern hiermit alle unsre entsprechenden Organisationen auf, für den republikanischen Kandidaten Wilhelm Marx dort, wo es erforderlich werden sollte, mit allem Nachdruck aktiv in den Wahlkampf einzugreifen und seine Kandidatur zu fördern.

Hindenburg ist der Kandidat der nationalen Intoleranz!

Hindenburg ist der Kandidat der schwerindustriellen Kriegshetzer!

Hindenburg ist nach seinen eigenen Worten der getreue Vasall und Diener Wilhelms II!

Unsre Pflicht ist es, die Wahl des Platzhalters der Monarchie, Hindenburg, mit zu verhindern und die Wahl des Republikaners Wilhelm Marx durch unsre Stimme zu fördern.

Unsre Wahlparole lautet für den 26. April: Wilhelm Marx.

Der Verband der Nationalen Minderheiten in Deutschland.
Wahlausschuß.

Achtung, Rechtsblockschwindel!

Aus der Fälscherwerkstatt des Rechtsblocks.

Wie der Vorwärts mitteilt, bereitet der Rechtsblock zwei auf frecher Fälschung beruhende Wahlmanöver vor:

1. Einen gefälschten Papstbrief;

2. ein gefälschtes Flugblatt des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

In dem gefälschten Papstbrief wird behauptet, der Papst habe das Bündnis mit den Sozialdemokraten verboten. In dem gefälschten Flugblatt unsres Parteivorstandes soll stehen, das Bündnis der Republikaner habe sich infolge eines Verrats des Zentrums zerschlagen, wählt deshalb Otto Braun.

Achtung, es wird vom Rechtsblock gefälscht und geschwindelt!

Dazu bemerkt der Korrespondent der Vossischen Zeitung in Rom, er sei ermächtigt worden, die Behauptung, daß eine päpstliche Kundgebung im Osservatore Romano gegen die Verbindung von Zentrum und Sozialdemokratie vorbereitet werde, auf das energischste zu dementieren. Der Vatikan denke nicht daran, in welcher Form auch immer, in die innerdeutschen Parteidinge einzugreifen. Das von den Rechtsparteien verbreitete Gerücht wird als „unverantwortliche Wahlmache" bezeichnet. Der Papst selbst habe seinerzeit, als er zu dem Problem in einer Enzyklika Stellung nahm, ausdrücklich bei der Warnung an die Katholiken, dem Sozialismus den Weg in die Staatsleitung zu bahnen, jene Länder **ausgenommen** (!), wo der Sozialismus bereits verantwortlich an der Regierung teilnimmt.

Die Tatsache scheint zu bestehen, daß rechtsstehende Katholiken in Rom mit Nachdruck darauf hingearbeitet haben, dem Vatikan Aeußerungen zugunsten ihrer Wahlpropaganda zu entlocken.

Die Lehrerschaft und Republik.

SPD. Bremen, 21. April.

Von großem Interesse bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl ist die Einstellung der Lehrerschaft. Gerade den fortgeschrittenen Teilen der deutschen Lehrerschaft, die sich stets gegen eine Verbindung zwischen Kirche und Schule ausgesprochen haben, dürfte die Entscheidung nicht ganz leicht fallen. Sehr wichtig ist darum eine Entscheidung, die der Bremische Lehrerverein, der sich schon vor dem Kriege in der deutschen Lehrerbewegung durch seinen fortschrittlichen Geist auszeichnete, in der Reichspräsidentenfrage getroffen hat. In der neuesten Nummer seiner Zeitung wird ausgeführt, daß die Lehrerschaft sich angesichts der kulturpolitischen Einstellung des Zentrums, seiner Stellungnahme zum Grundschulgesetz und in der Konkordatsfrage ihre Entscheidung sehr gründlich überlegte. Aber der Bremer Lehrerverein sei trotz der eingehend gerüsteten Bedenken zu der Ansicht gekommen, daß gegenüber dem großen letzthin entscheidenden Gedanken, die in der Reichspräsidentenwahl umstritten sind, sich doch die Lehrerschaft den Weimarer Koalitionsparteien an die Seite stellen muß, die den Volksstaat und die Anfänge der Einheitsschule begründeten.

„**Dieser Volksstaat ist die ganze Grundlage unserer Arbeit.** Wenn wir als Lehrerorganisation mit verhüten können, daß wir in der Verfassungsfrage weit zurückgeworfen werden, so ist das unsere Pflicht. Marx als Reichspräsident und Kandidat der verfassungstreuen Parteien kann in dieser Stellung nicht eine einheitliche Zentrumsschulpolitik führen. Er hat das Verfassungswerk als solches zu schützen. **Ein Sieg des Rechtsblocks erschüttert die Grundlage unserer Arbeit.** Es ist also unsere Pflicht, daß wir uns ohne Ausnahme an der Wahl beteiligen und für die Republik, für den Volksstaat, für die Verfassung eintreten, uns aber gegen die Monarchie, gegen den Klassen- und Obrigkeitsstaat wenden."

Der Stimmzettel des Republikaners

Paul v. Hindenburg Generalfeldmarschall, Hannover	◯
Wilhelm Marx Reichskanzler a. D., Berlin	⊗
Ernst Thälmann Transportarbeiter, M. d. R., Berlin	◯
	◯

Das Kreuz ins zweite Feld!

Trotzki ein „langohriger Esel"!

So versichert ein Vertrauter Sinowjews.

Von Dr. S. Soloweitschik.

Vor einigen Wochen erschien in Leningrad ein neues Buch, das der Kritik des Trotzkismus gewidmet ist. Der Verfasser — P. Salutzky — ist einer der Führer der Leningrader Organisation der Kommunistischen Partei Rußlands und zugleich einer der Vertrauten Sinowjews. Man kann wohl wetten, daß die deutschen Kommunisten aus der deutschen kommunistischen Presse von diesem Buch nichts erfahren werden. Das ist zu bedauern. Denn das Buch Salutzkys könnte ihnen (selbstverständlich den Arbeitern, nicht den Sowjetbeamten) sehr nützlich sein: erstens hätten sie sich überzeugt, daß die inneren Kämpfe in der K. P. R. nicht abgenommen haben, sondern immer heftiger werden. Und dann hätten sie Gelegenheit gehabt, über die Kampfesweise ihrer Führer nachzudenken.

Obwohl das Buch den Titel „Ueber den gegenwärtigen Trotzkismus" trägt, schreibt Salutzky in der Hauptsache nicht über den Trotzkismus, sondern über die Persönlichkeit Trotzkis. Dabei erfährt der Leser:

1. Daß Trotzki kein **Klassenpolitiker**, sondern ein „Intrigant" ist, der, „ohne eine politische Linie zu haben, sie durch die Intrige ersetzt," „dessen Politik zum Hauptgrundsatz Klatscherei, Intrige und kleinliche Diplomatisierung hat". Kurz: „Den grundsätzlichen Inhalt der Klassenpolitik ersetzt er durch die politische Intrige".
2. Daß Trotzki **ein „Europäer"** ist und daß dieses Wort bei den russischen Kommunisten **als Schimpfwort** gilt.
3. Daß Trotzki „ein ausgerupftes Küchlein" ist.
4. Daß Trotzki auch (die weiblichen Mitglieder der KPD. sollen nicht vor Wut in Ohnmacht fallen) **„ein langohriger Esel"** ist.

Noch unlängst mußten die kommunistischen Arbeiter Trotzky als einen der „Hauptführer der Weltrevolution" **anbeten**. Dann kam aber die große „Diskussion" — der Streit um Lenins Erbe. Und der „große Führer" verwandelt sich in einen „Intriganten", „ein Küchlein", „einen Esel" und — das schlimmste — sogar in einen „**Europäer**". Sic transit . . .

Die wahrlich nicht sehr freundliche Charakteristik wird noch durch einige Züge ergänzt. So vergleicht z. B. der kommunistische Verfasser sein Opfer mit „einem Narren, der nach dem altorientalischen Sprichwort einen Stein ins Meer so werfen kann, daß ihn zehn Weise nicht finden werden". Und auf der Seite 23 dieses spannenden Buches kann der kommunistische Arbeiter noch etwas erfahren: nämlich, daß der „große Führer" einer der größten Lügner der Welt ist. Salutzky versichert, daß „Trotzki in dieser Kunst (der Kunst der Lüge) 35000 mal Chlestakoff übertrifft". Und Chlestakoff — der Held einer Komödie des berühmten russischen Schriftstellers Gogol „Der Revisor" — ist der vollkommenste Typus des Lügners in der russischen Literatur.

Das ist also das Bildnis Trotzkis aus der Feder eines der nächsten Mitarbeiter Sinowjews. Soll nicht jeder kommunistische Arbeiter die natürliche Frage stellen: wie erklärt es sich, daß man dieses **Bildnis nur jetzt präsentiert? Ist das Porträt richtig — dann hat man wenigstens 7 Jahre hindurch gelogen — indem man Trotzki als einen „großen Mann" darstellte. Ist es falsch — dann lügt man jetzt.** Und da der Zentrale der KPD. diese Schlußfolgerung natürlich nicht sehr angenehm ist, so wird die deutsche kommunistische Presse das Buch Salutzkys zu verschweigen wissen. Das wird ihr aber nicht gelingen.

Arbeiter, aufgepaßt!

Dies Wahlplakat soll Euch verführen, für Thälmann, das heißt für Hindenburg zu stimmen.

Ihr meint, es sei ein kommunistisches Wahlplakat? Das ist nicht richtig. Es ist ein Wahlplakat des Rechtsblocks, gedruckt bei Breitkopf u. Härtel in Leipzig.

Die Reaktion weiß, daß Ihr nicht für Hindenburg stimmen werdet. Sie sucht deshalb in den nächsten Tagen Eure Stimmen für Thälmann, den Kommunisten, den Bundesgenossen Hindenburgs, zu werben.

In den nächsten Tagen wird der **Rechtsblock** eine großzügige Agitation für die Kandidatur Thälmann unter der Arbeiterschaft zu entfalten versuchen.

Seht Euch die Leute genau an, die Stimmung für Thälmann machen!

Laßt die kommunistischen Agitatoren, die Helfershelfer der Reaktion, laßt die als Kommunisten verkappten Agitatoren des Rechtsblocks, denen es darauf ankommt, Hindenburg die Mehrheit zu verschaffen, ablaufen.

Fort mit der Reaktion, fort mit ihren kommunistischen Bundesgenossen!

Für die Republik! Für Schwarz-Rot-Gold!

Werbt und stimmt für Wilhelm Marx!

Sowjetrußland gegen Abrüstungsmaßnahmen

Note Tschitscherins an den Völkerbund.

WTB. **Genf**, 20. April.

Der Generalsekretär des Völkerbundes erhielt von dem russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, folgendes Telegramm:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 8. Januar d. J., betreffend die an die Sowjetrepubliken gerichtete **Einladung zur Teilnahme an der mit der Ausarbeitung eines Konventions-Entwurfes über den internationalen Waffenhandel beauftragten internationalen Konferenz**, beehre ich mich, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die Sowjetregierung hat ihre **ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbund**, so wie er augenblicklich organisiert ist, kundgetan. Wenn die Sowjetregierung die sekundären Fragen technischer Art, sowie bei bestimmten Gelegenheiten, die ausschließlich humanitäre Ziele verfolgten, gewillt war, an verschiedenen unter den Auspizien des Völkerbundes abgehaltenen Beratungen teilzunehmen, so schwächten diese Einwilligungen keineswegs, wie es die Sowjetregierung immer wieder hervorgehoben hat, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbunde ab. Im vorliegenden Falle hält es die Sowjetregierung für unmöglich, mit dem Völkerbund beim Studium einer Frage zusammenzuarbeiten, welche die Einmischung des Völkerbundes in die inneren Angelegenheiten der Sowjetrepubliken bedeutet. Die Sowjetregierung hält es daher ebenso für unmöglich, der Beschluß- und Interventionsbefugnis des Völkerbundes unterstellt zu werden. Diese Erwägungen zwingen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, es **abzulehnen, an der am 4. Mai zusammentretenden Konferenz teilzunehmen.**

gez. Tschitscherin."

*

Die abgrundtiefe Heuchelei der bolschewistischen „Friedenspolitik" kann nicht besser veranschaulicht werden als durch diese Note. Daß der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt kein Idealgebilde ist, wird niemand bestreiten wollen. Aber liegt seine Schwäche nicht gerade darin, daß er sich im wesentlichen aus Staaten einer Mächtegruppe zusammensetzt, während Rußland, die Vereinigten Staaten, Deutschland u. a. sich seiner Kompetenz entziehen und damit seinem Ausbau zu einer wirklichen Friedensinstitution beharrlich entgegenwirken? Nicht daß der Völkerbund sich „in die inneren Angelegenheiten" der Staaten einmischen kann, wird ihm zum Vorwurf zu machen sein, sondern das Gegenteil: seine Ohnmacht und Unfähigkeit, den Militarismus der einzelnen Länder zu bändigen. Dem Sowjet-Bund kann zu einem besonderen „Verdienst" angerechnet werden, ein neues Hindernis auf dem Wege zum Frieden aufgetürmt zu haben.

Parteitag der lettischen Sozialdemokratie.

RSD. In Riga fand vor kurzem der zehnte Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Lettlands statt. Der Rechenschaftsbericht, der auf dem Kongreß erstattet wurde, zeigt ein schnelles Anwachsen dieser Partei, die in ihrem kleinen Lande einen zunehmenden politischen Einfluß ausübt. Gegenwärtig zählt die Partei 93 örtliche Organisationen, außerdem gehören der Partei 5 Organisationen des Jüdischen Arbeiterbundes und 19 Jugendorganisationen an. Im lettländischen Parlament zählt die Partei 33 Abgeordnete von insgesamt 100. Sehr stark ist der Einfluß der Sozialdemokratie auch in den städtischen und ländlichen Selbstverwaltungsorganen. Das täglich erscheinende Zentralorgan der Partei, Sozialdemokrats, weist eine steigende Verbreitung auf. Außer diesem Organ gibt die Partei periodische Zeitschriften heraus, die der Gewerkschafts-, Frauen-, Jugend- und Sportbewegung gewidmet sind.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen als wichtigste Fragen: die nächsten Aufgaben der Partei und die im Herbst bevorstehenden Parlamentswahlen. Zu diesen Fragen nahm der Kongreß eine Resolution an, in der der Partei empfohlen wird: 1. die demokratische Republik zu schützen, und zwar unter kategorischer Ablehnung aller außerordentlichen Gesetze, die unter dem Namen von „Gesetzen über die staatliche Sicherheit" die bürgerliche Freiheit einschränken; 2. einen hartnäckigen, ununterbrochenen Kampf gegen Faszismus und Reaktion zu führen; 3. den geistigen Kampf gegen die kommunistische Putschpolitik zu verstärken; 4. eine Friedenspolitik zu führen und insbesondere danach zu streben, friedliche wirtschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland herzustellen. Außer dieser Resolution nahm der Kongreß noch eine Reihe weiterer Beschlüsse auf sozialpolitischem und ökonomischem Gebiete an.

Unter den anwesenden Gästen befanden sich auch Delegierte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Während des Kongresses fand ein internationales Meeting statt, auf dem die ausländischen Gäste als Redner auftraten. Der Kongreß, der am zweiten Todestage Martows eröffnet wurde, ehrte das Andenken des großen Toten, indem er seine Verdienste um die internationale Arbeiterbewegung und speziell seine bedeutende Rolle in der sozialdemokratischen Bewegung Lettlands würdigte.

Entrechtung der sozialistischen Gewerkschaften in Italien.

SPD. **Rom**, 18. April.

Der Gesetzentwurf über die **juristische Anerkennung der wirtschaftlichen Syndikate,** der auch deren Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften vorsieht, schließt die Anerkennung der **sozialistischen Syndikate aus.** Darüber hinaus wird bereits offiziell **erklärt, daß die Regierung die Auflösung aller Syndikate vorbereite, die internationalen Arbeiterorganisationen angehören.**

Auflösung eines bolschewistischen Komitees in Wien.

Wien, 20. April.

Die Polizeidirektion löste das sogenannte Zentralarbeitskomitee **auf**, das wiederholt durch Veranstaltung von Arbeitslosendemonstrationen zu blutigen Zusammenstößen Anlaß gab. Die Blätter erklären, das Komitee habe im Dienste der bolschewistischen Propaganda gestanden.

Massenprozeß gegen litauische Kommunisten. In den nächsten Tagen beginnt vor dem Kownoer Kriegsgericht ein Prozeß gegen 300 Personen, die angeklagt sind, in Litauen kommunistische Propaganda getrieben zu haben.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Volkswirtschaftliches.

Konkurse im Jahre 1924.

Die Zahl der Firmen, die infolge schlechten Geschäftsganges ihre Zahlungen einstellen und die nach den gesetzlichen Bestimmungen deshalb geschlossen werden, ist bezeichnend für die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes. In den letzten Jahren hat Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete Krisen und Zustände erlebt, wie wohl noch kein Land in der ganzen Weltgeschichte. Auch heute noch ist unsere Lage nicht so geklärt, wie wir es gern wünschen. Handel und Wandel haben noch nicht wieder die Höhe des Friedensstandes erreicht. Es fehlt die Festigkeit in allen Branchen und bei allen Geschäftsabschlüssen. Hierzu kommt der große Geldmangel. Es fehlt an genügend baren Geldern. Jede Krise hat naturgemäß eine große Anzahl von Geschäftszusammenbrüchen, von Konkursen, zur Folge. Die Reichsarbeitsverwaltung erfaßt alle Konkurse statistisch. Nach den Feststellungen dieser Behörde wurden im Jahre 1924 gezählt: Januar 29, Februar 46, März 58, April 139, Mai 326, Juni 586, Juli 1125, August 895, September 850, Oktober 752, November 621 Konkurse. Für den Monat Dezember 1924 liegen die statistischen Erhebungen noch nicht endgültig fest. Es dürfte aber anzunehmen sein, daß die Zahl der liquidierten Firmen die vom November nicht übersteigt, sondern eher noch niedriger ist. Erfaßt sind in den Zahlen nur handelsgerichtlich eingetragene Firmen. Sehr interessant ist die Anzahl der Konkurse in den einzelnen Monaten. Im Januar waren es nur 29, der Höhepunkt wurde im Juli mit 1125 erreicht, von da ab tritt eine Veränderung ein. Diese Zahlenschwankungen haben ganz natürliche Gründe. Im letzten und größten Inflationsjahr 1923, in welchem wir nur noch mit Milliarden und Billionen rechneten, war die Neugründung von Geschäften an der Tagesordnung. Die neuen Firmen schossen mit ihren hochtönenden Namen wie Pilze aus der Erde. Die Inhaber hofften nach den schönen Vorbildern der bereits bestehenden Firmen, ihre Inflationsgewinne ebenso zu schlucken, wie diese. Viele der Neugründungen haben dies ja auch getan. Mit Einführung der festen Währung, der Rentenbank, wurde dies allmählich anders. Zwei Gründe trugen hieran die Schuld. Mit der fortschreitenden Stabilisierung unserer Währung trat gleichzeitig ein fühlbarer Geldmangel ein. Die Folge davon waren Absatzstockungen. Die neugegründeten Firmen hatten, da sie eben nur auf „Inflation" zugeschnitten waren, und aus dieser ihren Gewinn ziehen konnten, kein Betriebskapital, und noch viel weniger irgendwelche Reserven und Guthaben. In den Anfangsmonaten des Jahres 1924 konnten sie sich noch mit Mühe und Not durchschleppen, aber dann kam der Zusammenbruch. Es ging nicht mehr weiter. Alle Geschäfte, die nicht auf fester, reeller und wirklich kaufmännischer Grundlage errichtet waren, mußten daran glauben. Im Juli zählte man nicht weniger wie 1125 Konkurse, es ist dies eine bisher noch nie erreichte Zahl. Von nun ab wird es ein wenig besser. Handel und Industrie gewöhnten sich allmählich an geordnete Verhältnisse auf dem Geldmarkt. Im November wurden 621 Konkurse festgestellt. Die großen leistungsfähigen Firmen kristallisierten sich allmählich heraus und drückten die schwankenden „Scheinfirmen" an die Wand. Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist die Ausmerzung der Inflationsfirmen nur zu begrüßen; sie konnten bei geregelten Verhältnissen nicht lebensfähig werden. Auch wurden durch den unnötigen Zwischenhandel Waren und Produkte nur verteuert. Die gesunde Entwicklung ist aber noch nicht abgeschlossen. Es werden noch eine ganze Anzahl Geschäfte ihre Pforten schließen müssen. Die Kaufkraft des Publikums, hauptsächlich der breiten Masse, ist weiter erheblich gesunken. Der Geldmangel ist immer noch sehr fühlbar. Abhilfe kann nur geschaffen werden durch die Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten. Löhne und Gehälter müssen aufgebessert werden, dann können die Arbeitnehmer auch wieder kaufen. Die Notwendigkeit von Neuanschaffungen auf allen Gebieten liegt bei der gesamten werktätigen Bevölkerung vor. Können diese Leute erst infolge Lohnerhöhung den Kleinhändler in Nahrung setzen, dann wird der Absatz beim Grossisten bis zum Produzenten eo ipso auch größer. Dieser Weg ist der einzig richtige, der eingeschlagen werden muß. „Nicht Lohnabbau, sondern Aufbau!" Kl.

Arbeitsleistung und Preise in der Zementindustrie.

SPD. Anläßlich einer Werktagung der im Zementbund zusammengeschlossenen deutschen Zementindustrie hielt der Vorsitzende einen Vortrag, aus dem die Ausführungen über den Anteil der Arbeiterschaft an der Steigerung der Arbeitsleistung besonders bedeutsam sind. Dem Sinne nach führte er über diesen wichtigen Punkt folgendes aus: Nachdem von Kriegsende bis 1923 der achtstündige Arbeitstag durchgeführt war, ging man 1924 unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder zur Friedensarbeitszeit über. Das Jahr 1924 brachte eine um rund 470 000 Tonnen höhere Erzeugung als das Vorjahr. Dabei betrug die Vollarbeiterzahl nur 15 780 gegenüber 22 394 im Jahre 1923. Zur Prüfung der Behauptung, daß im achtstündigen Arbeitstag höhere stündliche Arbeitsleistungen als im zehnstündigen erzielt werden, müßte man die Arbeiterzahl im Jahre 1924 um 20 Prozent auf 18 396 erhöhen. Aus der Gegenüberstellung dieser Zahlen mit denen von 1923 ergibt sich eine Ersparnis von 3458 Vollarbeitern. Ohne die mengenmäßige Mehrleistung des Jahres 1924 war die stündliche Arbeitsleistung im zehnstündigen Arbeitstag der im achtstündigen von 1923 um 15,5 Prozent überlegen. Bei Berücksichtigung der Mehrleistung ergibt sich eine Ersparnis von 27,9 Prozent. Bedauerlich ist nur, so führte der Redner weiter aus, daß sich diese erhöhte Arbeitsleistung infolge der Lohnsteigerungen auf die Verbraucher nicht auswirken konnte.

Ein Kommentar für diese Art der Beweisführung erübrigt sich! Immer ist es das alte Lied. Zuerst ist es der Achtstundentag, dem fast jede Industrie durch Paradeklagen in jeder Versammlung, in jeder Tagung und in jedem Abschluß den Totenmarsch singt. Wenn dann der Achtstundentag gefallen, die 10stündige Arbeitszeit eingerichtet ist, sind es die „hohen Löhne", denen man energisch zu Leibe geht. Sie allein sind dann die Schuldigen, daß der Preis nicht gesenkt werden konnte. Wie hoch die Gewinne der Unternehmer in die Kalkulation eingesetzt sind, darüber schweigt man. Ueber den relativen Anteil der Löhne an den Gesamtherstellungskosten wird nichts berichtet. Die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Arbeitsleistung scheinen ihm ebenso unbekannt. Hauptsächlich wegen der hohen Löhne konnte die Verbilligung nicht bewirkt werden! Vorher klang es aber anders. Da sprach man noch von Kohlenpreisen, von Steuern und hohen Frachtraten. Wie verträgt sich die Behauptung der preissteigernden Wirkung „der hohen Löhne" mit der sinkenden Tendenz der Preise, die sich nach Wiedereintritt der freien Wirtschaft von 450 Mark im Oktober auf 370 Mark für 10 Tonnen ab Werk senkten. Man liest's eben wie man will. Nur zwischen den Zeilen stehen Widersprüche, wo man mit einfacher Logik nicht weiterkommt. Dazu gehört wieder die Logik besonderer Art, wie sie der Vorsitzende des Zementbundes in seinem Referat präsentiert!

Die Frankfurter Messe.

Am letzten Sonntage wurde die allgemeine Messe in Frankfurt a. M. eröffnet. Nach einem Berichte des Soziald. Pressedienstes hat schon der Verlauf der beiden ersten Tage der Frankfurter Messe alle Befürchtungen, die vor ihrer Eröffnung von allen Wirtschaftssachverständigen gehegt wurden, in vollem Umfange erfüllt. Die Messe steht ganz unter dem Eindruck der schwerwiegenden Entscheidung der Reichspräsidentenwahl. Aber über das allgemein bekannte Abwarten der Industrie und des Handels hinaus hat sich eine ganz typische Form von Auftragserteilungen herausgebildet, die für unsere ganze Wirtschaftslage bezeichnend ist. Größere Aufträge werden, wenn überhaupt, so nur mit Vorbehalt erteilt. Unter diesen Umständen kann natürlich die Frankfurter Messe nicht als Gradmesser für den künftigen Stand der deutschen Wirtschaft angesehen werden. Die Beschickung der Messe und ihr starker Besuch haben erneut dargetan, daß sie ihre Stellung als wirtschaftsregelnder Faktor neben Leipzig behaupten wird. Aber gerade die Industriezweige wie Schuhe und Leder, Textilien, Chemikalien, für die Frankfurt von jeher Haupterzeugungs- bzw. Umschlageplatz war, haben nur teilweise eine Belebung erfahren. Auch der riesige Neubau des Hauses der Moden war größtenteils nur Schauplatz ergebnisloser Besichtigungen.

Preisausschreiben. Das Weltwirtschaftsinstitut der Handelshochschule Leipzig hat eine Summe von 250 Mark als Preis für die beste Arbeit eines Studierenden der Handel-Hochschule Leipzig ausgesetzt für die Bearbeitung des Themas: „Die Hemmnisse der deutschen Industriewarenausfuhr". Die mit einem Kennwort zu versehenden Arbeiten sind mit einem verschlossenen Briefumschlag, der dasselbe Kennwort trägt und die Anschrift des Verfassers enthält, bis zum 20. Dezember 1925 an das Weltwirtschaftsinstitut einzusenden.

Ausnahmetarif für Stahl und Eisen. Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat den Ausnahmetarif 20 für Eisen und Stahl und Eisen- und Stahlwaren nach den Seewerften und den Ausnahmetarif 21 für Eisen und Stahl und Eisen- und Stahlwaren nach den Binnenwerften eingeführt, und zwar in beiden Fällen zum Bau, zur Ausbesserung oder zur Ausrüstung von See- und Flußschiffen. Es sind nur Eisen und Stahl, sowie Eisen- und Stahlwaren der Tarifklassen b und d berücksichtigt. Für Eisen- und Stahlwaren der Tarifklasse a, Maschinen usw., und für Ganz- und Halbfabrikate aus unedlen Metallen ist ein wirtschaftliches Bedürfnis für eine frachtliche Begünstigung nicht anerkannt worden.

Amtliche Preise der Produktenbörse.

Leipzig, 21. April.

Produkte	21. April	18. April
Weizen, inländischer	240—250	240—250
Roggen	238—248	240—250
Sommergerste, inländische	220—260	220—260
Wintergerste	200—230	200—230
Hafer, inländischer	185—225	175—220
Mais, amerikanischer	200—220	200—220
Raps	—	—
Erbsen	210—240	210—250

Berlin 21. April.

Produkte	21. April	20. April
Weizen, märkischer	215—217	244—246
Roggen, märkischer	222—224	221—223
Gerste, Sommer-	210—250	210—230
„ Futter-	185—205	185—205
Hafer, märkischer	195—204	195—204
Mais, La Plata	—	—
Weizenmehl	32.00—34.25	32.00—34.25
Roggenmehl	29.75—32.00	29.75—32.00

Getreide für 1000 Kg., Mehl für 100 Kg. einschl. Sack frei Berlin

Weizen: Mai 251—251,50, Juli 248—248.50.
Roggen: Mai 211.50—212—211.50, Juli 213.50—214.50.
Hafer: Mai 181—184, Juli 182.
Mais: Mai 182.50—183.
Roggenmehl: —.

Metalle. Berlin, 21. April, Kupfer (Elektrolyt) 126.75.
Baumwolle. Bremen, 21. April 27.37.

Rauhfutter für 50 kg ab Station

Weizen- u. Roggenstroh drahtgepreßt	1.00—1.50	Gebund. Roggen-Langstroh	1.40—1.90
Haferstroh, drahtgepr.	0.80—1.25	Heu, gutes	3.40—4.00
Weizen- u. Roggenstroh bindfadengepreßt	1.00—1.55	Heu, handelsüblich	2.80—2.90
		Kleeheu, lose	4.20—5.00

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Das Gespenst von Belgershain. An der Straße Belgershain—Pomßen wohnt ein Straßenwärter B., der noch sehr abergläubisch ist. Anfang Februar war seine Mutter gestorben, die ihren Tod durch Zerspringen eines Glasservices angezeigt habe. Seit dieser Zeit sei es in dem Hause ganz unheimlich gewesen. Eulen und Krähen hätten das Haus umflogen und niemand wäre am Abend mehr aus dem Hause gegangen. Diese Unheimlichkeit habe sich noch gesteigert, als jede Woche in mitternächtlicher Stunde eine unheimliche Gestalt an dem Hause vorbeigekommen sei. Bei dem Straßenwärter war ein Verwandter aus Bayern, der ebenso furchtsam wie abergläubisch war, zu Besuch. Es wurde nun beschlossen, dem „Gespenst" doch einmal aufzulauern. Zu diesem Zwecke versicherte man sich noch der Mithilfe eines Freundes aus Belgershain. In der Nacht vom 18. zum 19. Februar legten sich nun B., sein Besuch W. und der Freund, an den Wald zwischen Belgershain und Pomßen auf die Lauer. Sie sollten auch nicht vergebens warten. Bald erschien das schon so lange gefürchtete „Gespenst". Langsam und bedächtig kam es heran. Nun kam das Schwere: Wer greift an. Nach großer Ueberwindung entschied sich B. zum Angriff. Blindwütig schlugen B. und W. auf das gefürchtete Ungeheuer ein. Bald mußten sie erkennen, daß es kein Gespenst, sondern ein heimfahrender Musikant war, den sie verprügelt hatten. Der Musiker hatte in Belgershain bei einem Vergnügen gespielt und befand sich auf der Heimfahrt nach Grethen. Das Unheimliche seiner Erscheinung bestand darin, daß er, auf dem Rade fahrend, auf dem Rücken eine Baßgeige trug, außerdem noch die Notentasche und ein Blasinstrument.

Wegen Körperverletzung hatten sich nun B. und W. vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Es verurteilte B. zu einer Woche Gefängnis, während W. mit 150 Mk. Geldstrafe davonkam.

Rundfunkprogramm.

Leipzig.

Donnerstag, den 23. April 1925. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 4 Uhr Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 6 Uhr: Wiederholung 6.15 Uhr: Fortsetzung und Mitteilung des Leipz. Messamtes für Handel und Industrie. Unterhaltungsrundfunk: 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der L.-Dupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen, 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht. 4.30—6 Uhr: Konzert der Hauskapelle. 6.30—6.45 Uhr: Steuerrundfunk. 7—7.30 Uhr: Vortrag: Verlagsbuchhändler Eugen Berlin: „Aus dem Gebiete der Briefmarkenkunde". 7.30—8 Uhr: Vortrag. Lektor a. D. M. R. Fehler (früher Staatshochschule Okayama Japan): „Vom Leben der japanischen Frauen und Mädchen." Im Saale der Alten Handelsbörse, Naschmarkt 2. 8.15 Uhr: Sinfonie-Konzert. Dirigent: Alfred Szendrei. Solist: Kammersänger Julius von Raatz-Brockmann. 1. Beethoven: Ouvertüre „Die Geschöpfe des Prometheus" (C-Dur), Op. 43. 2. Joh. Seb. Bach: Rezitativ und Arie aus der Kantate „Der zufriedengestellte Aeolus". „Wie will ich lustig lachen". Julius von Raatz-Brockmann. 3. Beethoven: Achte Sinfonie (F-Dur), Op. 93: 1. Allegro vivace e con brio. 2. Allegretto scherzando. 3. Tempo di Menuetto. 4. Allegro vivace. 4. Zwei Gesänge mit Orchester: a) Richard Strauß: Hymnus. b) Hugo Wolf: Der Rattenfänger. Julius von Raatz-Brockmann: Die Nummern 1 und 3 des Programms sind in Eulenburgs kleiner Partituraus gabe erschienen. Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.

Man verwendet zweckdienlich N.&K. Kopfhörer hierzu.

Trust D. E.

Die Geschichte der Zerstörung Europas.

4] Von Ilja Ehrenburg.

Copyright by the Welt-Verlag, Berlin, 1925. (Nachdruck verboten.)

An einem kleinen Häuschen vorbeigehend, erblickte der Prinz einige rote Käsekugeln. Er mußte dabei an sein herrliches Roulette denken und ließ eine von den Kugeln davonrollen, indem er ausrief:

„Faites votre jeu!"

Aus dem Häuschen trat eine Holländerin mit sanftem Gesicht und steifem Häubchen, hob den weggerollten Käse auf und verschwand, ohne ein Wort zu sagen. Der Prinz folgte ihr aus Zerstreutheit in das Häuschen, wo er auch vier Minuten lang in völligem Inkognito und ohne jegliches Gefolge verblieb. Als er herauskam, wiederholte er, in Gedanken versunken:

„Rien ne va plus!"

Selbst die Schlauen unter den Nachbarinnen konnten nichts Böses denken, denn erstens hatte der Prinz im Hause nicht länger als vier Minuten verweilt, zweitens war das Häubchen der Holländerin gar nicht zerknittert.

Der Prinz notierte in sein Tagebuch:

18. Juni: Insel Texel (4° Länge, 53° Breite).

Vogeleier. Käse. Freundliche Bevölkerung. Die Spitzen der Hauben müssen eklig in die Wangen piken. Uebrigens, rien ne va plus! . .

Die schlauen Nachbarinnen hatten diesmal manches doch nicht erraten: genau am 18. März 1893 wurde der Holländerin mit dem sanften Gesicht, die bei dieser Gelegenheit ihre Haube abgenommen hatte, ein Sohn, Jens Boot, geboren.

Vom durchlauchtigsten Vater hatte er die edle Leidenschaft zum Glücksspiel geerbt, die ihm später bei dem Geschäft der Vernichtung des fünften Erdteils sehr zustatten kam. Mit der Muttermilch hatte er die Liebe zu guter Milch eingesogen und hatte deshalb auch während der Jahre des Krieges und der Revolution stets eine Büchse Middelburger Kondensmilch bei sich.

Viertes Kapitel.

Die weiteren Folgen des unbedachten Benehmens des Prinzen. 1897. Der Fühler der Languste. 1901. St. Gudula. — 28. März 1902. Ein Skandal. — 1904. Der Zirkus der Brüder Medrano. — 16. Oktober 1906. Die erste Reise nach Amerika. — 3. Juli 1910. Miß Jopl. — Das Ende der Miß Jopl. — Das Syndikat der Damen.

Von den ersten Lebensjahren Jens Boots ist nichts bekannt, außer daß er im Jahre 1897 den Fühler einer Languste verschluckt hatte, womit er seinem ihn heiß liebenden Mütterchen viel Sorge machte.

Im Jahre 1901 treffen wir den talentvollen Jungen in Brüssel in der Kathedrale der heiligen Gudula. Er reicht dem Priester das Räuchergefäß, singt mit seiner silbernen Cherubostimmen „Amen" und erfreut den Blick Zebaoths durch das makellose Weiß seiner Spitzenhemdchen. Jedoch sein Drang zur Aufklärung hindert die weitere Entwicklung seiner geistlichen Karriere. Am 28. März des Jahres 1902 erscheint er im Altarraum in der violetten Bischofssoutane, die wegen ihrer außerordentlichen Weite außer Jens Boot auch noch den Freund seiner Kindheit, den Stiefelputzer Jacquot, und sieben Sperlinge bergen konnte. Die Gespielen vollführen mit Hilfe zweier Räuchergefäße und einer Bratpfanne einen feierlichen Marsch, der um viele Jahre die Erfindung des Jazz-Band (auch Palawatsch-Orchester benannt) vorwegnimmt.

Anstatt in das Pantheon wurde der triumphierende Jens Boot in das Kinderasyl zum Heiligen Franziskus gebracht, woselbst sechs Nonnen unter endlosen Tränen und unter Wiederholung der Gebete der heiligen Theresa die rosigen Oehrelein und weißen Härchen auf Jensens Kopf zu zupfen begannen, und der ihnen zu Hilfe gekommene Pater Benedikt bemühte sich, Jensens sündhaftes Fleisch mürbe zu machen.

Pater Benedikt hatte so gewissenhaft gearbeitet, daß Jensens Körper sich mit Leichtigkeit vierfach, achtfach, ja sogar sechzehnfach zusammenlegen ließ. Das bestimmte seine weiteren Schritte, und im Jahre 1904 wurde er der Stolz des Pariser Zirkus der Brüder Medrano. Aber diese Einzigartigkeit konnte den ideal gestimmten Jüngling nicht befriedigen. Deshalb versuchte er am 16. Oktober des Jahres 1906 den einen der Brüder Medrano, und zwar den dicken Gaston wenigstens einmal zusammenzuklappen. Das ergab aber keinerlei positive Resultate, sondern zeitigte nur traurige Folgen für die Hemdbrust von Gaston, für das unmittelbar vorher von ihm verzehrte Beefsteak und für Jens selber, der sich zwei Tage darauf als Küchenjunge auf dem Dampfer „Gambetta" auf eine Ueberseereise begab.

Als er zum erstenmal die Küste Amerikas erblickte, war der junge Jens Boot, der damals 14 Jahre zählte, über die Existenz des neuen Weltteils außerordentlich erfreut, denn das Leben in Europa, angefangen mit dem verschluckten Fühler der Languste und endend bei dem geknickten Vorhemd des guten Gastons, begann ihn schon leise zu bedrücken. Jedoch, da er noch sehr jung war, vermochte er es nicht, einen Entschluß zu fassen und kehrte bald nach Europa zurück, wo er drei Jahre lang sich mit verschiedenen Dingen befaßte: er besuchte ein Gymnasium, arbeitete als Barbiergeselle in Bukarest, sammelte Zigarrenstummel und produzierte sich öffentlich als Fakir, indem er brennende Zeitungen schluckte.

Am 3. Juli 1910 saß Miß Jopl unter einem großen Schirm auf der Strandpromenade von Cannes und reproduzierte mit ihrem begnadeten Pinsel den Schaum des Mittelländischen Meeres, der unwägbar ist wie der Flaum verwaschener Seraphim. Zu ihrer größten Verwunderung erschien im Schaum eine schaumgeborene Anadyomene, die sich dann übrigens als ein Schaumgeborener erwies, genauer: als Jens Boot, der vor der unerträglichen Hitze in die Meerestiefen geflüchtet war. Nach den erhaltenen Bildern zu urteilen, zeichnete sich Jens Boot durch seltene Schönheit aus. Es ist also kein Wunder, daß er eine Stunde später zusammen mit Miß Jopl Ceylontee trank, nachdem er von ihr als ständiges Modell engagiert worden war.

Miß Jopl war 58 Jahre alt. Die Empfindung für die göttliche Schönheit beraubte sie vollkommen der Fähigkeit, ruhig den Pinsel über die Leinwand zu führen. Aber dieser künstlerische Müßiggang behinderte Jensens Arbeitsfähigkeit gar nicht. Nachdem er mit der Miß ein Jahr gelebt hatte, beendete er das Erdenwallen der begabten Malerin mit Hilfe einiger chemischer Präparate und verblieb als der Erbe einer Villa an der Riviera, der Schweine in Yorkshire und der Guinees in der Bank von England.

Aber Jens befand sich zu jener Zeit nicht in Yorkshire, sondern in Nizza, das heißt bloß 18 Kilometer von Monte Carlo, und nachdem er Miß Jopl beweint hatte, begab er sich an diesen gastfreien Platz.

„Achtzehn!" schrie Jens Boot und warf die Symbole der Villa an der Riviera auf den Tisch.

„Elf", antwortete höflich der Croupier.

„Achtzehn!" wiederholte hartnäckig Jens und trieb alle seine Yorkshireschweine hinaus.

„Vierunddreißig", antwortete scheu der Croupier.

„Achtzehn!" und Jens warf alle seine Guinees hin, die er in weiser Voraussicht in Francs eingewechselt hatte.

„Zero", ertönte das mitleidige Flüstern des Croupiers.

Jens Boot verließ das Kasino als Bettler, war aber getröstet in dem Gedanken, daß er seinem Vater, dem Prinzen von Monaco bloß 250 000 Pfund Sterling geschenkt hatte, während er von ihm ein unschätzbares Gut, das Leben, erhalten hatte.

Jens Boot verzweifelte nicht und begann ein neues Handwerk. Er übernahm es, mit verschiedenen Damen im Alter von über vierzig Jahren Tango und Boston zu tanzen. Regelmäßig von 5—7 drückte er die wabbeligen, mit Seide oder Moiré bespannten Bäuche an sich. Die Damen wogen 80 bis 100 Kilo eine jede; Jens schwitzte beim Tanzen und legte so Zeugnis ab, daß jener Fluch Gottes sich erfüllt habe. Jens tanzte hervorragend gut und, offen gestanden, hatte er öfters Lust, eine junge Dame zum Tanzen aufzufordern. Aber das war von dem Syndikat der elf Damen, die über seine Beine verfügten, streng verboten.

So ging das fort bis zum 11. Januar 1914, an welchem Tage etwas Katastrophales geschah, etwas, das den Untergang Europas in hohem Maße beschleunigte.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Mittwoch, 22. April 1925

Wieviel kostet Paris?

Von Ludwig Bauer.

Die Pariser sind recht nervös geworden. Der unmittelbare Anlaß ihrer Besorgnisse, Drohungen und Rettungsvorschläge wird dem Fremden unbeträchtlich genug erscheinen; eines ihrer alten berühmten, in der letzten Zeit niedergehenden Theater soll an eine amerikanische Filmgesellschaft verkauft und von ihr in ein Prunkkino umgewandelt werden. Doch, wie gesagt, dies ist nur Anlaß, ist nicht Ursache der Proteste und Klagen. Manche anderen Bühnen wurden in den letzten Jahren dafür eröffnet; freilich, es waren zumeist dann Schaubuden, einem fremden Geschmack angepaßt. Bühnen in Paris, nicht eigentlich Bühnen für Pariser. Und der fremde Geschmack gilt dem rechten Franzosen, der in seiner nationalen Tradition lebt wie die Schnecke in ihrem Hause, immer irgendwie als barbarisch; bestenfalls mag er sonderbar sein, eine exotische Kuriosität, aber er erlaube nicht sich vorzudrängen, schon gar nicht auf dem heiligen Boden von Paris . . . Diese Sicherheit des Besitzes hat sich mit dem Siege verloren, schwindet seither täglich mehr. Paris sieht, daß dies, was ihm schon unerträglich teuer vorkommt, den Fremden erstaunlich wohlfeil dünkt: die Reviera und Nordafrika werden Kolonien der hochvalutarischen, meistens der angelsächsischen Touristik, und ihr Hauptquartier ist Paris. Unablässig kaufen sie, und obwohl dadurch Milliarden eingehen, die Arbeitsgelegenheiten sich steigern, fühlt der Franzose sich verarmen. Häuser und Paläste gehen in fremden Besitz über, und der Franzose findet keine Wohnung, während die Fremden sich unablässig bei ihm mehren. Auf den großen Auktionen können die einheimischen Sammler nicht mehr mitbieten, alle schönen Stücke sind bloß für die Dollars und die Pfunde, und während der Frank ins Ausland flieht, flüchten in seiner Begleitung auch alte und unwiederbringliche Kunstschätze über die Grenze.

Auch jene, die selbst nicht sammeln, betrachten die Kunst und die Erinnerungen Frankreichs wie einen eigenen Besitz. Jetzt aber scheint es ihnen, als wäre Paris und Frankreich im Ausverkauf; das bittere Wort macht in zahlreichen Varianten die Runde, und ein geistreicher Journalist findet dafür die Formel einer witzigen Uebertreibung: Der Amerikaner, der eben in Paris ankommend beim Triumphbogen dem Chauffeur mit seinem Stock auf die Schulter klopft und nur fragt: Wieviel kostet das? . . . Paris ist, so rufen die Ergrimmten aus, heute zur Trödelbude geworden, zum „Flohmarkt", wie es hier heißt. Dort wird der verlauste, mit Ungeziefer behaftete alte Hausrat der Verarmten und Zugrundegegangenen von armseligen Trödlern aus allen Ghettos feilgeboten, und das, was der Flohmarkt für Paris ist, das ist nun Paris für die ganze übrige Welt geworden. Dort kann man alte Schuhe und einen zerbrochenen Herd für ein paar Stücke schlechtes Geld kaufen, hier die Meister der französischen Malerei, die edelsten alten Tapisserien und Möbel, die Köstlichkeiten des Kunstgewerbes, des Buchdrucks, alles, was in Jahrhunderten Fleiß und Genie der französischen Rasse hervorgebracht haben, das alles beginnt zu rollen, das alles ist „Flohmarkt", Trödelbude, wird zum Ausverkauf aufgeschichtet, und die reichen Fremden stehen plump und frech davor, stochern herum, begaffen es und fragen bloß: Wieviel kostet das? Wieviel kostet Paris?

Natürlich wird zuerst nach der Polizei gerufen, wie dies die Angst überall und jederzeit tut. Der bequemste, aber auch der wirkungsloseste und sinnloseste Ausweg ist ja stets: Verbieten. So wird denn allerlei vorgeschlagen: Der Fremde soll in seinem überwertigen Gelde zahlen müssen, wobei Dollar und Pfund zum Friedenskurse angerechnet werden; der Nutzen soll dem französischen Staate zufallen. Oder: Das Ausfuhrverbot für Kunstwerke soll verschärft werden. Solche Ratschläge beweisen, daß im Augenblick der Gefahr auch die klugen Leute genau so dumm werden wie die Dummen. Man kann nicht neben jeden alten Fauteuil, neben Rokokoschrank und Sèvresvase einen Polizisten stellen, und schließlich würde als Uebersiedlungsgut oder im versiegelten Diplomatenkoffer doch das Wertvollste verschwinden. Frankreich aber, das seit Jahrhunderten aus der Ausfuhr seiner Geschmacksindustrie den bedeutendsten Nutzen zog, kann gerade jetzt, wo es auf diese fremden Zahlungsmittel mehr als je angewiesen ist, darauf am wenigsten verzichten und die Fremden verscheuchen. Der Amerikaner, Engländer oder Holländer, der sich ein Herrschaftshaus in Paris, einen Corot, Boucher oder Delacroix kaufen will, Schränke, Uhren oder Silbergeschirr „aus der Zeit", wird stets einen Franzosen finden, der als Käufer für ihn auftritt und die geeignete Gelegenheit weiß die Scheine abrollen zu lassen. Schon jetzt haben Frankreich und Italien, vermutlich auch andre Länder für Kunstwerke höchsten Grades die Forderung aufgestellt, daß ihre Ausfuhr behördlich gestattet werde, und doch sind in den letzten Jahren Meisterwerke französischer und italienischer Kunst in ganzen Eisenbahnzügen und Schiffsladungen über den Kanal nach England und mehr noch über den Ozean nach Amerika gewandert. Der Besitz Amerikas an alter Kunst übertrifft heute vermutlich jedes einzelne europäische Land und wird nur durch den Vorsprung aufgehalten, den Europa dank seinen alten staatlichen Sammlungen hat. Privatsammlungen haben dank der Umschichtung der Vermögen überall in Europa Beine bekommen, und sie sind meistens dorthin gelaufen, wo englisch gesprochen und in Dollars gezahlt wird.

Man muß schon so geistreich sein wie manche der Pariser Alarmisten und Protestler von heute, um dies nicht zu wissen oder vor betrübenden Notwendigkeiten den Blinden zu spielen. In der Theorie gäbe es allerdings eine Hilfe: den gesamten Kunstbesitz des Landes zum Staatseigentum zu machen. Das würde nichts weiter erfordern, als daß der Besitz aller Sammler, Kunsthändler, aller Schlösser und Paläste geschätzt und jedes Bild, jedes Möbel, jedes alte Glas und Teller untersucht und angekauft wird; das erforderte vielleicht nur hunderttausend Beamte mehr und zehn bis hundert Milliarden, die der französische Staat, der bekanntlich in Geld schwimmt, ja leicht dafür anlegen kann . . . Er hätte dann den Vorteil und die Genugtuung, daß der Fremdenstrom viel spärlicher fließen würde. Denn zweifellos zieht die Lockung, wohlfeil zu kaufen, die große Gelegenheit beim Ausverkauf von Paris mitzumachen, viele Fremde her; Ausverkäufe sind ja stets Verführungen für die Massenseele. Es gibt vermutlich Expariser genug, die eine jede Stätte, in der einmal ein beliebter Schauspieler deklamiert, eine Soubrette gezirpt, ein berühmter Dichter aufgeführt wurde oder auch blos geweilt hat, für heiligen und unantastbaren Nationalbesitz erklären möchten, und so übertrieben dies auch scheint, es liegt doch Achtbares und Rührendes in solcher Verehrung und Treue; nirgends ist jemand, der nur etwas Talent gehabt hat, weniger tot als in Paris; die Kette reißt nicht ab, und es muß nicht einmal Talent sein, es genügt, daß jemand nur einmal mit seiner Geschichte irgendwie verknüpft gewesen ist, so darf er gewiß sein, auch in Jahrzehnten und vielleicht sogar in Jahrhunderten nie ganz vergessen zu werden.

Ein Gastwirt, ein Buchhändler, ein Kurpfuscher, ein Henker, ein berühmter Verbrecher, der Kuppler eines großen Herrn, ein Philosoph, ein Stern der galanten Welt, ein Pastetenbäcker — auf die Art seiner oder ihrer Begabung kommt es nicht so sehr an, nur auf das Verbundensein mit Paris und Frankreich; immer wieder wird an sie erinnert, ihr Bild zurückgerufen, ihre „mots" werden zitiert, und es ist kennzeichnend, daß kaum ein andres Land so viel Gedenktage feiert wie eben Frankreich. Das zierliche Wort: „si on meurt, c'est pour longtemps" (Man stirbt immer gleich für längere Zeit) ist für Paris eigentlich nur eine halbe Wahrheit; aber das gilt wohl für die meisten zierlichen Worte.

Man muß all dies wissen und berücksichtigen, die beispiellose innere Zusammengehörigkeit der Pariser Welt, der Gegenwärtigen mit ihren Vergangenen, wenn man die Heftigkeit nicht mißverstehen will, mit der jetzt die Reaktion gegen die übermächtigen Fremden und den Ausverkauf von Paris einsetzt. Sonderbar übrigens, daß die Pariser, die doch sonst gegen die Eitelkeit, um es gelinde auszudrücken, nicht ganz immun sind, in diesem Ausverkauf nicht die Huldigung sehen, die von den reichen und glücklichen Barbaren ferner Länder und Zonen ihrer überlegenen alten Kultur dargebracht wird. Es ließe sich ja auch solcherart formulieren, und es wäre dann tröstlicher. Schließlich, was auch an einzelnen Schützen übers Meer dampfen mag, es bedeutet doch Huldigung für Paris, es wirbt neue Freunde, und eben das Wesentliche an Paris, seine Atmosphäre, seine Verbundenheit und Geschlossenheit läßt sich nicht exportieren. Es gäbe also wohl schon Trost für die Pariser, indessen, verarmte Menschen sind wehleidig, argwöhnisch und gereizt, und in all seinem Glanz ist eben Paris unleugbar verarmt, es fühlt sich gedemütigt als Börse, ja als Trödlerbude der großen Herren von Weltkriegs Gnaden, und überall meint es ihre freche Frage zu hören: Wieviel kostet Paris?

Frau Raschler.

Frau Raschler ist ins Konzert gegangen und setzte sich neben mich. Ich hatte das Vergnügen, neben ihr zu sitzen. Als höflicher Mann gab ich ihr ein Stück von meinem Platz, denn Frau Raschler hatte durch ihre Körperfülle Berechtigung dazu.

Frau Raschler ging ins Beethovenkonzert und kaufte sich ein Programm. Das tun viele Konzertbesucher. Auch ich. Wenige aber schauen sich das Programm vor dem Konzert an. Auch Frau Raschler fand keine Zeit dazu.

Frau Raschler studierte das Programm erst, als das Konzert begann. Mit dem ersten Paukenschlag wurde sie im Gähnen gestört und erinnert, daß es im Konzert auch Musik gibt.

Frau Raschler begann nun, ihr Programm eifrig zu lesen. Das Orchester weilte noch im ersten Satz der ersten Sinfonie, Frau Raschler hatte schon den letzten Satz der letzten Sinfonie erreicht. Ich liebe Menschen, die ihrer Zeit vorauseilen, aber im Konzert kann ich sie nicht leiden.

Frau Raschler studierte eifrig das Programm und las im zweiten Satz der Sinfonie das Programm nochmals durch. Von vorn bis hinten. Musikgenießer schließen die Augen und lassen sich von den weichen und jubelnden Tönen tragen. Frau Raschler war zu schwer. Mit offenen Augen blieb sie sitzen und schaute gelangweilt auf Lampen und Frisuren.

Frau Raschler machte nun ihrem Namen alle Ehre. Jetzt las sie hörbar das Programm, wendete es um und glättete die Falten im Papier, daß es lustig neben mir raschelte. Ich sah Frau Raschler bittend an. Mein Blick mußte aber falsch verstanden worden sein. Frau Raschler raschelte munter weiter. Der zweite Satz war mir verdorben. Darum sah ich Frau Raschler wütend an. Aber meine Blicke prallten ab wie die Töne.

Es war mir ein Vergnügen, neben Frau Raschler im Beethovenkonzert zu sitzen, so daß ich ihr einige höfliche Worte widmen mußte. Frau Raschler war beleidigt und verachtet mich seitdem.

Frau Raschler soll mit Herrn Knisterer eng verwandt sein. Herr Knisterer war auch im Konzert. Die Familie Raschler und Knisterer soll stark verbreitet sein. Beide Familien bilden sich trotz ihres häufigen Vorkommens etwas auf ihre sonstigen Vorzüge ein und nehmen an, daß alle Konzerte ihnen zu Ehren veranstaltet werden.

O. S.

Kleine Chronik.

Leipziger Konzerte.

Das 11. Philharmonische Konzert, ein Beethovenabend unter Leitung von Walter Stöver, erhob sich in der 1. und 3. Sinfonie selten über die Höhe einer mittleren Leistung, die gerade noch die Schuldigkeit dem Werk gegenüber erfüllte. Stövers Dirigieren zeugte von solidem Studium der Partitur, aber es bewies nicht, daß er an allen Stellen über dem Technischen stand. Deshalb gerieten die einzelnen Sätze ziemlich unterschiedlich. Mangelhaftes Ausgleichen der Instrumentengruppen beeinträchtigte den Klang (Lyr-Teil des Trauermarsches), manchmal war das Orchester nicht in der Hand des Dirigenten, einzelne Tempo-Beschleunigungen erschienen unbeabsichtigt (1. Satz der Eroica). Frau Kammersängerin Erler-Schnaudt sang Lieder mit Orchester. Ueber mächtige Stimm-Mittel verfügend, forcierte sie in „An die Hoffnung" allzusehr, während die drei geistlichen Lieder von schöner Ausgeglichenheit waren und Proben einer großen Kunst bedeuteten.

Es sind unter den berühmten Künstlern viele, bei denen sich die Aelteren und wir Jüngeren in der Beurteilung trennen. Aber beim Böhmischen Streichquartett sind alle einig in Begeisterung. Der sinnlich blühende Ton und der elastische Rhythmus des Quartetts sind unter seinen reichen musikalischen Gaben die hervorragendsten. An Feuer übertreffen die vier Grauköpfe die jugendlichsten Spieler. (Wo kann man ein inbrünstigeres Cellospiel als das des Ladislaus Zelenka hören?) Ihren Landsmann Dvorak spielen die Böhmen nicht aufs Haar notengetreu, sondern so, wie die Musik in Dvoraks Geist wohl erklang, aber nicht in spröde Notenschrift zu zwingen war. Nach dem Naturschauspiel von Dvoraks Klavierquartett und der überirdischen Dämonie und Seligkeit von Schuberts Der Tod und das Mädchen mußte Brahms' Klavierquintett, besonders im letzten Satz, abfallen. Den Klavierpart spielte mit ausgezeichneter Präzision und sicherem Klangsinn Otto Weinreich. Aber trotz seiner geschmackvollen Feinheit gab es Brüche im Gesamtspiel, weil sein sachlicher Ton zum schwelgerischen der Böhmen oft heftig kontrastiert.

H. W.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendanz. Im Alten Theater wird Sonnabend, den 25. April, Am Teetisch, Lustspiel in drei Akten von Karl Sloboda, zum erstenmal aufgeführt. Hauptrollen: Martina Otto, Dirmoser und Hübner, der auch das Stück inszeniert. Anfang 7½ Uhr. Erste Wiederholung Sonntag.

Die Montag, den 27. April, im Neuen Theater unter der musikalischen Leitung von Dr. Richard Strauß stattfindende Aufführung der Salome findet außer Anrecht statt. Da Maria Janowska gesundheitlich verhindert ist, singt Aline Sanden vom Nationaltheater in München die Titelpartie. — Vorverkauf beginnt Donnerstag.

Der Augenhintergrund des Löwen. Jeder von uns kennt den Augenspiegel, mit dem der Augenarzt seit den Zeiten von Helmholtz durch die Pupille hindurch das Augeninnere, vornehmlich die auf dem Augenhintergrunde sich ausbreitende Netzhaut des Auges beobachten kann. E. Wölfflin berichtet über solche Beobachtungen an einem immerhin etwas ungewöhnlichen Patienten, nämlich einem dressierten abessinischen Löwen. Der Augenhintergrund des Löwen ist namentlich in seiner oberen Hälfte besonders reich mit dem sogenannten Tapetum ausgestattet, mit dessen Hilfe sich die Empfindlichkeit der Netzhaut auf die Stärke der umgebenden Helligkeit einstellt. Die ausgezeichneten Leistungen des Löwenauges, vornehmlich bei geringer Helligkeit, also in der Dämmerung und in der Nacht, beruhen zum großen Teil auf dieser Sensibilisierungseinrichtung der Netzhaut, die ihre Empfindlichkeit selbsttätig der äußeren Helligkeit anpaßt. Dabei ist es kein Zufall, daß gerade die obere Netzhauthälfte diese Sensibilisierungsstoffe in höherem Grade aufweist als die untere: Wegen der Umkehrung des Strahlenganges in der Linse des Auges werden ja die oberen Netzhautteile in der Hauptsache von den Eindrücken aus der unteren Hälfte des Gesichtsfeldes, also meist von der Erde aus getroffen, während sie von dem hellen direkten Himmelslicht nicht erreicht werden. Den Lebensbedingungen des Tieres ist also dieser photochemische Hilfsapparat des Auges auf das trefflichste angepaßt.

Der Untertan. „Wann wird Ihre Frau in die Wochen kommen?" fragte König Ludwig XIV. von Frankreich einen Höfling. — „Sire! Sobald es Ew. Majestät gefällig sein wird", war die Antwort des Kavaliers, der sich tief verbeugte.

Vorgemachte Wirklichkeit.

Moskauer Kammertheater.

Es ist an und für sich sehr lehrreich, auch in einer fremden Sprache mal Theater spielen zu hören. Zwar entgeht einem viel, aber auch das Erraten macht jedem Menschen naive Freude. Wenn man nun gar ein Stück wie Berhard Shaws Heilige Johanna, die viele von uns hier in deutscher Sprache gesehen haben, ja die spaßhafterweise Montags an zwei Theatern zugleich deutsch und russisch — in Leipzig gespielt wurde, von Tairoffs Truppe zu sehen bekommt, dann muß besonders gut zu erkennen sein, was er vor der mitteleuropäischen Tradition voraus hat, oder was ihn von dieser jedenfalls unterscheidet.

Es war zu erwarten, daß Tairoff, der zum absoluten, zum entfesselten Theater hinstrebt, dieses philosophisch-historische Konversationsstück mehr als anderwärts üblich, zusammenstreichen würde. Er ist darin recht vorsichtig gewesen und hat nur die typisch englischen Angelegenheiten des Grafen Warwick und manche andern Partien, die mehr nach Kommentar als nach Theater schmecken, geopfert. Im übrigen spielt er in einem stark auf die Melodie der Rede gestellten Dialog einen oft naturalistisch derben, durchaus nicht etwa tänzerisch verrenkten Shaw, den man noch herzhafter genießen könnte, wenn man die Worte verstände und wenn . . .

Wenn Alexander Tairoff für die Titelrolle eine geeignete Darstellerin hätte. Alice Koonen, seine Frau, hat nicht den Glanz der Jugend, nicht das Feuer kindlicher Besessenheit. Sie erscheint uns als eine durchaus sympathische, sehr kultivierte und etwas blasierte Dame, die von den vielen Gesprächen mit Kriegern und Pfaffen ein wenig ermüdet wird, doch mit Eifer und Hingebung Konversation macht. Weder ihr Fleiß noch ihre mimische Kultur können darüber hinweghelfen, daß dieser Mittelpunkt des Johanna-Stücks ein ziemlich toter Punkt bleibt.

Aber um diesen Punkt herum hat der Regisseur ein Meisterwerk aufgebaut. Es gehört zu Tairoffs Grundsätzen, keine gemalte Wirklichkeit auf die Bühne zu bringen, sondern die Szene des körperhaften Schauspielers als eine notwendig dreidimensionale Angelegenheit auch im Hintergrunde nicht in mehr oder weniger täuschende Flächenkünste übergehen zu lassen. Also stellt er vor den in angemessene Grundfarben getauchten Rundhorizont nur unendlich wandelbare Gerüstkombinationen. Treppen, die Tische, Bänke oder Betten sein, oder mit Laufbrettern bedeckt, Terrainunterschiede herstellen können. Dazu ein paar Bögen und Säulen, um die Vertikale bis zur oberen Linie des Bühnenrahmens zu beherrschen.

Solch ein Raum, aus dem dunkeln Maßwerk der hölzernen Körper und aus den buntbekleideten Körpern der Darsteller gebildet, wächst durch Tairoffs Gruppenregie vor den einfarbigen Hintergründen zu Bildern zusammen, die jede nicht durch Kulissentradition abgestumpfte Phantasie nicht nur mehr anregen, sondern auf die Dauer auch tiefer befriedigen als alles, was sich auf den Maler als Bearbeiter der Fläche stützt, als alles, was — um durch Uebertreibung deutlich zu werden: ein gemaltes Bild als Hintergrund auf die Bühne hängt.

Das ist nicht im geringsten ein Einwand gegen die vortreffliche malerische Arbeit, die der Professor Thiersch aus Halle für die Leipziger Johanna mit Kronacher zusammen geleistet hat. Nur eben, Tairoff ist den Weg vorausgegangen, auf dem ihm das internationale Theater unsrer Zeit folgen wird, um vom Kulissentheater völlig zum Raumtheater zu werden. Um aus einem ästhetischen Zwittergebilde ein auf neue Art Ganzes zu werden: durch das Wort des Dichters bewegte Menschen im für sie geformten Raum.

Auf den neuen Weg führen auch die Kostüme dieser Russen. Aus der Meiningerzeit der achtziger Jahre stammt unsre, dem großen architektonischen Illusionsstil der Barockzeit längst entfremdete Kulissentradition. Aus dieser Zeit stammt auch die Begeisterung für das historisch echte, für das „richtige" Kostüm. Bei Tairoff tragen die Soldaten Kopfbedeckungen in Form der modernen französischen Käppi und der englischen Tellermütze, beide aus glänzendem Blech. Das ist historischer Unsinn, aber ich habe nie etwas Ueberzeugenderes gesehen. Der „echte" Helm erinnert an die Requisitenkammer, der gut erfundene Helm schafft für die Phantasie eine neue Ueberlieferung. Aehnliches gilt von den Kleiderwülsten der Hofdamen, von ihren durch Blechtüten verlängerten Fingernägeln, von dem schwarzen Clownszylinder des Dauphins mit der weißen Feder, oder von dem ungeheuren Kinn und der ungeheuren Nase des Inquisitors. Wenn er auftritt, lacht man über die Karikatur, aber wenn er sich bewegt, merkt man plötzlich, daß die Pfaffen auf alten Heiligenbildern manchmal ganz ähnlich ausgesehen haben. Die ganze Inquisitionsversammlugn, die sich oft höchst grotesk gebärdet, ist doch den Meisterwerken der alten Florentiner und Sienesen nachempfunden, obwohl man nie und nirgends gerade so ausgesehen hat.

Die einzelnen Spieler wollen viel zu sehr Bestandteil von Tairoffs Stimmführung und Tairoffs Gruppenbildung sein, als daß sich Sonderbetrachtungen, für den, der ihre Sprache nicht versteht, hier lohnen könnten. Nur die andere Hauptrolle verlangt eine Sonderbetrachtung. Gerade weil Alice Koonen die Johanna gewissermaßen nur markieren, nicht gestalten kann, bekommt Wladimir Sokoloff als Dauphin die Führung und kann im Epilog das Stück auf einen neuen Höhepunkt bringen, Shaws Märchen beinahe in Andersens Stil zu Ende dichten, als uralter Königstrottel mit dem Licht auf dem Nachtkästel neben sich, mit beruhigenden Tropfen und einem unanständigen Buch versehen. Kann sich kreuzschlagend vor den vielen Gespenstern hinter seinem Bett verkriechen, dann zutraulich geworden, einem Geisterkränzchen präsidieren, um zuletzt doch wieder mit seinem Tropfglas allein zu bleiben. Sokoloff ist durchaus kein derber Komiker in dieser Rolle, er fordert sogar weniger zum Lachen heraus als im Stadttheater Zelse-Gött, weil seine Persönlichkeit so stark ist, daß man an die schlichte Realität dieses Königs glaubt. Man stellt fest: Dieser König ist hinreißend lächerlich — über alle hohen Traditionen seiner Berufsklasse noch hinaus — man wundert sich, daß so ein liebes Närrchen so lange Majestät von Frankreich spielen konnte, aber Auge und Ohr überzeugen uns, daß es so in sich stimmt. Es ist mit dem „Clown" Sokoloff wie mit Tairoffs Räumen und Gewändern. Er macht die Wirklichkeit nicht nach, er macht sie uns vor.

hgr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. April.

Dr. Wirths Appell an die Wähler

„Wenn es um die Entscheidung geht zwischen Besitz und Arbeit, bin ich stets auf seiten des Proletariats zu finden", mit diesen Worten hat sich der Reichskanzler a. D. Dr. Wirth große Sympathien bei der Arbeiterschaft erworben; daß das der Fall ist, bewiesen am Dienstag die beiden vom Volksblock einberufenen Versammlungen. Der Palmengarten, wie auch das Volkshaus waren lange vor Beginn überfüllt. In beiden Versammlungen wurde Wirth mit stürmischem Beifall begrüßt. In wohldurchdachter Rede behandelte er die Politik der Nachkriegszeit und verurteilte mit scharfen Worten die Haltung des Rechtsblocks, dem eine Politik des Hasses und der Vergiftung treibe und vor den gemeinsten Verunglimpfungen nicht zurückschrecke. Stürmischen Beifall erntete er, als er die Dreckspritzer der Leipziger Neuesten Nachrichten geißelte. Wie recht er hatte, beweist die heutige Nummer dieses Hetzblattes, die an versteckter Stelle eine kurze Notiz von dieser republikanischen Kundgebung bringen. Ja nur nicht die Rede wiedergeben, die Leser könnten ja auf die Wahrheit stoßen, und die Wahrheit verbreiten wollen ja jene Hetzblätter nicht, sie leben ja nur von der Lüge. Wirths Rede war ein Appell an die Wähler, einzutreten für die junge Republik. Kampf gegen die Reaktion, selbst unter Einsatz des Lebens, für die politische und wirtschaftliche Demokratie. Karl Brögers Verse treffen denn auch für diesen Wahlkampf, wo es um die Republik geht, besonders zu, wenn er sagt:

Volk hab acht! Brüder wacht!
Deutsche Republik wir schwören:
Letzter Tropfen Blut soll dir gehören!

* * *

Im Palmengarten.

Reichskanzler a. D. Wirth — mit Händeklatschen begrüßt — führte im gut besuchten Palmengarten aus, daß ein neuer Vormarsch des deutschen Volkes beginne. Die Politik der jetzigen, unter deutschnationaler Führung stehenden Reichsregierung sei die gleiche, für die er früher geschmäht und Rathenau ermordet worden wäre. Die Liquidationspolitik eines verlorenen Krieges sei eben immer eine bittere Angelegenheit. Wird die bisherige Außenpolitik nicht fortgesetzt, dann sind die Folgen unabsehbar. Stresemann hat in richtiger Erkenntnis der Lage erklärt, daß eine Kandidatur des demokratischen Wehrministers Geßler untragbar wäre. Wenn das aber der Fall ist, dann ist der erste Marschall des Krieges erst recht untragbar. (Beifall.) Warum schweigt jetzt Stresemann? Jetzt müssen daher die breiten Massen des Volkes reden. Das Wesen politischer Klugheit besteht darin, daß zur rechten Zeit am rechten Ort ein gutes Wort der Verständigung gesagt wird. Man müsse sich vor allem gegen die Clique wenden, die unter dem Schutze des greisen, gänzlich unpolitischen Hindenburg ihre reaktionären, egoistischen, unsozialen und volksfeindlichen Ziele verwirklichen wolle. (Beifall.)

Hindenburg selbst müßte eigentlich in richtiger Erkenntnis der Lage das deutsche Volk warnen, den alten privilegierten Schichten des preußischen Dreiklassenwahlrechts wieder in den Sattel zu verhelfen.

Wirth geißelte nun noch in scharfen Worten die gehässige und schamlose Kampfesweise des Rechtsblocks. Dieser Dreckgeburt des Spottes müssen wir die wahre Volksgemeinschaft entgegensetzen. Auch die **Leipziger Neuesten Nachrichten seien ein Beweis dafür, daß man mit einem Maximum von Papieraufwand ein Minimum von Geist verbinden kann.** (Tosender, langanhaltender Beifall!) Parteiprogramme entscheiden nicht, man müsse das große Ganze im Auge behalten. Der innere Zwiespalt, der keine klare politische Linie aufkommen lasse, sei das Nationalunglück Deutschlands. Der Nachfolger Friedrich Eberts, ohne den es Rechtlosigkeit für alle bürgerliche Schichten in Deutschland wie jetzt in Rußland gäbe, müsse Marx werden, sonst würde der neue deutsche Volksstaat verloren sein. (Starker Beifall.)

Nachdem Junk von der Demokratischen Partei einige Worte für die Kandidatur Marx gesprochen hatte, redete noch Lipinski für die Sozialdemokratie. Da die eigene Kraft der SPD. nicht ausreichte, ihren Kandidaten durchzubringen, und die beiden andern republikanischen Parteien nicht über die feste Organisation wie die Sozialdemokratie verfügte, habe die SPD. das Opfer gebracht und die republikanische Kandidatur Marx unterstützt. Die Republik dürfe nicht zerschlagen werden, der überzeugte Monarchist Hindenburg dürfe unter keinen Umständen zum Reichspräsidenten gewählt werden. Den Deutschnationalen müsse am 26. April von den Wählermassen durch Abgabe des Stimmzettels für Marx zugerufen werden: „Bis hierher und nicht weiter!" (Starker Beifall.)

Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Im Volkshaus.

Schon lange vor Beginn der Versammlung waren der große Volkshaussaal und alle Nebenräume überfüllt. Vor Beginn der Versammlung trug der Leipziger Volkschor zwei Lieder vor, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Das Erscheinen des Reichskanzlers a. D. Wirth wurde stürmisch begrüßt. Nachdem Karl Brögers „Das Gelöbnis" rezitiert war, nahm Dr. Wirth das Wort. Nach ihm sprachen für die Demokratische Partei Professor Dr. Richter, der betonte, daß der Reichsgedanke die drei Parteien zusammengeracht habe. Das bedeute aber keine Verschleierung der Gegensätze. Des weiteren ging er auf die Kulturpolitik ein, die sich in der Forderung, Kirche, Hand weg **vom Staate, Hand weg vor allem von der Schule!** ausdrücke. Marx werde nicht als Anhänger der Zentrumspartei gewählt, sondern als überzeugter Republikaner.

Genosse Dr. Heller begründete die Notwendigkeit der Wahl Marx, um die Republik zum Siege zu verhelfen. Es sei die Pflicht jedes Sozialdemokraten, einzutreten für Republik und Frieden und die Wahl Hindenburgs zu verhindern.

Das Bürgertum gegen städtische Betriebe.

Dem skrupellosen Kampfe gegen die Städtische Baugesellschaft, der Vernichtung der städtischen Molkerei, dem Kampfe gegen Verstadtlichung wichtiger Betriebe stand immer zur Seite das Bestreben des Bürgertums, auch das städtische **Beschaffungsamt** zu drosseln.

Den letzten Triumph konnten darin die Leipziger Mittelständler feiern, als die bürgerliche Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums die Lieferung der unentgeltlich zu gewährenden Lernmittel zum größten Teil den privaten Schreibwarenhändlern übertrug, obgleich dadurch ein Händlergewinn von 20 bis 25 000 Mk. zum Fenster hinausgeworfen wurde, der restlos den Schulkindern zugute gekommen wäre, wenn das Beschaffungsamt mit der Belieferung und die Lehrer mit der Verteilung der Lernmittel betraut worden wären.

Solche Erfolge lassen das Bürgertum nicht ruhen. Anfang April ließ der Verband des Einzelhandels folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder los:

Leipziger Verband des Einzelhandels E. V.
Rundschreiben 14. Leipzig, am 2. 4. 1925.
PP.

4. Leipziger Beschaffungsamt.

Schon seit längerer Zeit verfolgen wir das Geschäftsgebaren des Beschaffungsamtes mit immer größerer Aufmerksamkeit. Leider ist uns von unseren Mitgliedern bis jetzt nicht in dem Maße Material zur Verfügung gestellt worden, was einigermaßen Aussicht auf Erfolg in sich schließen dürfte.

Es sind uns aber in der letzten Zeit doch Fälle bekannt geworden, die uns ein Eingreifen als gegeben erscheinen lassen.

Wir bitten daher alle diejenigen Mitglieder, die uns irgendwelche Angaben über das Beschaffungsamt machen können, dies unverzüglich zu tun. Es ist wohl selbstverständlich, daß wir diese Angaben mit der gebührenden Diskretion behandeln werden.

gez. Dorrhauer, gez. Hilpert.

Man beachte die Frivolität, mit der hier gearbeitet wird! Material, „was einigermaßen Aussicht auf Erfolg in sich schließen dürfte", steht also gar nicht zur Verfügung. Man hat aber nicht die Möglichkeit mehr, die Stadt als zu melkende Kuh zu benutzen, und so müssen eben „irgendwelche Angaben" gesammelt werden, die mit der „gebührenden Diskretion" behandelt werden sollen. Man wird sich also vorsehen, nachprüfbare Beweise für Behauptungen zu bringen, denn sonst gäb's ja keine Diskretion zu wahren. Wenn wir recht unterrichtet sind, steht das Beschaffungsamt mit mehr als 600 Leipziger Firmen in Verbindung, die an ihm einen wahrlich nicht zu unterschätzenden Abnehmer haben. Der Verband aber gibt sich die größte Mühe, eine mustergültige städtische Einrichtung, die jährlich durch eine zweckmäßige Organisation der Stadt Hunderttausende erspart, zu schädigen lediglich um des Profitinteresses einiger Händler willen.

Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern die gesamte steuerzahlende Einwohnerschaft hat ein Interesse an dem Ausbau des Beschaffungsamtes und muß sich von Organisationen und Parteien abwenden, die immer und immer wieder die Profitinteressen bestimmter Unternehmergruppen über das Interesse der Stadt stellen. Die nächste Stadtverordnetenwahl wird dem Bürgertum zeigen, welche Früchte seine Sucht nach rücksichtsloser Ausbeutung der Allgemeinheit bringt.

Zusammenbruch kommunistischer Verleumdungen.

Unsre Leser wissen, daß die KPD. in Leipzig im letzten Reichstagswahlkampf eine gemeine Hetze gegen einige unsrer unbesoldeten Stadträte in Szene setzten. Sie erzählte in ihrer Presse von einer „ungeheuerlichen Korruption". Gestern standen zwei kommunistische Führer wegen dieser Angelegenheit als Angeklagte vor Gericht. Ihr Verleumdungsfeldzug ist hier elend zusammengebrochen. Es hatten sich vor dem hiesigen gemeinsamen Schöffengericht der Leiter der kommunistischen Uns-Buchhandlung, William Zipperer, und der kommunistische Betriebszellensekretär Artur Voigt wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Die Beleidigungen waren in Artikeln der Nummern 216, 217, 218 und 220 des Werktätigen und in Nummer 187 der Sächsischen Arbeiterzeitung enthalten. Diese Nummern erschienen in der Zeit vom 27. November bis 2. Dezember 1924. Für diese Zeitungen hatte Zipperer als Verantwortlicher gezeichnet. Anfang Dezember war von der kommunistischen Partei ein Flugblatt herausgegeben worden, das die gleichen Verleumdungen enthielt und den Namen Artur Voigt als Verleger trug. In den Artikeln und dem Flugblatt ist dem Genossen Stadtrat Heyer der Vorwurf der Korruption gemacht, indem er Jagd- und Schlachtfesteinladungen des Leiters des Großmarktes Aufschlager angenommen habe, ferner sei er Mitglied eines Stammtisches gewesen, an dem auch Aufschlager und zwei andre Großhändler Mitglieder waren. Dem Genossen Bammes wurde vorgeworfen, ebenfalls Jagd- und Stammtischkumpan Aufschlagers zu sein. Von dem Stadtrechtsrat Lenke wurde behauptet, er habe Berichte unterschlagen und Obst bezogen. Der Rat der Stadt Leipzig hat für die Stadträte Heyer und Bammes und den Stadtrechtsrat Lenke bei der Staatsanwaltschaft gegen die jetzt Angeklagten Strafantrag gestellt.

Der Angeklagte Zipperer erklärt, daß die Veröffentlichungen nicht geschehen seien, um einige Personen des Rates der Stadt Leipzig in der öffentlichen Achtung herabzusetzen. Die Veröffentlichungen seien in der Wahrung öffentlicher Interessen geschehen. Der Großmarkt sei 1921 gebildet und Aufschlager übertragen worden, um der Bevölkerung billige Lebensmittel zu beschaffen. Auf Grund der Erfahrungen während des Krieges hätte müssen der Großmarkt in eigene Regie übernommen werden. Mindestens wäre eine schärfere Kontrolle notwendig gewesen, vor allem durch den Dezernenten des Großmarktes, der Vertreter einer Arbeiterpartei ist. Der Oberbürgermeister selbst habe erklärt, daß dort eine Zettelwirtschaft bestanden habe. Damit sei erwiesen, daß dort eine Mißwirtschaft geherrscht habe. Der Angeklagte ging auf einzelne Geschäftspraktiken Aufschlagers ein und glaubt den Nachweis zu erbringen, daß dadurch die Stadt schwer geschädigt sei. Ueber die von Aufschlager geübten Praktiken seien Berichte an den Rat der Stadt gegangen, wie behauptet wird, sogar bis zum Ministerium. Der Stadtrechtsrat Lenke habe sicher um die Zustände am Großmarkt gewußt und die Berichte nicht weitergegeben. Lenke habe sich auch in seine Sommerfrische Aepfel schicken lassen. Ob er sie bezahlt hat oder nicht, sei ganz gleichgültig. Was für Obst es gewesen sei, könne der Angeklagte nicht sagen. Tatsache sei, daß Lenke an Aufschlager Obst bezahlt habe. Der Gesamteindruck sei der, daß städtische Beamte mit Aufschlager in Verbindung standen, die eine Kritik hervorrufen mußten. Stadtrat Heyer habe in einem sehr engen Verhältnis zu Aufschlager gestanden, so daß er ständiger Schlachtfest- und Jagdgast Aufschlagers gewesen sei. Der eingesetzte Untersuchungsausschuß habe seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen, so daß der Angeklagte darüber nicht sprechen könne. Der Großmarkt habe immer Zuschuß erfordert, was nur auf die herrschende Mißwirtschaft zurückzuführen sei, während jetzt nach kurzer Zeit der Umwandlung ein Ueberschuß vorhanden wäre. Heyer habe sich stets für Aufschlager eingesetzt. Der Angeklagte geht dann auf den ominösen Stammtisch Wilhelmshöhe ein und behauptet, daß an dem Stammtisch auch der Stadtrat Genosse Bammes mit Heyer, Aufschlager und zwei Großhändlern zusammengekommen sei. Er glaubt, daß Bammes gewußt habe, daß die Geschäftsführung Aufschlagers nicht einwandfrei gewesen sei. Werden solche Dinge bekannt, dann habe die Oeffentlichkeit ein Recht, daß sie zur Sprache gebracht werden. Das träfe auch für den Stadtrechtsrat Lenke zu. Die Artikel habe er nicht selbst verfaßt, auch nicht vorher gelesen, sondern nur im Satz gesehen. Auf die Frage, was er unter Korruption verstehe, erklärt er, daß Heyer durch sein Verhältnis zu Aufschlager dem gegenüber unfrei gewesen sei.

Der Angeklagte Voigt schließt sich den Ausführungen Zipperers an. Er übernehme als Verleger des Flugblattes die preßgesetzliche Verantwortung. Er bestreite, daß die Kommunisten den Fall im Wahlkampf hätten ausschlachten wollen. Auf die Frage, ob das Flugblatt ihm vorgelegt oder der Verlag mit seinem Willen übertragen worden sei, erklärt er, daß er dem Gericht zunächst keine Aussage mache. **Für Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung gibt es keinen persönlichen Willen im üblichen Sinne.** Ueber den Begriff Beleidigung könne er sich mit dem Gericht nicht auseinandersetzen.

Von den geladenen Zeugen wurde zunächst der Stadtamtmann Hildebrandt vernommen, der Aufklärung über das Verhältnis, das zwischen dem Rate der Stadt Leipzig und Aufschlager bestand, gibt. Nach dem vorgelegten Vertrage war es Aufschlager gestattet, eigene, Kommissions- und städtische Geschäfte zu betreiben. Die für die Stadt zu tätigenden Geschäfte unterlagen einem Beschluß eines Ausschusses, der aus dem Ernährungsausschusse hervorgegangen sei. Vorsitzender dieses Ausschusses ist Stadtrat Heyer seit 1923 gewesen. Ob und welche Waren und in welcher Menge für die Stadt gekauft werden sollten, bestimmte das Ratskollegium. Außerdem habe ein gewisser Ueberwachungsausschuß, bestehend aus je zwei Mitgliedern des Stadtverordneten- und Ratskollegiums, bestanden. Er habe mit Aufschlager gewisse Schwierigkeiten in der Beibringung der Abrechnungsbelege gehabt und dementsprechend Berichte an den Oberbürgermeister gegeben. Er könne nicht sagen, daß Heyer irgendwelchen Einfluß auf die Gestaltung der Provision gehabt habe. Ebensowenig habe er finden können, daß Stadtrechtsrat Lenke Berichte nicht weitergegeben habe und daß sich Lenke bereichern wollte oder konnte. Lenke habe bis Ende 1923 mit dem Großmarkt nichts zu tun gehabt. Heyer habe nichts mit dem Rechnungswesen zu tun gehabt und habe zunächst auch nichts von den Schwierigkeiten gewußt. Das letzte Geschäft sei Aufschlager Anfang November 1924 aufgetragen worden. Zeuge geht dann auf die Sitzungen ein, die mit Aufschlager und dem Ausschuß stattgefunden haben, an denen auch der Oberbürgermeister teilgenommen hat.

Stadtrechtsrat Lenke als nächster Zeuge bekundet in der Angelegenheit Aufschlagers das gleiche wie Hildebrandt; von einer Unterschlagung von Berichten könne gar keine Rede sein. Auch das von kommunistischer Seite aufgestellte Rechenexempel sei durchaus falsch. Für das Jahr 1923 ist ein Ueberschuß von 3000 Mk. erzielt worden. Die Abrechnung für 1924 ist noch nicht abgeschlossen.

Angeklagter Zipperer erklärt, **die Behauptung, daß Stadtrechtsrat Lenke Berichte unterschlagen habe, nicht mehr aufrechterhalten zu können.**

Zeuge Lenke geht dann auf den ihm zum Vorwurf gemachten Obstbezug ein und erklärt, daß er lediglich von dem Rechte Gebrauch gemacht habe, was jedem Leipziger Bürger zustand. Wenn er sich etwas Obst in seine Sommerfrische schicken lasse, so aus dem Grunde, weil er in einer vollständig obstarmen Gegend seine Ferien verbringe. Wenn er einmal Kraut oder andres Gemüse bezogen habe, so darum, weil er aus Menschlichkeit eine Zeitlang 17 Personen verpflegt habe. Für alle bezogene Ware sei ordnungsgemäße Bezahlung erfolgt. Ob Aufschlager durch die Stadtgeschäfte Inflationsgewinne erzielt habe, lasse sich nicht sagen. Daß die Stadt Leipzig durch das Fallieren einer Konservenfirma um 5000 Mk. geschädigt sein soll, ist der Stadt unbekannt. Stadtrat Heyer sei einer der unbesoldeten Stadträte, der mit großem Geschick für die Stadt tätig gewesen sei. Es wäre zu wünschen, er wäre nicht zu sehr durch seinen Beruf gebunden gewesen. Seine Geschäftsführung sei durchaus korrekt.

Genosse Heyer schildert, wie er Jagdgast des Aufschlager geworden sei. Eines Tages habe er Aufschlager in einer geschäftlichen Angelegenheit sagen müssen, daß er verhindert sei, da er zu einer Jagd eingeladen sei. Darauf habe Aufschlager ihm gesagt, daß er auch eine kleine Jagd besitze. Daraus hätte sich die Einladung ergeben. Er bekomme so viel andre Einladungen, daß er nicht auf die Einladung Aufschlagers angewiesen sei, wenn er einmal zur Jagd gehen wolle. Bei den Jagden sei es üblich, daß der Jagdveranstalter nach der Jagd die Jagdgesellschaft zu einem kleinen Essen einladet. Daraus seien dann in der kommunistischen Phantasie die Schlachtfeste entstanden. Ganz entschieden müsse er bestreiten, daß jemand, der taktfest ist, durch solche Dinge von seinen geschäftlichen Grundsätzen abgeht. Nur diejenigen, bei denen dies nicht zutrifft, suchen ihre Schwäche auch bei andern zu finden. Er wisse nicht, wie er hätte Aufschlager entgegenkommen können. Man dürfe die Sachen nicht vom privatgeschäftlichen Standpunkte aus betrachten, sondern so, wie sie in der Verwaltung und bei Behörden üblich seien. In der Provisionsfrage habe er selbst, wenn es notwendig erschien, Abstriche beantragt. Einen familiären oder andern Verkehr habe er mit Aufschlager nicht gehabt. Was die ihm zum Vorwurfe gemachte Hintertreibung einer Kontrolle betrifft, so müsse er erklären, **daß er Vertreter der kommunistischen Fraktion wiederholt eingeladen, aber bis jetzt auf seine Einladungen noch keinen Bescheid erhalten habe.** Der ihm von kommunistischer Seite gemachte Vorwurf, er habe gegen das Genossenschaftsgesetz verstoßen, sei das gemeinste, was er bisher von dieser Seite erfahren habe. Der Zweck dieses Vorwurfes sei offenbar der, ihn nach 3jähriger genossenschaftlicher Dienstzeit aus seiner Stellung zu bringen. Tatsache sei, daß Aufschlager schon lange Mitglied des Konsumvereins L.-Plagwitz ist und als solcher auch das Recht habe, mit Waren beliefert zu werden wie jedes andre Mitglied. Von einem Stammtisch in der Wilhelmshöhe sei ihm nichts bekannt.

Genosse Bammes ist nie an einem Stammtisch mit Aufschlager oder sonst mit Aufschlager privatim zusammengekommen. Ebenso unmöglich sei es, daß er Jagdkumpan Aufschlagers gewesen sei. Der Angeklagte Zipperer hält auch in diesem Falle die in den Artikeln erhobenen Anschuldigungen nicht mehr aufrecht!

Der Staatsanwalt stellte auf Grund der durch nichts bewiesenen schweren Beleidigungen den Antrag, Zipperer zu vier Monaten und Voigt zu zwei Wochen Gefängnis zu verurteilen.

Das Urteil lautete gegen Zipperer auf zwei Monate und gegen Voigt auf einen Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Inhalt der Artikel den Zweck hatte, die Stadträte Heyer und Bammes, sowie den Stadtrechtsrat Lenke in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Wohl hätten die Angeklagten versucht, den Beweis für ihre Behauptungen zu führen, was **aber vollständig mißlungen sei. Alle Verdächtigungen sind in sich zusammengefallen.** Es könne den Angeklagten nicht zugebilligt werden, daß sie im öffentlichen Interesse gehandelt haben. Das Gericht sei bei Zipperer, der eine anständige Gesinnung gezeigt habe, nicht auf vier, sondern auf zwei Monate Gefängnis zugekommen. Im Falle Voigt jedoch glaube das Gericht, über den Antrag des Staatsanwaltes hinausgehen zu müssen und setzte die Strafe auf einen Monat Gefängnis fest. Außerdem wurde die Publikationsbefugnis in der Leipziger Volkszeitung, Sächsische Arbeiter-Zeitung und den Leipziger Neuesten Nachrichten ausgesprochen.

Damit ist der ganze elende Wahlschwindel, mit dem die KPD. durch gewissenloseste Verleumdung sozialdemokratischer Vertreter glaubte Stimmen bei der letzten Reichstagswahl einzufangen, auch vor Gericht kläglich und jämmerlich zusammengebrochen. Die erbärmlichen Methoden persönlicher Verunglimpfung, die der kommunistischen Partei die Verachtung weiter Arbeiterkreise eingetragen haben, werden auch weiterhin zu ihrem Niederbruche beitragen. Das Resultat der Gerichtsverhandlung zeigt, daß **auch nicht der leiseste Vorwurf der Unregelmäßigkeit oder gar der Bestechlichkeit an unserem Genossen Heyer hängen bleibt.** Ihm lag nichts an der Verurteilung der Angeklagten, die Lügen und Verleumdungen verantworten mußten, die andre sich aus ihren schmutzigen Fingern sogen. Verurteilt wurde die KPD., die mit solchen Methoden das politische Leben vergiftet.

Falsche Dreimarkstücke. In der letzten Zeit sind vielfach falsche Dreimarkstücke angemeldet worden. Die Falschstücke unterscheiden sich von den echten Münzen dadurch, daß sie kleiner, aber stärker sind, einen Messingschimmer zeigen und die Randprägung „Einigkeit und Recht und Freiheit" undeutlich ausgeführt ist. Auch im Klang ist ein Unterschied festzustellen. Im übrigen ist die Prägung der Vorder- und Rückseite ziemlich gut ausgeführt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wo ruft die Pflicht?

An unsere Ortsvereinsvorstände.

Falls Aenderungen im Sitz der örtlichen Wahlkomitees am Wahltage vorgenommen werden, müssen diese Aenderungen sofort dem Sekretariat zugesandt werden.

Referenten zur Maifeier!

Auswärtige Ortsgruppen, die am 1. Mai selbständige Maiveranstaltungen treffen und Redner wünschen, haben dies umgehend dem Maikomitee, Bezirkssekretariat, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Telephon 25 078 zu melden. Genaue Zeitangabe, Lokal und Bahnstation ist mit anzugeben. Schröer.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Unsere Böhlenfahrt findet am 26. April **nicht** statt. Die Teilnehmerkarten behalten Gültigkeit. Der neue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Leipzig. Die für heute Mittwoch angesetzte Führerbesprechung fällt aus. Sanitätsabteilung trifft sich Donnerstag, den 23. April abends ½8 Uhr, an der Simsonbrücke.

Reichsindexziffer und Leipziger Teuerungszahlen.

Die Indexberechnungen, die vom Statistischen Reichsamt seit Februar 1920 durchgeführt worden sind und noch werden, haben in den letzten Wochen grundsätzliche Umgestaltungen erfahren und damit auch die nach den Vorschriften des Statistischen Reichsamtes berechnete Teuerungszahl 1 des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig. Den Berechnungen ist zunächst der Aufwand nur für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie zugrunde gelegt worden. Vom Juli 1921 an ist die Erhebung mit auf den Bekleidungsaufwand ausgedehnt worden. Das Statistische Amt Leipzig hat vom Dezember 1921 an den Aufwand für Bekleidung in einer besonderen Teuerungszahl 2, die außerdem noch den Bedarf an Wäsche und Schuhwerk umfaßt, festgestellt, allerdings nach vollkommen anderen Grundsätzen, was nicht außer acht gelassen werden darf.

Seit dem Jahre 1920 haben sich die Ernährungsverhältnisse usw. ganz wesentlich gehoben, so daß sich das Statistische Reichsamt der Notwendigkeit nicht verschließen konnte, eine grundsätzliche Aenderung der Berechnung der Reichsindexziffer vorzunehmen und somit einen Reichsindex zu schaffen, der den heutigen Lebensverhältnissen entspricht. Die Aenderungen an den bisherigen Grundlagen sind folgende:

1. Ergänzung der Indexberechnungen durch Einbeziehung der bisher nicht berücksichtigten Ausgabengruppe „sonstiger Bedarf".
2. Aenderungen und Verbesserungen des bisherigen Verbrauchsschemas für die Ernährungs- und Bekleidungsausgaben,
3. Nachprüfung der Vorkriegspreise.

Die neu aufgestellte Ausgabengruppe „sonstiger Bedarf" setzt sich für den Vierwochenbedarf der fünfköpfigen Normalfamilie zusammen aus: 1 Stück Toilettenseife, 1500 Gramm Waschseife, 2000 Gramm Soda, 2 Schachteln Stiefelwichse, 1 Scheuertuch, 1 Handtuch, zweimal Haarschneiden, achtmal Rasieren, 1 Tageszeitung (Monatsbez.-Pr.), 4 Reclamhefte, 6 Bleistifte, 4 Plätze in einem Lichtspieltheater.

Ferner ist für die Verkehrsausgaben ein Pauschalbetrag von 4 Mk. (Vorkriegszeit) eingesetzt worden. Von diesen repräsentiert je ein Drittel die Ausgaben für Eisenbahn, Straßenbahn und Fahrrad. Der Berechnung wird der Fahrpreis für die 4. Klasse (Fernverkehr), bei der Straßenbahn die billigste Einzelfahrt ohne Fahrpreisermäßigung und beim Fahrrad ein vollständiges Gebrauchsfahrrad mit fünffacher Ersatzbereifung zugrunde gelegt.

Ein klares Bild der zu 2 hier vorgenommenen Veränderungen ist aus dem nachfolgenden Wertigkeitsschema (4-Wochenbedarf der fünfköpfigen Normalfamilie) zu gewinnen.

Lebensmittel	bisherige Ration	neue Ration
Roggenbrot	47 000 g	40 000 g
Weißbrot	—	5 000 „
Roggenmehl	4 000 „	—
Weizenmehl	—	4 000 „
Nährmittel	11 000 „	11 000 „
Kartoffeln	70 000 „	50 000 „
Gemüse	15 000 „	15 000 „
Rindfleisch	2 500 „	3 500 „
Schweinefleisch	500 „	1 500 „
Hammelfleisch	—	1 000 „
Inländischer Speck	1 500 „	500 „
Leberwurst	—	2 000 „
Inländische Butter	—	2 000 „
Margarine	2 250 „	2 000 „
Ausl. Schweineschmalz	2 250 „	2 250 „
Magerkäse	1 750 „	1 000 „
Halbfetter Käse	—	750 „
Schellfisch	1 500 „	—
Salzheringe	1 000 „	1 500 „
Dörrobst	3 000 „	—
Zucker	3 500 „	3 500 „
Eier	10 Stück	28 Stück
Vollmilch	28 Liter	35 Liter
Bohnenkaffee	—	250 g
Kaffee-Ersatz	—	1 250 „
Kakao	—	1 000 „
Speisesalz	—	2 000 „

Ohne weiteres kann man erkennen, daß nun die Zusammensetzung der Ration der heutigen Ernährungslage mehr entspricht, als es früher der Fall war.

Der Bekleidungsbedarf hat nur insofern eine Veränderung erfahren, als hier an Stelle eines weißen Frauenunterrockes 16 Meter Hemdentuch eingestellt worden sind. Die Wohnungsmieten sowie der Bedarf an Heizung und Beleuchtung sind bei der Neuordnung überhaupt unverändert geblieben.

Da die Indexziffer jetzt weniger zur Feststellung der Steigerung oder Senkung der Lebenshaltungskosten von Monat zu Monat verwendet werden, als vielmehr zur Feststellung der Teuerung gegenüber der Vorkriegszeit dienen sollen (Berechnung von Reallöhnen), ist eine Nachprüfung der Vorkriegspreise erfolgt.

Die Berechnungsgrundlagen für die Reichsindexziffer finden ebenfalls Anwendung bei Feststellung der neuen Leipziger Teuerungszahl, die nunmehr die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie für Nahrung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen Bedarf umfaßt. Eine Berechnung der früheren Leipziger Teuerungszahlen 1, 2 und 3 erfolgt nicht mehr. Veröffentlicht wird die Leipziger Teuerungszahl in Zukunft monatlich nur einmal. **Ganz besonders wird noch darauf hingewiesen, daß die jetzige Teuerungszahl mit keiner der früheren Leipziger Teuerungszahlen vergleichbar ist** (dasselbe gilt übrigens auch für die Reichsindexziffer). **Die neue Leipziger Teuerungszahl stellt sich im Durchschnitt des Monats Februar 1925 auf 176.50 Mk. und im Monat März 1925 auf 175.28 Mk. Die Teuerungszahl für März ist demnach gegenüber dem Vormonat um 0,7 Proz. gefallen.**

Vom Leipziger Lotteriewesen.

Ein Leser schreibt uns:

„Nicht gezogene Lose der Serie A, B und C werden bei einem Einkauf von 10 Mk. mit —.50 Mk. und bei einem Einkauf von 20 Mk. zum vollen Wert (1 Mk.) in Zahlung genommen bei: — folgen nun die Namen der Firmen, — begab ich mich in die Auskunftstelle der Gewinnausgabe Roßplatz, um zu erfahren, bis wann diese nichtgezogenen Lose in Zahlung genommen werden. Die diensthabende Dame erklärte mir, trotz zehn Minuten langem Hin und her telephonierens: Sie bedauert, mir hierüber keine Auskunft geben zu können. Nach drei Tagen am gleichen Ort von einer andern Dame die gleiche Auskunft. Nun schrieb ich eine Karte mit Rückantwort an die Direktion oder Leitung der Lotterie — keine Antwort, also eine große Ungezogenheit. Nach einer zweiten ebensolchen Karte erhielt ich von einer andern Seite, aber auch erst nach Verfluß von einigen Tagen, die Antwort: Ich möchte mich an Herrn Schmerel, Humboldtstraße 31, wenden, wo mir persönlich die kaum glaubliche Antwort zuteil wurde, daß man damit nichts zu tun hätte — war also der Leiter der Lotterie — und die Bekanntgabe wahrscheinlich (?) von den betreffenden Geschäftsinhabern unter sich vereinbart worden wäre. Das war am 15. April, dem letzten Tag der Gewinnausgabe. Nun begab ich mich noch einmal auf den Roßmarkt und traf in der Auskunftsstelle einen Herrn an, der mir auch wieder keine Auskunft geben konnte. Daraufhin ausgerüstet mit den besten Auskünften, fußend auf die Bekanntmachung in der Liste, betrat ich das Geschäft von M. Joske u. Co., Plagwitz, Karl-Heine-Straße 45/47, um einen Einkauf von 20 Mk. zu tätigen unter Anrechnung von fünf Losen à 1 Mk. Weit gefehlt. Dort war man sehr erstaunt und ich wurde trotz meines energischen und berechtigten Verlangens glatt abgewiesen. Eine solche Handlungsweise spottet doch wahrhaftig jeder Beschreibung.

Der Weg aus der Wohnungsnot.

Finanzierungsversuche und -möglichkeiten.

Unter diesem Titel hat Viktor Noack eine Broschüre veröffentlicht, die im Verlag des Verbandes der Gemeinde und Staatsarbeiter, Berlin SO. 33, Schlesische Straße 42, erschienen und für 40 Pfg. zu haben ist. In dieser Broschüre gibt der Verfasser düstere Beispiele — teilweise selbst erlebte — eines Wohnungselends, das die Menschen sittlich und leiblich verdirbt, sie zu Lebensgewohnheiten zwingt, die tief unter der Würde eines Kulturstaates liegen. Nicht nur in Berlin, auch in der deutschen Kleinstadt wie auf dem flachen Lande geht das grinsende Wohnungselend um. An die Zustandsschilderungen reiht sich eine Fülle von praktischen Beispielen dafür, wie Länder und Gemeinden versuchen, der Wohnungsnot beizukommen. Zum Schluß weist der Verfasser auf die grundsätzliche Lösung des Problems durch die Bodenreform hin.

Ein Anhang enthält als Muster die Satzungen eines Reichsheimstättenvereins, den Reichsheimstättenvertrag einer kleinen Stadtgemeinde, den diesen ergänzenden Arbeitsgemeinschaftsvertrag für Selbsthilfe beim Heimstättenbau und eine Ortssatzung für die Abgrenzung von Heimstättengebieten nach dem preußischen Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz. Die 48 Seiten starke Schrift dürfte in den Kreisen der Siedler, Heimstätter und praktisch auf dem Gebiet der Wohnungsbeschaffung arbeitenden Kommunalbeamten außerordentlich willkommen sein.

Wähler-Versammlungen

Heute Mittwoch, abends ½8 Uhr:

Stötteritz im **Löwenpark** spricht Genosse **Kunfi**, Budapest, über: „Ausland und Präsidentenwahl."

Marktkleeberg in **Mockers Gasthof** spricht Reichstagsabgeordneter **H. Saupe.**

Rötha abends 8 Uhr, in **Stadt Leipzig** spricht Redakteur **E. Frenzel**, Leipzig.

Machern abends 8 Uhr, in **Stadt Leipzig** spricht Kassenbeamter **W. Weise**, Wurzen.

Morgen Donnerstag, abends ½8 Uhr:

Volkshaus spricht Genosse **Crispien**, Berlin.

Osten im **Schloßkeller** spricht Genosse Reichstagsabgeordneter **Lipinski.**

Freitag, den 24. April, abends ½8 Uhr:

Althen im **Gasthof** spricht Redakteur **E. Frenzel**, Leipzig

Engelsdorf in der **Schule** spricht Redakteur **Albert Fichte**, Leipzig.

Taucha im **Schützenhaus** spricht Genosse **Paul Weise.**

Eutritzsch im **Gosenschlößchen** spricht Generalsekretär der deutschen Friedensgesellschaft **G. Seger**, Berlin.

Polenz **bei Brandis** im **Gasthof Miethe** spricht Kassenbeamter **W. Weise**, Wurzen.

Ammelshain im **Gasthof Zeibig** spricht Gewerkschaftsangestellter **Streicher**, Leipzig.

Ölzschau im **Gasthof** spricht Gemeindebeamter **Röhler**, Lindenthal.

Naunhof im **Ratskeller** spricht Lehrer **Strobel**, Leipzig.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Reichspräsidentenwahl.

S. P. D. Groß-Leipzig.

Sachverständige für den Milchhandel. In Ergänzung der Verordnung der Kreishauptmannschaft vom 31. Juli 1924 werden als weitere Sachverständige für den Milchhandel für den Stadtbezirk Leipzig folgende Personen ernannt: 1. Direktor Beißwenger, Eilenburg; Stellvertreter: Molkereibesitzer Ruprecht, Düben an der Mulde. 2. Molkereipächter Pulver in Kühren; Stellvertreter: Lidde, Molkereiinspektor, Hohenleina. 3. Molkereidirektor Hameister, Mügeln; Stellvertreter: Molkereidirektor Nitzsche, Krippehna. 4. Milchhändler Franz Rodermund, Leipzig-Plagwitz, Gießerstraße 30; Stellvertreter: Molkereibesitzer Weidlich, Lucka.

Volksbildungsamt. Der englische Kursus von Fräulein Luxenberg wird fortgesetzt. Thema: Englisch 4. Lesen eines modernen Romans und Sprechübungen im Alltagsenglisch. Nur für Fortgeschrittene. Donnerstag, 7—9 Uhr abends, in der Petrischule, Sidonienstraße 50. Der Kursus beginnt wegen der Wahl nicht am 23., sondern erst Donnerstag, den 30. April. Der Kursus Kietz, „Russisch", wird am Dienstag, 21. April, fortgesetzt. Es können noch einige Teilnehmer aufgenommen werden, auch Anfänger. Der Unterricht findet Dienstags und Freitags, abends 7—9 Uhr, im Sozialpädagogischen Frauenseminar, Königstraße 18, statt.

Die Sonntagsgewerbeschule der Loge Balduin zur Linde beschloß am vergangenen Sonntag ihr 109. Unterrichtsjahr mit einer Entlassungs- und Aufnahmefeier im Logengebäude, Elsterstraße 2. Die Berichte des Schulvorstands und Schulleiters sowie eine Ausstellung von Schülerzeichnungen bewiesen, daß die Schule ihre Hauptaufgabe in der Ausbildung ihrer Schüler im Maschinen-, Bau- und kunstgewerblichen Zeichnen sieht und darin Vorzügliches leistet. Herr Ingenieur Sonning bot einen fesselnden Vortrag über Gewinnung und Verwertung des Eisens. Die Schule wird von über 300 Schülern besucht und nimmt nächsten Sonntag ihre Unterrichtsarbeit im Schulgebäude Alexanderstraße 35/37 wieder auf. Anmeldungen werden an diesem Tage noch entgegengenommen.

Republikanisches Kartell. Die Besprechung der Vertreter der republikanischen Bünde und kulturell fortschrittlichen Vereinigungen findet am Donnerstag, dem 23. April, abends 8 Uhr, im Lehrervereinshaus statt. Das einleitende Referat hat Herr Kaufmann Rich. Pudor-Leipzig übernommen.

Ausbildung von Säuglingspflegerinnen. In der Krippe III, Fröbelstraße 6, und Krippe IV, Bleichertstraße 5, werden noch Schülerinnen zur Ausbildung als Säuglingspflegerin angenommen. Anmeldungen werden in den genannten Krippen sowie im Jugendamt, Stadthaus, Hauptgeschoß, Zimmer 767, entgegengenommen, ebenda sind auch die Lehr- und Aufnahmebedingungen und weitere Auskünfte zu erhalten.

Rentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kriegsbeschädigte usw. Ausgabe von Kalbfleisch (argentinisches, schwere fette Qualität), Freitag, den 24., und Sonnabend, den 25. April, ab 8 Uhr früh im städtischen Schlachthof. Das Pfund kostet 68 Pfg. Lebensmittelausgabe für Minderbemittelte, Gerberstr. 3 (Glaskolonade), in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags.

Verteilungsstelle für Minderbemittelte.

Fleischverkauf am Donnerstag. Freibank I und II freier Verkauf.

Polizeinachrichten.

Polizeiliche Schließung des Viehversicherungsunternehmens Der Haustierarzt. Der Verlag Der Haustierarzt, Berlin Goebenstraße 17, früher Elbholzstraße 19, vor dem fast die gesamte Presse Deutschlands gewarnt hat, wurde am 6. 4. 1925 unter Anwendung unmittelbaren Zwanges polizeilich geschlossen. Wegen des von dem Inhaber des Verlages Haustierarzt, Fritz Potenberg, am 20. 10. 1878 in Bannemin geboren, Stegliter Straße 18 bei Höllinger wohnhaft, neugegründeten Betriebszweiges Deutscher Heimbund, eine Zeitschrift, die unter Zusicherung von jährlich zweimaliger Gratislieferung von Stoff zu einem Anzug ähnlich wie Der Haustierarzt vertrieben wurde, ist Potenberg wegen dringenden Verdachts des fortgesetzten Betruges am 8. 4. 1925 festgenommen und dem Richter vorgeführt worden. Potenberg hatte inzwischen noch eine dritte Zeitscheift Moderne Viehzucht gegründet und diese ebenfalls in marktschreierischer Weise versucht an den Mann zu bringen. Der Vertrieb der letzteren war folgenderweise in Szene gesetzt: An Viehbesitzer, deren Adressen er aus Nachschlagewerken entnahm, versandte er ein groß aufgemachtes Werbeschreiben und kündigte die Zusendung der Zeitschrift Moderne Viehzucht für die nächsten Tage an. Dabei bemerkte er, daß er der Einfachheit halber gleich mit der ersten Nummer den ermäßigten Abonnementspreis für das Vierteljahr von 3.30 Mk. per Nachnahme erheben lassen werde. Tatsächlich folgte dann drei Tage nach dem Werbeschreiben die Zeitschrift und diesen Brief belastete Potenberg mit einer Nachnahme von 3.30 Mk. Tatsächlich hat eine geringe Anzahl die Nachnahme auch wirklich eingelöst. Ob auch mit dem Vertrieb der Zeitschrift „Moderne Viehzucht" ein Versicherungsunternehmen ohne Genehmigung betrieben wird, ist Gegenstand der Untersuchung. Die polizeiliche Schließung erstreckte sich zunächst nur auf den Verlag der Zeitschrift „Der Haustierarzt". Nach der polizeilichen Schließung des Betriebes würden sich nunmehr nach § 8 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. 5. 1901, welcher lautet: „Wer im Inlande das Versicherungsgeschäft ohne die vorgeschriebene Erlaubnis betreibt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der im Inlande für eine daselbst zum Geschäftsbetriebe nicht befugte Unternehmung einen Versicherungsvertrag als Vertreter oder Bevollmächtigter abschließt, oder den Abschluß von Versicherungsverträgen geschäftsmäßig vermittelt", alle diejenigen Agenten, Vertreter usw. strafbar machen, die trotz Kenntnis der Nichtgenehmigung des Unternehmens „Der Haustierarzt" Abonnementsverträge usw. weiter tätigen.

Ueberfall. In der Nacht zum 16. April 1925, gegen ½2 Uhr, wurde ein heimkehrender Bäckermeister in der Lindenauer Straße in Leipzig-Leutzsch von einem ihm entgegenkommenden Manne um Geld angesprochen. Als er dem Unbekannten gesagt hatte er habe keines, riß ihm plötzlich ein zweiter Mann von hinten am Rockkragen zu Boden, schlug ihn und trat ihn mit Füßen. Der Bäckermeister setzte sich zur Wehr, es gelang ihm, sich zu erheben, worauf beide Täter die Flucht nach dem unbebauten Teile der Waldstraße Leipzig-Leutzsch zu ergriffen. Einer der Täter war 20—22 Jahre alt, hatte kurzgeschnittenen Schnurrbart, trug hellen Anzug und dunklen weichen Hut. Der zweite ist 30—32 Jahre alt, bartlos, und war mit dunklem, weichem Hut und dunklem Anzug bekleidet. Wer kennt die Täter.

Nicht während der Fahrt aufspringen. Am 19. d. Mts. nachmittags versuchte ein 53jähriger Arbeiter in der Kurvingstraße auf die hintere Plattform eines Triebwagens der Straßenbahn aufzuspringen. Er stürzte ab und geriet unter die Schutzvorrichtung des Anhängewagens. Mit einem Bruch des rechten Fußes wurde er hervorgezogen und nach dem Krankenhause St. Jakob gebracht. — Das Opfer einer gleichen unvorsichtigen Tat war ein betrunkener Werkmeister in der Bayerschen Straße. Er blieb besinnungslos auf der Straße liegen. Man brachte ihn ebenfalls nach dem Krankenhause St. Jakob.

Radfahrunfälle. Am 19. d. M., abends ½9 Uhr, ist ein Aussteller, der seine Drehorgel auf einem Gestell durch die Elsterstraße fuhr, von einem Arbeiter mit seinem Fahrrade von hinten angefahren und umgerissen worden. Auch die Drehorgel stürzte auf die Straße. Der Arbeiter hatte an seinem Fahrrade keine der Vorschrift entsprechende Lampe, sondern er benutzte an deren Stelle seine Taschenlampe, was unzulässig ist. Der Aussteller trug Verletzungen davon, die Drehorgel wurde stark beschädigt. Haftbar ist der Radfahrer, der außerdem eine Bestrafung zu gewärtigen hat. Zeugen des Unfalls wollen sich baldigst bei der Kriminalpolizei melden. — Am 18. d. M. ist auf dem Täubchenwege eine Radfahrerin plötzlich hinter einem vor ihr herfahrenden Straßenbahnzug hervorgekommen, um links in die Goschenstraße einzubiegen. Auf dieser Straßenseite kam ihr ein Personenkraftwagen entgegengefahren. Als sie dieses erblickte, lenkte sie ihr Rad im Bogen in dieselbe Fahrtrichtung. Inzwischen war der Kraftwagen herangekommen. Sein Fahrer besaß die Geistesgegenwart, auf den Fußweg hinauszulenken, wodurch die unvorsichtige Radfahrerin zwar stürzte aber nur ihr Rad beschädigt wurde. Sie selbst kam mit dem Schrecken davon. Der Kraftwagenführer hat sich bei der Polizei gemeldet. Die Radfahrerin wird hierdurch veranlaßt, dies auch zu tun.

Verkehrsunfälle. Durch eine Anzahl „Hamburger Zimmerlinge" wurde am 19. d. M., nachmittags gegen 6 Uhr, in der Waldstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug und einem Personenkraftwagen verursacht. Sie liefen in der Nähe der Gustav-Adolf-Straße im Gänsemarsch über die Straße. Der Führer mußte sofort seinen Wagen bremsen, wollte er nicht in die Leute hineinfahren. Sein Wagen blieb dann auf den Straßenbahngleisen in der Waldstraße stehen, weil der Motor aussetzte. Ehe es gelang ihn wieder in Betrieb zu setzen, kam der Straßenbahnzug heran, stieß mit dem Auto zusammen und schob es etwa 5 Meter vor sich her. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon. — Am 20. d. M., gegen ½12 Uhr, ist auf der Delitzscher Straße ein Markthelfer mit einem Korb, in dem sich Porzellangegenstände befanden, beim Ueberschreiten der Fahrstraße umgerissen worden. Er soll plötzlich wieder rückwärts gegangen sein, als er das Auto kommen sah, obgleich er bereits die Mitte der Straße erreicht hatte. Er fand Aufnahme im Krankenhaus St. Georg. Zeugen der Unfälle werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalpolizei zu melden.

Aus der Umgebung.

Jugendtreffen des Reichsbanners in Oschatz.

In Oschatz fand am Sonntag und Montag ein Jugendtreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Von Merkwitz, wo sich die Jugend der Ortsgruppen Altenburg, Borna, Chemnitz, Dahlen, Döbeln, Eilenburg, Hohnstein-Ernstthal, Halle, Leipzig, Mügeln, Marktranstädt, Pirna, Riesa, Rochlitz, Roßwein, Strehla, Taucha, Wurzen, Zeitz u. a. gesammelt hatte, erfolgte am Sonntagnachmittag unter Vorantritt mehrerer Musikkapellen der Einmarsch des über 1200 Personen zählenden Festzuges nach der Stadt Oschatz. Vor dem Rathaus, das mit den Reichsflaggen geschmückt war, wurden die Gäste von dem Vorsitzenden der Oschatzer Ortsgruppe begrüßt. Darauf ergriff Dr. Bischoff (Leipzig) das Wort zu einer kurzen zündenden Ansprache. Er führte sinngemäß folgendes aus: Der heutige Osterspaziergang ist ein politischer Osterspaziergang. Wenn wir uns umblicken, sehen wir kein frohes und zufriedenes Volk. Auch der Glanz des Festtages kann uns nicht über den Ernst seiner Lage hinwegtäuschen. Die heutige Demonstration steht im Zeichen der Reichspräsidentenwahl. Wir wollen soziale Gerechtigkeit und kulturellen Fortschritt in der freien deutschen Republik. Ein Staat

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

mit Hochschutzzöllen und Zehnstundentag, ein Staat, in dem die Junker herrschen, ist für uns keine Republik, auch wenn er sich so nennt. Dem Gegner steht im kommenden Wahlkampf eine unbegrenzte Menge Geld zur Verfügung. Den größten Teil der Presse hat er sich gekauft; rücksichtslos ist diese in der Verhetzung der Massen. Auf das Reichsbanner und die republikanischen Parteien, die zweifellos den stärksten Wall der Republik darstellen, werden ganze Kübel Schmutz und Kot gegossen. Schwarz-Rot-Gold, die alten ehrwürdigen Farben, unter denen 1848 für Gleichberechtigung gekämpft wurde, sind auch diesmal das Symbol, in dem der Kampf für die Reichspräsidentenwahl geführt wird. Nur ein Republikaner darf das höchste Amt des Deutschen Reichs bekleiden. Am 26. April muß der Gegner endgültig geschlagen werden. Mit einem Hoch auf die Republik, sowie einem Frei Heil auf das Reichsbanner beendete der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Bei einbrechender Dunkelheit begann der große Fackelzug. Unter Vorantritt einer Kapelle und mehrerer Spielmannszüge zogen die Teilnehmer durch die Stadt, freudig begrüßt von der republikanischen Bevölkerung. Nach beendetem Fackelzuge begaben sich die Teilnehmer ins Schützenhaus, wo die Ortsgruppe Leipzig einen Abend, der mit musikalischen Vorträgen ausgefüllt war, abhielt.

Am zweiten Feiertag gegen 6 Uhr wurden die Teilnehmer durch drei Spielmannszüge zu einer Wanderung durch die schwarzen Dörfer in der Umgebung von Oschatz geweckt. Gegen 2 Uhr mittags kehrten die Reichsbannerkameraden nach Oschatz zurück, um dann nach einigen Stunden Ruhe die Rückfahrt nach ihren Heimatorten anzutreten.

Borsdorf. Um der hiesigen Einwohnerschaft einen Einblick in die historische Entwicklung der Feuerbestattung zu geben, findet Sonnabend, den 25. April, 8 Uhr abends, im Feldschlößchen zu Borsdorf von den proletarischen Freidenkern ein öffentlicher wissenschaftlicher Lichtbildervortrag statt. Referent: Gen. Wolf-Leipzig.

Zwenkau. Die Generalversammlung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker findet Freitag, den 24. April, ½8 Uhr abends, im Gasthaus Stadt Leipzig, statt.

Sächsische Angelegenheiten.

Weiterberatung der Gemeindeordnung.

Ablehnung der sozialdemokratischen Vertagungsanträge.

Trotzdem das Plenum des sächsischen Landtags beschlossen hat, bis zum 28. April den Landtag zu vertagen (mit der ausdrücklichen Begründung, daß Wahlarbeit geleistet werden könnte), trat der Rechtsausschuß bereits am gestrigen Dienstag zur Weiterberatung der Abänderungsnovelle der Gemeindeordnung zusammen. Genosse Arzt hatte an den Vorsitzenden des Ausschusses einen Brief gerichtet, in dem er ersuchte, die zum 20. April einberufene Sitzung ausfallen zu lassen. Der Vorsitzende Beutler antwortete darauf, daß die Koalitionsparteien beschlossen hätten, den Entwurf weiter zu beraten; die Sitzung könnte nicht abgesagt werden. Zu Beginn der Sitzung beantragten die Vertreter der Fraktionsminderheit mit Rücksicht auf die Wahlarbeit, die Sitzung zu vertagen. Nach Ablehnung des Antrages wurde beantragt, nur eine Vormittagssitzung abzuhalten. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, so daß die Beratungen sich bis in die späten Nachmittagsstunden erstreckten. Deutlich trat dabei das Bestreben hervor, die Gemeindeordnung mit aller Schnelligkeit zu erledigen und zu verabschieden. Es zeigte sich aber auch, daß bei der Ausschußmehrheit der feste Wille vorherrscht, alle Verschlechterungen der Regierungsvorlage bedingungslos zu schlucken und zum Gesetz zu machen. Umstritten wurden vor allen Dingen die Verschlechterungen, die sich nach der Vorlage zum § 81 ergeben, die praktisch darauf hinauslaufen, das Bestätigungsrecht für die Bürgermeister und Gemeindevorsteher wieder einzuführen. Interessant war dabei, daß der Regierungsvertreter in seiner Begründung erklärte, es müsse die Möglichkeit bestehen, solche gewählten Personen zu beanstanden, wenn gegen die Uebertragung der Polizeigewalt aus persönlichen Gründen Bedenken bestehen. Auch der Abg. Bethke, der für die Verschlechterung eintrat, gab zu, daß die Verschlechterung als politisches Instrument gemacht ist. Er meinte freilich, es komme darauf an, die Möglichkeit zu schaffen, daß eventuell Hakenkreuzler (!) beanstandet werden könnten. Daran glaubt aber Bethke offenbar selbst nicht und es gehört ein ungewöhnliches Maß politischer Kurzsichtigkeit dazu, wenn wirklich jemand glauben will, daß in der Praxis dieser Paragraph gegen Hakenkreuzler angewandt werden könne. In Wirklichkeit würde sich sehr schnell ergeben, daß dieses politische Instrument der Bestätigung ausschließlich Kampfmittel gegen unliebsame Linkspolitiker ist.

Beim § 87 verlangt die Regierungsvorlage die Streichung der Bestimmungen, die den Gemeindeverordneten das Recht geben, Beamte, Angestellte und Arbeiter abzustellen. Selbst der Demokrat Dr. Weigel mußte erklären, daß die Regierungsvorlage einen Zustand schaffe, der noch schlechter ist als der, der vor dem Inkrafttreten der Gemeindeverordnung von 1923 bestand. Aus diesem Grunde brachte Weigel folgenden Abänderungsantrag ein:

> In Gemeinden, in denen der Gemeinderat eine Körperschaft bildet, stellt er im Rahmen des Haushaltplans die Gemeindebeamten, die nicht nach Maßgabe eines Ortsgesetzes von den Gemeindeverordneten zu wählen sind, sowie die auf Privatdienstvertrag oder nach tariflichen Vereinbarungen beschäftigten Angestellten und Arbeiter an und entläßt sie. In den übrigen Gemeinden stehen diese Befugnisse dem Gemeinderat in Gemeinschaft mit den Gemeindeverordneten zu; durch Ortsgesetz kann eine andre Regelung erfolgen.

Diese Formulierung bedeutet gegenüber dem Vorschlag der Regierungsvorlage eine Verbesserung, sie bringt aber an Stelle der klaren Bestimmungen, die jetzt im Gesetz von 1923 stehen, eine Menge von Unklarheiten. Der Antrag Dr. Weigel wurde angenommen, doch erklärten die Vertreter der Ausschußmehrheit, daß sie sich für die zweite Lesung eine andre Formulierung vorbehalten würden.

Charakteristisch war bei dieser Beratung, daß der Abg. Bethke erklärte, die ganze Regelung sei keine politische Frage! Er ist also der Meinung, daß die von der Regierung angestrebte Bevormundung der Gemeindeverordneten durch die Berufsbeamten keine politische Frage wäre. Wenn also die gewählten Gemeindevertreter bei der Anstellung von Beamten, Angestellten und Arbeitern restlos ausgeschaltet werden, so ist das nach Meinung Bethkes nur eine Zweckmäßigkeits-, nicht aber eine politische Frage. Viel Gläubige dürfte Bethke auch für diese Auffassung nicht finden.

Die im § 90 von der Regierung vorgeschlagene Verschlechterung, die dahin geht, den Einspruch des Gemeinderats gegen die Beschlüsse der Gemeindeverordneten insbesondere dann als begründet gelten zu lassen, wenn Ausgaben ohne genügende Deckung bewilligt werden, wurde abgelehnt. Die Begründung für diese Ablehnung war, daß die bisher geschaffenen neuen Bestimmungen durchaus ausreichend seien für das Einspruchsrecht des Gemeinderates.

Im übrigen wurden dann noch einige Bestimmungen erledigt, die samt und sonders auf eine Verschlechterung der bestehenden Gemeindeordnung hinauslaufen. Die Verhandlungen zeigten sehr deutlich die Bestrebungen, alle jene Abänderungen durchzudrücken, die die Gemeindeverordneten in ihrer Stellung herabdrücken und die Stellung der Berufsbeamten gegenüber den gewählten Gemeindevertretern herausheben.

Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt werden.

Was sich „republikanische" Minister gefallen lassen.

Die Sächsische Republikanische Korrespondenz schreibt:

In Dresden fand eine Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller statt, an der u. a. teilnahmen: Außenminister Dr. Stresemann, Wehrkreiskommandeur Müller, Wirtschaftsminister Müller, Volksbildungsminister Dr. Kaiser (bekanntgeworden durch seinen Hindenburg-Artikel in der DAZ.), Finanzminister Dr. Reinhold, Arbeitsminister Eisner, Ministerialdirektoren und zahlreiche andre hohe Beamte des Staates und Reiches. Der große Saal des Ausstellungspalastes, in dem die illustre Zusammenkunft stattfand, war in ein Meer von schwarzweißroten Fahnen gehüllt, doch bemerkte man nicht eine schwarzrotgoldene Fahne . . . Die Minister haben sich das stillschweigend gefallen lassen; sie sind in amtlicher Eigenschaft erschienen, haben aber auf die Respektierung des Staates (und des Reiches), das sie doch vertreten sollten, nicht den geringsten Wert gelegt. Der sächsische Wirtschaftsminister Müller hat sogar eine Rede gehalten. — Sind die obengenannten Herren noch als aufrichtige

---

Ein Ueberfall auf Reichsbannerleute

spielte sich, wie unser Plauener Bruderblatt, die Volkszeitung, mitteilt, am 2. Osterfeiertag in Kürbitz bei Plauen ab. Eine 38 Mann starke Reichsbannerabteilung hatte sich in Roderdorf von einem größeren Zuge abgezweigt, um heimzumarschieren. In Kürbitz wurden unsre Genossen von beleidigenden Zurufen empfangen. Aus den Gehöften erschollen heftige Schmähungen, wie Barmatjungens, Schwarzrotjens usw. Diese Provokationen hatten eine Holzerei zur Folge, an der sich der sofort hinzugekommene Gemeindevorsteher nicht etwa schlichtend, sondern angreiferisch beteiligte. Es hatte überhaupt den Eindruck, als ob es sich ums einen vorbereiteten Zwischenfall handelte, denn sofort waren soviel Angreifer, mit Zaunlatten bewaffnet, zur Stelle, daß der Charakter eines Ueberfalls offenbar wurde. Unter den Angreifern traten zahlreiche deutsche Turner auf, die durch ihre Abzeichen kenntlich waren. Auch Kommunisten hatten sich zur Unterstützung ihrer schwarzweißroten Freunde eingefunden.

Die bürgerliche Presse bringt natürlich einen tendenziös gefärbten Bericht über den Vorfall. Es heißt z. B. im Plauener Anzeiger: „Unweit des Hermannschen Gutes begegnete dem Zuge ein junger Handlungsgehilfe, der das Abzeichen der Deutschen Turnerschaft trug und eine Musikhupe umhängen hatte. Während der Handlungsgehilfe sich den vorbeimarschierenden Zug betrachtete, stieß er mit einem auf dem Fußwege befindlichen Knaben zusammen. Dies bemerkten mehrere Zugsteilnehmer und riefen dem Handlungsgehilfen Drohworte zu. Kaum waren diese gefallen, da trat auch schon einer aus dem Zuge heraus und schlug den ruhig Weitergehenden mit dem Stock über die Schulter." — Was hier so vorsichtig mit „stieß er mit einem Knaben zusammen" ausgedrückt ist, hat sich in Wirklichkeit so abgespielt: Der Knabe jubelte dem vorüberziehenden Reichsbannertrupp zu. Das wurmte den Deutschen Turner und er schlug auf das Kind ein. Die Reichsbannerleute konnten sich angesichts dieser Roheit natürlich nicht passiv verhalten. Der Turner hat jedenfalls seine Prügel vollauf verdient.

Nachdem die Reichsbannerleute den Weitermarsch aufgenommen hatten, wurden sie am Possigpaß von einem herbeigerufenen Kommando Sipo angehalten. Sie benahmen sich einwandfrei. Die nötigen Feststellungen wurden anstandslos gemacht.

Werbt in den Betrieben

für eine starke Beteiligung an der Maidemonstration der Leipziger Arbeiterschaft. Versäumt keine Stunde, euren Arbeitskollegen und -kolleginnen zum Bewußtsein zu bringen, daß eine **wuchtige** Maikundgebung dem kapitalistischen Unternehmertum die Stärke und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung und deren Unüberwindlichkeit dokumentiert. Rüstet deshalb

für die Maifeier!

Erfolgreiche Kommunalpolitik.

Ein großzügiger Plan, der für die Entwicklung des Gemeinwesens der Stadt Aue von hervorragender Bedeutung ist, ist jetzt nach 15 langen Streitjahren durchgeführt worden. Zu Ostern ist zum erstenmal die Blauenthaler Wasserleitung, die drittlängste in ganz Deutschland, in Betrieb gesetzt worden. Die königlich sächsische Staatsregierung hat vor dem Kriege wiederholt versucht, das Projekt zum Scheitern zu bringen, da sie selbst den Bau einer Talsperre im Muldengebiet beabsichtigte und ihren Plan durch das Projekt der Stadt Aue bedroht sah. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Das Oberlandesgericht mußte angerufen werden. Der Kampf wogte jahrelang hin und her. Das Allgemeininteresse einer großen Gemeinde schien manchmal den Privatinteressen einzelner unterliegen zu sollen. Der Krieg brachte dann einen gewissen Stillstand. Dann gab es mancherlei Schwierigkeiten bei der Bauausführung selbst. Vor allem bedingte die Beschaffenheit des Bodens schon große Schwierigkeiten; lange Strecken mußten durch Felsen hindurchgeführt werden, fünfmal wurde die Mulde gekreuzt, mehrere tausend Meter durch Bahngelände gelegt, vier verschiedene Forstreviere berührt werden. Schließlich konnten aber alle Schwierigkeiten durch das Entgegenkommen der Behörden der Neuzeit überwunden werden.

Dresden. Ein Kind im heißen Badewasser tödlich verbrüht. Die Leiterin der Städtischen Kleinkinderbewahranstalt in Dresden hatte eine ihr zur Obhut anvertraute, noch nicht drei Jahre alte Arbeitertochter in zu heißes Badewasser gesetzt, wodurch das Kind derartige Verbrühungen erlitt, daß es kurz darauf starb. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen fahrlässiger Tötung zu 300 Mark Geldstrafe bzw. 60 Tagen Gefängnis.

Zwickau. Schwimmunterricht als Pflichtfach. An den hiesigen Volksschulen ist der Schwimmunterricht als Pflichtfach eingeführt worden.

Löbau. Krach im Stadtparlament. Bei der Behandlung eines von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Dringlichkeitsantrages, den Notstandsarbeitern den Tariflohn der Tiefbauarbeiter zu zahlen, kam es zwischen den Bürgerlichen und Rednern unsrer Fraktion zu scharfen grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Die zahlreichen Tribünenbesucher, die wiederholt durch Mißfallens- oder Zustimmungsäußerungen in die Verhandlung eingriffen, wurden zuletzt so laut, daß der Vorsteher die Tribünen räumen ließ. Der Erste Bürgermeister hatte die Nerven völlig verloren. Er ließ die Namen einiger Tribünenbesucher feststellen, um sie dem Strafrichter zu überantworten. — In dem allgemeinen Tumult konnte nicht weiter verhandelt werden, die Sitzung wurde vorzeitig geschlossen.

Penig. Eine Verbrecherjagd. In einem hiesigen Gasthause war von Polizeibeamten ein aus Niederfrohna gebürtiger Gelegenheitsarbeiter Hugo Walter Franke erkannt worden, auf den die Polizei bereits seit längerer Zeit wegen nicht weniger als 30 verübter Einbrüche und Diebstähle fahndet. Als der Beamte zur Festnahme schreiten wollte, leistete der Schwerverbrecher den heftigsten Widerstand und biß den Beamten in beide Hände, so daß dieser erhebliche Verletzungen davontrug. Schließlich ergriff Franke die Flucht, wobei es dem Polizeibeamten wegen des regen Straßenverkehrs nicht möglich war, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Plötzlich sprang der Flüchtling auf ein am Straßenrande stehendes Fahrrad und gab auf seine Verfolger noch eine große Anzahl Schüsse ab. Dennoch wurde auf Fahrrädern die Verfolgung noch bis Rochsburg fortgesetzt, doch gelang es dem Flüchtling, in den dichten Waldungen zu entkommen. Man holte nunmehr aus Limbach Sicherheitspolizei herbei, die die Waldungen absuchte. Die ausgedehnte Streife blieb ohne Erfolg. Bei der Verfolgung erlitt ein Kraftwagen der Sicherheitspolizei noch einen Unfall, indem er beim Bahnübergang am Rittergut mit einem einfahrenden Eisenbahnzuge zusammenstieß. Der Zusammenstoß lief jedoch ohne ernste Folgen ab.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Dampfkesselreiniger.

Zum Streik der Dampfkesselreiniger wird uns von der Streikleitung folgendes mitgeteilt:

Seit nunmehr zehn Monaten steht der Zentralverband der Maschinisten und Heizer in Unterhandlungen mit den Unternehmern des Dampfkesselreinigungsgewerbes, um bessere Bezahlung der in diesem Gewerbe beschäftigten Kesselreiniger zu erzielen. Die Verhandlungen gestalteten sich von vornherein äußerst schwierig, weil die Unternehmer in zwei sich feindlich gegenüberstehende Parteien getrennt sind, sich mit den schärfsten Mitteln der Konkurrenz, die in solchen Fällen nur in äußerst niedrigen Angeboten zur Ausführung der Kesselreinigungsarbeiten zu suchen sind, bekämpfen. Daß bei Anwendung solcher Geschäftspraktiken die Leidtragenden lediglich die Arbeiter sind, ist den im Dampfkesselreinigungsgewerbe Beschäftigten zur Genüge dadurch erwiesen, daß sie sich mit Löhnen abfinden mußten, die sich weit unter dem allgemeinen Lohnniveau bewegten. Monatelang hat dieser Zustand angehalten. Eine bessere Agitation konnte es für die zuständige Organisation nicht geben, als sie von den Unternehmern in der Bezahlung der niedrigen Löhne zum Ausdruck gekommen ist.

Mit den Unternehmern geführte Verhandlungen brachten kein Ergebnis, weil es die Unternehmer für überflüssig erachteten, überhaupt zu Verhandlungen zu erscheinen. Selbst dem Schlichtungsausschuß gelang es nicht, einen Lohn- oder Mantelvertrag zum Abschluß bringen, da sich der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses lediglich gegen die unqualifizierten Angriffe seitens der Unternehmervertreter des Kesselreinigungsgewerbes zu verteidigen hatte, die sich renitenter betrugen, als es in Kaschemmen üblich ist. Daß nicht schon zu jener Zeit der Streik proklamiert werden konnte, lag an den Verhältnissen, die nunmehr als überwunden gelten können. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß nach Eintritt einer besseren Konjunktur und nachdem die Kesselreiniger sich restlos organisiert hatten, sie erneut mit ihren Forderungen vorstellig wurden. Diesmal erweckte es den Anschein, als ob die Unternehmer zu Verhandlungen bereit seien. In Wirklichkeit brannte ihnen das Feuer auf den Nägeln, weil die Gefahr bestand, daß bei Unnachgiebigkeit die für die Osterwoche vorgesehenen Arbeiten nicht hätten ausgeführt werden können. Deshalb machten die Unternehmer gute Miene zum bösen Spiel. Unter der Devise, Zeit gewonnen, alles gewonnen, glaubten sie, mit Zugeständnissen irgend welcher Art die Arbeiter bis nach den Feiertagen vertrösten zu können. Dieses Spiel zu durchschauen, war für den unwissendsten Kollegen nicht schwer. Es bedurfte keiner Anregung, die Arbeitskraft zu verweigern, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, einmütig und geschlossen wurde noch in derselben Nacht die Arbeit auf allen hiesigen und auswärtigen Plätzen niedergelegt. Wie ein Mann stehen die Streikenden in ihrem gerechten Kampf zusammen. Daß es sich um einen gerechten Kampf handelt, beweist schon der Umstand, daß fast alle der Vereinigung nicht angehörende Unternehmer die Forderung restlos bewilligt haben, worauf seitens der Streikleitung die Genehmigung erteilt wurde, die Arbeit in diesen Betrieben fortzuführen. Nicht allein die der Vereinigung fernstehenden Unternehmer haben sich dazu bequemt, die Forderung anzuerkennen, sondern selbst der Vereinigung angehörende Mitglieder! Sogar Dampfkesselbesitzer haben die Forderung der Streikenden als berechtigt anerkannt und unter Ausschluß der Unternehmer die Arbeiten durch streikende Kesselreiniger ausführen lassen. Damit ist bewiesen, daß seitens der Vereinigung der Kampf nur deshalb mit Erbitterung und Verleumdungen wider die zuständige Organisation geführt wird, weil es sich um eine Beschneidung des Profits handelt.

Die Vereinigung ist es, die sich darüber beschwert, daß sie sich gegen die Schmutzkonkurrenz zu wehren hätte, von welcher den Dampfkesselbesitzern Angebote unterbreitet werden, die es nicht ermöglichen, Tariflöhne zu zahlen. Daß diese Argumentation nicht den Tatsachen entspricht, beweisen die obenangeführten Zugeständnisse.

Der Streik steht günstig. Alle Anzeichen sind vorhanden, daß er bis zu einem siegreichen Ende durchgeführt wird, zumal bereits Bresche in den Unternehmerwald geschlagen werden konnte.

In anerkennenswerter Weise unterstützen die arbeitenden Kollegen ihre streikenden Brüder durch Abführung eines Prozentsatzes ihres Verdienstes. Besonders hervorgehoben muß werden, daß sich auch die Volkshausverwaltung in den Dienst der streikenden Kesselreiniger gestellt hat durch täglich unentgeltliche Ausgabe von Mittagessen.

Die Betriebsräte werden ersucht, in ihren Betrieben darüber zu wachen, daß nur von freigewerkschaftlich organisierten Kesselreinigern die Arbeiten ausgeführt werden. Die zur Arbeit freigegebenen Kesselreiniger befinden sich im Besitz eines Ausweises der Streikleitung und der Organisation.

Hoch die Solidarität! Die Streikleitung.

Zum russisch-englischen Gewerkschaftsabkommen.

TU. **London,** den 22. April. Der **Generalrat** des englischen Gewerkschaftskongresses **nahm** in seiner gestrigen Sitzung **das von der anglo-russischen Gewerkschaftskonferenz beschlossene Abkommen an,** nach dem gemeinsame Anstrengungen unternommen werden sollen, um eine bedingungslose und sofortige Konferenz der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam unter Beteiligung der russischen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen. Ferner soll ein gemeinsamer Ausschuß die Zusammenarbeit zwischen den englischen und russischen Gruppen fördern. Die russischen Delegierten sind inzwischen nach Rußland zurückgekehrt.

Moderne Damen-Hüte
Riesen-Auswahl in jeder Preislage
Sporthüte
Kinderhüte
Trauerhüte
Linonformen
Radeberger Hutfabrik-
nur Augustusplatz 8 Lager nur Augustusplatz 8

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie.

WTB. Berlin, den 21. April. Im Reichsarbeitsministerium hat eine Besprechung mit Vertretern der Großeisenindustrie und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die künftige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der Großeisenindustrie stattgefunden. Nachdem sich die beiderseitigen Vertreter über die wirtschaftliche Lage in der Großindustrie und über ihre Stellung zur Frage der Arbeitszeitregelung grundsätzlich ausgesprochen hatten, einigte man sich dahin, daß das Reichsarbeitsministerium zunächst mit den Parteien getrennt verhandeln wird. Das Reichsarbeitsministerium behielt sich vor, bei Vorliegen eines amtlichen Entwurfs über die künftige Regelung nochmals eine gemeinsame Beratung mit den Parteien abzuhalten.

Die Meldung ist sehr geheimnisvoll. Es ist nicht zu erkennen, ob es sich bei den Verhandlugen um die Durchführung des am 1. April fällig gewordenen Dreischichtensystems in der Schwerindustrie handelt, oder ob darüber hinaus die Arbeitszeit für die auch die Verordnung nicht erfaßten Betriebe Gegenstand der Verhandlungen sein soll.

Aussperrung in der Breslauer Metallindustrie.

Den Breslauer Neuesten Nachrichten wird gemeldet: Da die dem Verband der schlesischen Metallindustriellen den im Teilstreik befindlichen Drehern, Modelltischlern und Kupferschmieden gestellte Frist, die am 20. April ablief, nicht die Wiederaufnahme der Arbeit gebracht hat, ist am Dienstag die Aussperrung der in der Breslauer Metallindustrie beschäftigten Arbeiter erfolgt.

Wie uns vom Deutschen Metallarbeiterverband mitgeteilt wird, beträgt die Zahl der Ausgesperrten, soweit es sich in den frühen Vormittagsstunden übersehen läßt, zirka 6000. Von andrer Seite wird diese Zahl jedoch auf 7000 angegeben, da allein bei den Linke-Hoffmann-Werken 1500 Arbeiter in Frage kommen. Wie wir weiter erfahren, ist auch die Aussperrung der in der Kleinindustrie beschäftigten Arbeiter beabsichtigt, falls nicht in den nächsten Tagen eine Einigung erfolgt.

Tarifbewegung im Bankgewerbe.

Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, haben die Fachorganisationen ihre Zustimmung zu dem am 8. April gefällten Schiedsspruch, der u. a. eine Verlängerung des Manteltarifs bis zum Jahresschluß und eine Gehaltsregulierung bis zum 31. August vorsieht, von bestimmten Veränderungen abhängig gemacht und Nachverhandlungen beantragt. Der Reichsverband der Bankleitungen hat den Schiedsspruch angenommen.

Kündigung des Ueberzeitabkommens im bayrischen Bergbau. Der freigewerkschaftliche und der christliche Bergarbeiterverband, Bezirk Bayern, haben in seiner gemeinsam abgehaltenen Konferenz einstimmig die Kündigung des Ueberzeitabkommens vom 15. Febr. 1925 gebilligt.

Versammlungskalender.

Mittwoch, den 22. April 1925.

Baugenossenschaft für Eisenbahnbedienstete L.-Engelsdorf, Gasthof Engelsdorf, 7 Uhr.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Volkshaus, ½8 Uhr.

Donnerstag, den 23. April 1925.

Lehrlinge und Jugendliche der Metallindustrie L.-Ost, Schule Volkmarsdorf, Bogislawstraße 7 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Neues Theater.

Anrechtsplatz [illegible] Fernruf 21 115
Mittwoch, den 22. April 1925
[illegible] Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun)

Aida.

Oper in 4 Akten, Text nach Ghislanzoni für die deutsche Bühne bearbeitet von J. Schanz. Musik von Giuseppe Verdi
Musikalische Leitung: Oskar Braun.
Bühnenleitung: Heinz Hofmann
Personen: [illegible]
[illegible] Die Handlung spielt in Theben und Memphis zur Zeit der Herrschaft der Pharaonen.
Tänze angeordnet von Erna Abendroth
[illegible]
Einlaß 6¾ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9¾ Uhr.
Donnerstag, den 23. April: 77. Anrechts-Vorstellung (5. Folge blau): **Mignon.** Anfang 7 Uhr
Freitag, den 24. April: **Der Evangelimann.** Anfang 7 Uhr

Altes Theater.

Anrecht-Vorverk.-Platz Fernruf 21 115
Mittwoch, den 22. April 1925
Oeffentliche Vorstellung
zugleich Anrechts-Vorstellung für den Verein Deutsche Bühne

Die Heilige Johanna

Dramatische Chronik in sechs Szenen und einem Epilog von Bernard Shaw
Deutsch von Siegfried Trebitsch
In Szene gesetzt von Alwin Kronacher.
Personen: [illegible]
Ort der Handlung: Frankreich
Zeit: Die Jahre 1429, 1431 und 1456
Pause nach der 3. Szene
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 11 Uhr
Donnerstag, den 23. April: **Die Heilige Johanna.** Anfang 7½ Uhr
Freitag, den 24. April: **Die Heilige Johanna.** Anfang 7½ Uhr

Schauspielhaus

[illegible]
Mittwoch, den 22. April 1925, abends 7½ Uhr
Gesamtgastspiel des Moskauer Kammertheaters
Künstler. Leitung: Alexander Tairoff
[illegible]

Salome

Tragödie von Oskar Wilde
Spielleitung: Alexander Tairoff
Personen: [illegible]
Musik von Hütte
Musikalische Leitung: Professor A. [illegible]
Freie [illegible] Auf Jahres- und Fremdenkarten zuzüglich von Mk. 0,70 bis Mk. 3,20
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr
Donnerstag, den 23. April, abends 7½ Uhr: Gesamtgastspiel des Moskauer Kammertheaters: **Girofle-Girofla**
Freitag, den 24. April, abends 7½ Uhr: Gesamtgastspiel des Moskauer Kammertheaters: **Girofle-Girofla**

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 14. April bis 30. April 1925. Bis zu diesem Tage muß der [illegible] der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein

Die Leipziger Messe

ist ohne **Hugo Haase** undenkbar!

Neuheit! **The Whip** Neuheit!

Die Mausefalle

Die Stufenbahn ⁎ Die Achtbahn

PANORAMA
Künstlerspiele

Täglich 5 Uhr und abends 8 Uhr

Grosse Konzerte!

Das grosse Programm!
An den Wochentagen Eintritt frei!
Im unteren Konzerthaus nachmittags und abends
Grosse Musik-Aufführungen
Oswald Schlinke

Billig!! Billig!!
Schränke 48 Mk.
Bettstellen 28 Mk.
Chaiselong 42 M.
Küchen, Schlafzim., **billigst.** Teilzahlung **ohne Erhöhung!**
Schröter, L.-Pl. Schmiedestr. 7

Neues Operetten Theater
Direktion: James Klein

Nur noch 9 Vorstellungen!
Parkett 3,50 ℳ
Bedeut. herabgesetzte Preise.
Allabendlich 7½ Uhr

Die große Revue 1925

Sonntag, nachm. 3 Uhr
Oeffentliche Sondervorstellung zu kleinen Preisen:
Wiener Blut
Operette in 3 Akten von Johann Strauß

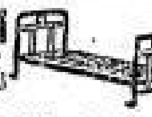
Operetten-Mai-Festspiele

1. bis 10. Mai
Der Bettelstudent
Operette v. Karl Millöcker
11. bis 20. Mai
Die Geisha
Operette v. Sidney Jones
21. Mai bis 1. Juni
Der Obersteiger
Operette von Karl Zeller
Franz Groß
Der bekannte Komiker und Regisseur
Maria Hussa
Die erste Primadonna der Berliner Staatsoper
Mia Werber
Die weltberühmte Geisha
Dr. Waldemar Staegemann
Der gefeierte Heldentenor
und andere Gäste.
Preise f. Plätze: II. Rang 2,50, Parkett 3,50, I. Parkett 5,00
Für sämtliche Vorstellungen sind die Originalkarten schon jetzt an der Theaterkasse, im Meßamt, bei Althoff und bei Coppius erhältlich

Battenberg-Theater
Direktion: **Paul Baumgarten**
Täglich abends 8 Uhr
„Wer wirft den ersten Stein"
Volksstück in 4 Aufzügen von Eugen Waldow
Vorverk.: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 23 247) u. Zig.-Gesch. F. Günther, Markt 10 (Tel. 15 857).

Krystall-Palast
Täglich 7½ Uhr
Der grösste Operetten-Schlager!!
Gräfin Mariza
Cornelia v. Pirchhof
Erik Wirl
Lya Percival
Robert Nästelberger
Artur Guttmann

Freitag, den 24. April 1925:
Jubiläums-Vorstellung
Zum **50.** Male
Gräfin Mariza
Vorverkauf:
Ab 11 Uhr an der Kasse ununterbrochen und im Meßamt.

Wer sparen will
auf Qualität sieht
Aerger u. Verdruß meiden will,

kauft Reformbett., Kinderbett., Pat.-Matratzen, Polsterauflagen, Bettfedern, Inletts sowie alle einschl. Art.
nur in dem als reell und solid bekannten Betten-Spezialhaus
Pfaffendorfer Straße 20, pt. (kein Laden) Tel. 17 115.
Albertstr. 21, Laden.
Besichtigung verpflichtet nicht zum Kauf.
Auch Zahlungserleichterung.

3 Linden
Totenstille herrscht
wenn das
Schlierseer Virtuosen-Trio
seine herrlichen Weisen spielt
Dazu
ein fabelhaftes Varieté-Programm
Täglich 8 Uhr
Vorverkauf: Tel. 43543, 43856, Meßamt, Markt, Warenhaus Theod. Althoff, Lederer, Wintergartenstr., Konsumverein Karl-Heine-Straße, Jost. Peterssteinweg 1.

Druckaufträge
jeder Art werden in moderner und geschmackvoller Ausführung bei kurzer Lieferfrist hergestellt in der
Leipziger Buchdruckerei A.G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
Fernsprechanschluß Nr. 24594

Haupt-Restaurant neben Dechants Hypodrom
Vom 19. April **Meßplatz** bis 10. Mai
Original Münchner Bierhalle
2 bayrische Kapellen
Zum 1. Male i. Leipzig: Oberlandler Haus Ulsch — Tyroler Karl Schmid
die kleinst. Schuhplattler der Welt
Seppel Drehers Alpenspiele
Spezialität: **Rostbratwürste Hühner-Braterei** von Simon Schwab aus München
Echtes Münchner Dunkel direkt v. Faß, **Riebeck** (Bomben)
Eigene Fleischerei
Große Mittag- u. Abendkarte.
Ergebenst ladet ein **Georg Zeisner.**

Auf bequeme Teilzahlung
kauft man sehr vorteilhaft sämtliche Damen- und Herrengarderoben, Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Gardinen, Teppiche Bilder usw. im
Waren-Kredit-Geschäft
Glasberg & Co.
Hainstraße 3, II. Tel. 14 678.

Fahrräder
vom feinsten Markenrad bis zur billigsten Spezialmaschine
Riesenauswahl.
Laternen v. **1,40** an. Karbid-Lat. **3,50** Elektr. Lat. **3,00—20,00.** Taschenlampen, Batterie-Birnen — alle Fahrradzubehöre billigst. Wringmaschinen, auch einzelne Walzen — Nähmaschinen.
Fritz A. Lange
Tröndlinring 1
gegenüber Börse. — Gegründet 1900.

ff. Rübensaft
ff. Sirup
Billigste Brotauflage
Richard Jahn
Schützenstraße 21, Telephon 25208

Leser der Volkszeitung
bezieht euch bei Einkäufen auf die Inserate in eurer Zeitung

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Gesellen u. Maschinenarbeiter
werden sofort eingestellt:
Neumania, Rauchwarenfärberei und -Zurichterei
L.-Möckern, Krosigkstr. 9

Tüchtige Wickelmacherinnen sof. für dauernd ges.
Schilling
Plösner Weg 16.

Perfekte Hemd.-Näherinnen sof. ges.
Dähne, Kleinzsch., Gießerstr. 86, Laden.

Näherinnen
für
Hosen u. Joppen
sofort gesucht.
Nur geübte Kräfte wollen sich melden.
Herrenkleiderfabrik Adler & Heilemann
G. m. b. H.
9 Markt 9.

Ein Dachdecker-Gehilfe
für sofort gesucht
O. Tränkner
Groitzsch, Oststr. 10.*

Verkäufe

Verschiedene gebr. **Herrengarderobe** billig zu verkaufen **Lortzingstr. 12, p.***

Möbel
Polsterwaren &c. **bill.**
Lendel, Josephstr. 33.*

Tapeten-Körner
Rollov. 10 Pfen.
Eisenstr. 54
Eckekörners

Schränke
anerkannt gut ab **48 Mark** *
Schröter, Moltkestr. 46

Geigen!
Mandol., Gitarren, Lauten, Gr. Ausw. Sehr billige Preise.
Löser, L.-Reud., Fröschelst. 2, I. (Nostitzstr.). 5-8 Uhr nachm.*

Sprechapparate Schallplatten
staunend bill. Stets die neuest. Schlager ev. auch Teilzahlung
Musikhaus Franke
Nabet 44. *
Während der Messe an der Turnhalle.

Gebr. Chaisel., u. vorger., bill. zu vk. **Co.,** Mathildenstr. 16, p.

Gebr. Nähmasch.
Schubo, Ritterstr. 4.*

Fabrikn. Hrn.-Rad
(Opel), gebr. H.-Rad. 50 Mk. zu vk. Klisch., Gießerstraße 86, I. r.

Ia Damen- u. gebr. H.-Rad bill. zu verkauf. Aelter Rad wird in Zahl. genomm. Go., Stadtstr. 3, Schneider

Hochgroßer Kinderw. billig zu verkaufen. Brommestr. 2, II. I.

Weißer Kinderwag., mittelgroß, billig zu verkaufen. Kohlgartenstraße 12, Tr. I. *

Kaufgesuche

☞ **Gold, Silber, Brillant., Gebisse kft. Hans Dünkel,** Promenadenstr. 25.*

Diverses

Rechtsbureau
Otto Dimmroth
L.-Lind., Kuhturmstr. 4
Telephon 4147 *
Prozeßvertr. auch in Miet. Gesuche usw.

Ich kaufe nach wie vor
Lumpen, Zeitungen, Wolle, Metalle, Eisen und alle Textil-Abfälle.
Schulim Steinbrecher
Tel. 51280, Lindenthaler Str. 30. *

Leipziger Leihinstitut f. Gesellschafts-Anzüge
Belau *
Albertstraße 29a
Ecke Zeitzer Straße 3.

Inserate sind nicht a. die Redaktion, sondern an die Expedition der Volksztg. zu richten

Unterricht

Damen-Frisieren erteilt gründlich **Fris. Querstr. 33, I.** *

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19250422/12
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG